

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 13. August 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis: 3.00 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Ein Reichsamt für Volkserziehung.

Es wird uns geschrieben:

In dem vorsichtigen Wenn- und Aberfall eines Beamten, der durch höfliche Bitten und mit dem Gute in der Hand eher zum Ziele zu gelangen hofft als durch energischen Hinweis auf die Notwendigkeit des Zieles, hat vor kurzem der Charlottenburger Ober-Studiendirektor Dr. Ziehen in den Vorträgen und Aufsätzen der Armeniengesellschaft einige Vorschläge zur Organisation der Volkserziehung veröffentlicht. Dreierlei verlangt er, richtiger erbittet er jaghaft: ein Hand in Handarbeiten der „volksbürgerlichen Vereine“, staatliche Einwirkung — ausgehend von einer Reichsbehörde — auf diese Vereine und eine „ihres Einflusses auf das praktische Leben wohlbedachte“ wissenschaftliche Forschung.

Da die Schaffung eines Reichsamts für Volkserziehung Sache des Reichstags wäre, so verlohnt es sich angesichts unsrer 81 Seite schon, den Plan näher zu erörtern. Hingzu kommt, daß wir grundsätzlich jeder Vermehrung des Einflusses des Reichstages auf das Erziehungsweisen Deutschlands sympathisch gegenüberstehen.

Leider ist aber mit den Ziehenschen Vorschlägen nichts anzufangen. Er experimentiert an der äußeren Schale der Volkserziehung und an zufälligen Erscheinungen herum, in den Kern ist er nicht eingedrungen. Wir stimmen ihm zu, wenn er mit Nachdruck darauf hinweist, daß der Erziehung in unserm Staatsleben weit über den Kreis der Schule und der eigentlichen „Erziehungs“-Einrichtungen hinaus eine weittragende Bedeutung zukommt. Aber wir halten mit unserm Beifall erschreckt inne, wenn wir hören, daß Herr Ziehen „der einzigen planmäßig organisierten und daher vortrefflich wirksamen erzieherischen Behandlung des erwachsenen Staatsbürgers, die wir bisher haben, der durch den Militärdienst nämlich“, noch andre fester geregelte „volks-erzieherische Beeinflussungen“ zur Seite stellen will. Der Militarismus mit seiner brutalen Verachtung der Menschenwürde als Volkserzieher!

Was ist volksbürgerlich in dem Ziehenschen Sinne? Als Lösungsvorschlag für seine Bestrebungen führt Ziehen an: Kunst-erziehung, Volkskonzerte, Volksbibliotheken und Lesehallen, Volkshochschulen, Volks-Theaterveranstaltungen, Anti-Alkoholbewegung, Veredlung der Volkserholung. Auch Bestrebungen wie die der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat er mit im Auge. Man möge sich daraus einen Begriff machen vom dem Sammelbegriff von Vereinen, die nach Ziehen mit einander arbeiten und deren Bestrebungen in einem Reichsamt für Volkserziehung eine Art Reichs-Centralstelle finden sollen. Dabei haben fast alle diese Bestrebungen gar nicht das „Volk“ im engeren Sinne hinter sich. Die breiten Massen der Arbeiterschaft haben ihre eignen Organisationen für Bildung und für Vermittlung von Kunstgenüssen. Die bürgerlichen Vereine aber, die in ihrem Namen gern mit dem Worte „Volk“ prunkeln, sind meistens Veranstaltungen einiger „Offiziere“, denen die Truppen fehlen. Uebrigens läßt Ziehen auch gar keinen Zweifel darüber, daß er den Begriff „Volk“ durchaus nur in der gefühlvoll-kommunikativen Auffassung bürgerlicher Ideologen meint. Nach seiner Meinung ist der Gedanke der allgemeinen Gleichheit der Menschen, wie sie der socialistische Zukunftstaat verwirklichen solle, gewiß eine Utopie, keine Utopie aber sei der Gedanke eines heilsamen Zusammenwirkens aller verschiedenen Stände und Volksklassen im Sinne seiner Volkserziehung. In Wirklichkeit liegt es natürlich anders. Erst durch Schaffung gleicher Lebensbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten für alle Menschen ist auch die Basis eines „heilsamen Zusammenwirkens aller“ gegeben. Bis dahin wird das eigentliche „Volk“, also die organisierte Arbeiterschaft, den bürgerlichen „Volkserziehungsbestrebungen kühl und abweisend gegenüberstehen.

Es ist bezeichnend, daß Ziehen bei der Schaffung eines Reichsamts den Hauptwert auf die Erziehung Erwachsener legt. Ueber den schulmäßigen Teil der Volkserziehung geht er flüchtig hinweg. Hier gelte es nur vorwiegend auszubauen, was bereits in leidlich festen Formen vorhanden sei.

Darin liegt der Hauptirrtum Ziehens. Unser heutiges Volksschulwesen soll sich in leidlich festen Formen befinden? Und die Schule der Zukunft wird erreicht, indem wir das morsche Gedäl der heutigen Volksschule „ausbauen“? Nein, gerade mit der gründlichen Umgestaltung des Volksschulwesens von heute leistet man die erste und wichtigste Vorarbeit für die Volkserziehung, für die Erziehung der Erwachsenen. Sehr viele der von Ziehen in den Plan seiner Volkserziehung aufgenommenen Bestrebungen und Vereine sind doch nur eine Folge der Läden unsrer gegenwärtigen Schul-erziehung, bei der engen kausalen Zusammengehörigkeit der jeweiligen Schule mit den jeweiligen socialen Zuständen also auch nur eine Folge der heutigen socialen Zustände. Man denke an Bestrebungen so negativer Art wie Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und des Alkohols. Weit mehr als auf diesen und ähnlichen Gebieten in negativem Sinne auf Erwachsene eingewirkt werden kann, vermag eine den ganzen Menschen erfassende Jugend-erziehung im Sinne der freilich von Ziehen etwas von oben herab behandelten modernen Socialpädagogik eines Rotory, Rißmann u. a. durch positive Mittel. Und ähnlich ist es zum Teil mit den Volkshochschulen, Volksbibliotheken, die erst dann volle Bedeutung haben werden, wenn sie nicht mehr hauptsächlich dem Zwecke dienen, einem kleinen Bruchteil strebsamer Arbeiter zur regellosen Ausfüllung der Läden ihrer ungenügenden Volksschulbildung behilflich zu sein. Das ist freilich erst möglich, wenn wir bessere Volksschulen haben. Und bessere Volksschulen werden wir erst mit dem steigenden Einfluß der Arbeiterschaft auf die Gesetzgebung und Verwaltung in Reich, Staat und Gemeinde

erhalten, da nur die Arbeiter ein wirkliches Interesse an der Hebung der Volksschule haben.

Für ein Reichsamt für Volkserziehung sind auch wir. Aber das hätte nicht in erster Linie seine Kräfte an eine Organisation der unklaren, durcheinanderlaufenden, aus den oft genug fragwürdigen Notizen heraus entstandenen bürgerlichen „Volkserziehungsbestrebungen“ zu verzeteln, sondern es hätte mit weit-schauendem Blick der deutschen Jugend-erziehung Ziele zu weisen und neue Wege zu eröffnen. Der unglaublichen Rückständigkeit des Schulwesens in den verschiedenen Bundesstaaten, besonders in Preußen, der hilflosen Zerfahrenheit in der Organisation der deutschen Bildungsanstalten vom Kindergarten bis zur Hochschule gilt es entgegenzuarbeiten. Wie fruchtbringend in dieser Beziehung eine ihres Weges sich bewußte Regierung wirken kann, zeigt das französische Schulwesen, das dem deutschen weit, weit voraus ist an Einheitlichkeit, Zielklarheit und Ueberfruchtbarkeit.

Bei der Schaffung eines Reichs-Erziehungsamtes in diesem Sinne würde es freilich nicht ohne harte Kämpfe mit realen Nachfolgern abgehen. Weder die konservativen Junker, noch die nationalliberalen Kommerzienräte, noch die liberalen Fabrikanten werden dafür zu haben sein. Und auch mit den Regierungen der Bundesstaaten würde es harte Auseinandersetzungen geben. Vielleicht hat Dr. Ziehen mit den junkerlichen und sonstigen Macht-habern in Preußen nicht gern etwas zu thun, es ist für preussische Beamte mit jenen hohen Herren ja auch nicht gut kirchen essen. Aber die Socialdemokratie fürchtet reaktionäre Widerstände nicht. Sie wird auch für gründliche Umgestaltung des Bildungswesens sorgen und alle darauf gerichteten pädagogischen Bestrebungen werden in ihr eine energische Fürsprecherin finden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. August.

Monarchismus im Treibhaus.

Die Eisenbahndirektion Berlin vollbringt diese Belanntmachung im Anteblick:

Nr. 1322. Bildnisse Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin.

In den nächsten Tagen wird den Dienststellen ein Prospekt nebst Subskriptionsliste betreffend das Angebot von guten, farbigen und wohlfeilen Bildnissen Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin zugehen. Jedes Bild kostet ohne Rahmen 50 Pfg., weil bereits mehr als 1000 Stück verwaltungsfertig bestellt sind. Die Preise von verschiedenartigen Rahmen einschließlich Glas sind im Prospekt aufgeführt. In dem Rahmen, welcher für die ver-waltungsfertig beschafften Bildnisse verwendet worden ist, kostet es einschließlich 15 Pfg. für Verpackung 2 M. 65 Pfg. pro Stück.

Die Subskriptionslisten sind mit einer Abschrift dieser Anteblick-Verfügung bei sämtlichen Beamten und Arbeitern alsbald in Umlauf zu setzen. Auf der Umlaufverfügung ist zu vermerken, wo die verwaltungsfertig beschafften Bilder, sofern solche einer dortigen Dienststelle überwiesen sind, befristigt werden können. Die Liste ist auch den Wahnhofswirten mit dem An-heim stellen vorzulegen, die Kaiserbildnisse zur Ausschmückung der Wartenräume zu beschaffen.

Die Bestellung der Bilder mit dem verwaltungsfertig beschafften Rahmen zum Preise von 2 M. 65 Pfg. ist in einer besonderen Liste nachzuweisen, weil deren Lieferung von einem andern Lieferanten erfolgt.

Die Subskriptionslisten sind, auch wenn Bildnisse nicht bestellt sind, bis zum 25. August d. J. den vorgelegten In-spektionen vorzulegen.

Dieser Dienststellen, welchen Bildnisse Ihrer Majestäten ver-waltungsfertig überwiesen werden, haben die im Begleitschein bezeichneten Diensträume, sofern diese darauf an-gegeben sind, damit zu schmücken. Im übrigen wird die Auswahl der Räume dem Stations- bzw. Inspektionsvorstand überlassen. Die Bildnisse sind zu inventarisieren. Die Inven-tarifation ist auf dem Begleitschein, welcher an die betr. Gepäc-k-Abfertigungsstelle alsbald zurückzuleiten ist, zu bescheinigen. (83. N. 27/103 vom 31. Juli 1903).

An die Inspektionen und Dienststellen.
Es ist zugestehen, daß die ausgedienten Bildnisse preiswert sind. Die Massenherstellung ermöglicht das. Es ist auch mit Freubigkeit festzustellen, daß die Eisenbahn-Direktionen nicht gleich den untern Beamten und den Arbeitern der Eisenbahn-Verwaltung mit Berufsarbeiten überlastet sind, haben sie doch Zeit, ihre amtlichen Gedanken auf Angelegenheiten zu richten, die nicht unmittelbar mit dem Eisenbahn-Betriebe zusammenhängen.

Zweifelhaft aber dürfte sein, ob die Staatsbehörden, die also sich ereifern für die Ausbreitung des monarchistischen Kultus, ihren Zweck erreichen. Sie können wohl erreichen, daß in jedem Wartesaal und in jedem Dienstzimmer die Monarchenbildnisse aufgehängt werden, sie können auch erreichen, daß in den Privatwohnungen der Beamten diese Bildnisse unfehlbar anzutreffen sind. Je mehr sie aber dieses erreichen können, um so weniger können sie die monarchistische Gesinnung fördern.

Die Beamten und Arbeiter, denen die „Verfügung“ der vor-gesehenen Behörde samt der Subskriptionsliste vorgelegt wird, werden bei dieser Anbiederung der Monarchenporträts sich der Freiheit ihrer Wahl bemerken und zum Ankauf genötigt fühlen. Sie werden sich der Befürchtung nicht einschlagen können, daß eine Ab-lehnung leicht zu der peinlichen Folgerung Anlaß geben könne, daß ihr Monarchismus nicht einmal wenige Mark wert sei. Gerade aber wenn die Beamten und Arbeiter, was ja vorkommen kann, nicht bloß verpflichtet, sondern überzeugte Monarchisten sind, werden

sie diese seltsame Erziehung zum Monarchismus durch die über ihre Amt und Brot entscheidenden Vorgesetzten als unwürdige Zumutung zurückweisen.

In dieser bösdartig demokratisierenden Zeit, da immer weiter die Anschauung um sich greift, daß auch die Anerkennung von Autoritäten und die Ehrfurcht vor ihnen auf freier Ueberzeugungsbildung beruhen soll, wird die treibhausmäßige Aufzucht des monarchistischen Gedankens nicht die gewünschten Erfolge bringen. Vielmehr ist zu befürchten, daß die ganze Pflanze in der Hitze der Treibhauskultur matt dahinwelkt. . . .

Invalidentversicherung der Handwerksmeister.

Der Handwerkskammer-Kongreß, der im September in München stattfindet, wird sich mit der Frage der Einbeziehung der Handwerksmeister in die Invalidentversicherung beschäftigen. Der vorbereitende Ausschuß hat sich schon mit der Angelegenheit beschäftigt und tritt für die Versicherung ein. Wie die „National-Zeitung“ erfährt, hat auf eine vertrauliche Anfrage jenes Ausschusses das Reichsamt des Innern erklärt, die Regierung sei, wenn die Handwerker selbst wollten, mit der Einführung einer obligatorischen Versicherung einverstanden, und zwar unter der Bedingung, daß die Einkommen unter 2000 M. in die allgemeine Invalidentversicherung eingereiht und für die höheren Einkommen zwei Extraklassen auf die bestehende Invalidentversicherung aufgebaut würden. Die Ausföhrten der allgemeinen Handwerkerversicherung erscheinen demnach sehr günstig.

Die obligatorische Versicherung der kleinen Unternehmer entspricht einer alten socialdemokratischen Forderung. Bei der Ver-ratung des Invalident- und Altersversicherungsgesetzes beantragte die socialdemokratische Reichstagsfraktion die Ausdehnung der Ver-sicherungspflicht auf alle Unternehmer, deren Einkommen 2000 M. nicht übersteigt. Die Handwerker werden, wenn sie jetzt selbst ähn-liche Forderungen stellen, zugeben müssen, daß auch die Socialdemo-kratie handwerkerfreundliche Forderungen erhebt.

Bis jetzt besteht nur das Recht freiwilliger Versicherung für Unternehmer, die regelmäßig nicht mehr wie zwei versicherungsp-flichtige Arbeiter beschäftigen. Der Unterschied zwischen dem socialdemokratischen Antrage wie ebenso dem gesetzlichen Zustande und den Wünschen der Handwerker bezw. der Forderung des Reichs-amts des Innern ist allerdings zu beachten in Hinsicht der Höhe der Versicherung, der Art ihrer Gestaltung. Gegenwärtig besteht Versicherungspflicht für Arbeiter, gleichviel wie hoch ihr Einkommen ist. Es besteht eine solche für Betriebsbeamte und verschiedene Kategorien von Angestellten, wenn sie nicht mehr wie 2000 M. Einkommen haben, und es besteht ein Recht freiwilliger Versicherung für diese letzteren sowie für die erwähnten Unternehmer, wenn sie nicht mehr wie 3000 M. Einkommen haben. Für alle aber ist das höchste, der Rentenberechnung zu Grunde zu legende Einkommen 1150 M.

Wenn die Einrichtung neuer höherer Versicherungsklassen nur für die Handwerker geplant wird, dann wird sehr sorgfältig zu prüfen sein, wie weit davon die Interessen der andren Versicherten berührt werden. Auf keinen Fall scheint es uns der Gerechtigkeit zu entsprechen, solche höheren Klassen allein für Unternehmer zuzu-lassen, versicherungspflichtige Arbeiter und Angestellte aber, die höheres Einkommen haben, von diesen höheren Klassen auszuschließen. Ebensovienig würde sich, falls man die Versicherungspflicht von Unternehmern mit mehr als 2000 M. einführt, die Ausschließung Angestellter in diesen höheren Einkommensklassen von der Ver-sicherungspflicht rechtfertigen.

Ganz im allgemeinen aber ist es entschieden näherliegend, die Versicherung der Arbeiter zu vervollständigen und zu verbessern, ehe man an eine obligatorische Versicherung der Unternehmer mit Ein-kommen über 2000 M. herantritt. Solange noch erhebliche Teile der Arbeiterschaft von der Versicherung ausgeschlossen sind und die Renten gerade der Mehrzahl der versicherten Arbeiter so lässlich sind wie heute, ist die Versicherung von Unternehmern mit mehr als 2000 M. Einkommen nicht die dringendste Aufgabe. —

Majestätensbeleidigungs-Prozess gegen Tolstoj.

Aus Leipzig wird vom 12. August berichtet: Vor der Ferienstrafkammer des hiesigen Landgerichts fand heute vormittag die Verhandlung in dem Majestätensbeleidigungs-Prozess gegen den Grafen Leo Tolstoj und gegen den deutschen Verleger der zahlreichen Werke des russischen Dichters, den Verlagsbuchhändler Eugen Dieckhoff in Leipzig statt. Da sich Tolstoj jedoch im Auslande befindet und Dieckhoff in glaubhafter Weise nachweisen konnte, daß er die lediglich in russischer Sprache erschienene Broschüre, um welche es sich in diesem Falle handelt, nicht gelesen hat, weil er der russischen Sprache nicht mächtig ist, so kommt bei dem Straf-verfahren nur die Einziehung der Schrift gemäß § 42 des Reichs-Strafgesetzbuchs in Frage.

Die zur Anlage stehende Schrift Tolstoj's betitelt sich: Du sollst nicht töten! und ist im Verlage von Tscharkow in Petersburg erschienen. Tscharkow hatte die Generalvertretung des Werkes dem Verleger Dieckhoff mit Rücksicht darauf übertragen, daß zahlreiche Russen in Deutschland leben, welche das Werk in russischer Sprache verlangen würden. In der Schrift wendet sich Graf Tolstoj anknüpfend an die Ermordung König Humberts II. gegen die Ausschreitungen des Militarismus, dem er die Schuld heimt, daß der Haupt-grundlag der christlichen Religion: Du sollst nicht töten!, fort-gesetzt mit Hüten getreten werde und zwar nicht nur von Königs-mordenden Anarchisten, sondern auch von den Mächtigen dieser Erde, die durch ihre Kriegsföhrung erst das sociale Elend verursacht, das den Anarchismus gebäre. In diesem Zusammenhange erörtert er dann die Wilhelmshavener Rede des Kaisers an die nach China gehenden Freiwilligen, in der Wilhelm II.

bekanntlich den Satz aussprach: Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemordet! Ferner kritisierte er die Ansprache des Kaisers, die dieser im Herbst 1898 im Berliner Lustgarten an die zur Vereidigung erschienenen Rekruten der Berliner Garde-Regimenter hielt und in der er den jungen Soldaten erklärte, daß sie durch ihren soeben abgelegten Fahnen Eid verpflichtet seien, auf Befehl ihres obersten Kriegsherrn im gegebenen Falle auf Vater und Bruder zu schießen. Die Form dieser kritischen Besprechung gab der Leipziger Staatsanwaltschaft Veranlassung, die Schrift mit Beschlag zu belegen, nachdem Diedrich schon kurze Zeit vorher wegen einer andern Schrift Tolstoj's: „Eine Antwort an den heiligen Synod“ unter Anklage gestellt worden war. Diese hatte ihm der Direktor des Schiller-Theaters in Berlin Dr. Raphael Löwenfeld ins Deutsche übertragen und beide wurden deshalb wegen Religionsvergehen unter Anklage gestellt, jedoch am 9. Juli 1902 freigesprochen.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung beantragte Staatsanwalt Schlegel für die Dauer der ganzen Verhandlung den Ausschluß der Öffentlichkeit, da bei einer öffentlichen Verhandlung der Sache eine Gefährdung der Sicherheit des Staates zu befürchten sei. Der Gerichtshof trat diesem Antrage bei und ließ sich darauf unter Ausschluß der Öffentlichkeit von dem Dolmetscher Dr. Arnhaus die von der Staatsanwaltschaft beanstandeten Stellen der Schrift ins Deutsche übertragen. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde sogar eine vollständige Uebersetzung der Schrift erforderlich, so daß erst nach 1/2 Uhr das Urteil ergehen konnte. Dasselbe lautete auf Einziehung der Schrift und Unbrauchbarmachung der zu ihrer Herstellung benutzten Platten. Landgerichtsrat Gringmuth führte zur Begründung dieser Entscheidung aus: Den Gegenstand der heutigen Hauptverhandlung bildete die im Verlage von Tschertkow in Petersburg erschienene Druckschrift des Grafen Leo Tolstoj: „Du sollst nicht töten!“, in welcher auf Seite 17 von den Worten ab: Aus Anlaß der Ermordung König Humberts II. von Italien usw. eine Majestätsbeleidigung seitens der königlichen Staatsanwaltschaft gefunden worden ist. Im Sinne eines Antrages der Staatsanwaltschaft bedarf ihre dahingehende Behauptung keiner näheren Begründung, denn die Beleidigung des Kaisers liegt gar zu klar zu Tage. Eine Verfolgung einer bestimmten Person auf Grund dieses Delikts ist nicht möglich und mußte sich die Thätigkeit der Staatsanwaltschaft daher auf die Unbrauchbarmachung der infrimierten Stelle der Schrift gemäß §§ 40 und 42 des Strafgesetzbuches beschränken. Das Gericht hat erwogen, ob nicht eine Ausschaltung der infrimierten Stelle möglich sei. Es hat infolgedessen eine Prüfung des gesamten Inhalts stattfinden lassen und ist auf Grund derselben zu der Uebersetzung gelangt, daß die Schrift als ein Ganzes anzusehen sei, daß durch die Ausschaltung der betreffenden Stelle ihre ganze Integrität leiden und sie alsdann etwas andres darstellen würde, als was sie sein sollte. Deshalb erging das Urteil des Gerichts dahin: Alle Exemplare der Druckschrift „Du sollst nicht töten!“ sind unbrauchbar zu machen und die zu ihrer Herstellung benutzten Platten, Formen etc. zu vernichten. Die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse.

Und die moralischen Kosten dieser Anklage gegen den großen Dichter und Humanitätskämpfer trägt — die deutsche Justiz!

Deutsches Reich.

Kronrat.

Der Kaiser ist von der Nordlandreise zurück. Graf Bülow eilt von Nordberney herbei. Die preussischen Minister versammeln sich und auch Herr v. Hammerstein kommt aus dem langen Urlaub, Herr v. Hammerstein, dessen Ministertage gezählt sein sollen, weil der Unbeholfene geeignet gilt, alle alte Sünde der Regierung und des Landtages in der Hochwasserfrage als Prügelminister zu tragen.

Es soll Kronrat gehalten werden. Der Kaiser will sich mit den Ministern auseprechen. Die Presse ist überdies von Mutmaßungen aller Art. Liberale Blätter schwanken wieder zwischen Hoffnung und Furcht; einige hoffen ein Donnerwetter, das der kaiserliche Jupiter auf die Häupter der pflichtvergessenen Minister schleudert, ja sie ergötzen sich gar an der Möglichkeit, daß eine Wahlparole gegen die Reaktion für die Landtagswahlen geschaffen werden könne; andre wieder fürchten umgekehrt konservative Erfolge. Die „Vossische Zeitung“ erzählt von Wühleren gegen den Grafen Bülow; da sei ein portefeuilistischer Scheinrat, der vorläufig noch in Finanzgeschäften nähe, aber bald nach der Leitung des Staates und des Reiches begehre, anscheinend ein „gefährlicher Mann“ nach dem Herzen der Konservativen.

Die Konservativen andererseits haben auch ihre Hoffnungen. Sie versuchen die Regierung zu einem möglichst frühen Landtagswahl-Termin zu überreden. Sie geben mit gut gespielter Sorge um wichtige Volksinteressen vor, daß der Landtag recht früh, nicht erst im neuen Jahre, zusammenzutreten müsse, damit er schnell und gründlich Hilfe und Vorbeugung gegen das Hochwasser schaffen solle. Der Hintergedanke der Herrschaften ist, sich eine annehmere Wahlparole zu verschaffen, die Kanalvorlage, die Kulturfragen, die Schulfragen, die Wahlrechtsfragen sollen aus dem Wahlkampf schwinden und der konservative Eifer für die durch das Hochwasser geschädigten Landestheile soll der konservativen Partei neuen Rumbus geben.

All dieses Hoffen und Befürchten ist begründet in der Sehnsucht der bürgerlichen Parteien, Hilfe der Regierung für die Landtagswahlen zu erwerben. Für diese mögen daher die Ergebnisse des Kronrats von Bedeutung sein. Wir erwarten nicht nur nichts von etwaigen Änderungen im Ministerium, deren Einzelnen noch dazu überaus zweifelhaft ist, wir wissen recht gut, daß die Regierung nicht den Versuch machen wird, der konservativen Herrschaft zu entsinnen. Dieser Herrschaft ist nur zu entrinnen durch des Volkes Kraft.

Der angekündigte Kronrat wird, wie ein Parlaments-Berichtserstatter meldet, am 13. August mittags unter dem Vorsitz des Kaisers zusammentreten. Es wird dies der vierte unter der Regierung des jetzigen Monarchen sein. Der erste wurde am 16. März 1892 einberufen, nachdem der Volksschul-Gesetzentwurf vom Kultusminister Grafen Bethlig-Trützschler dem Abgeordnetenhause vorgelegt worden war. Das Ergebnis war bekanntlich die Zurückziehung des Volksschul-Gesetzentwurfs und die Demission des damaligen Kultusministers. Außerdem legte der Reichskanzler Graf Caprivi das Präsidium im preussischen Staatsministerium nieder. Graf Vocho Eulenburg übernahm später die Leitung des Staatsministeriums. Nach dem Falle beider Staatsmänner wurden beide Ämter in der Person des Fürsten Hohenzollern vereinigt, zugleich aber im Finanzminister Dr. v. Miquel ein Vizepräsident des Staatsministeriums bestellt. Der zweite Kronrat wurde Mitte September 1896 auf Schloß Hubertusburg, wo der Kaiser weilte, abgehalten. Es handelte sich damals um die Herabminderung des Zinsfußes der Reichs- und Staatsanleihen. Am 22. August 1899 fand der dritte Kronrat statt. Die Ablehnung der Kanalvorlage durch das Abgeordnetenhause Mitte August hatte die politische Situation sehr verkompliziert. Auf Verreiben des Fürsten Hohenzollern wurde der Reichslandtag, die konservativen Gegner der Kanalvorlage, welche zugleich Staatsbeamte waren, zu mahrgeln. Es wurden damals zwei Regierungspräsidenten (von Jagow - Posen

und von Colmar-Eulenburg) und eine Reihe von Landräten (u. a. von Dallsberg, von Brodhausen, Ewald, Dr. Wolff (Kogilno), von Wadelberg) zur Disposition gestellt. Die morgen stattfindende vierte Sitzung des Kronrats ist die erste unter dem Regiment des Grafen Bülow.

Ein Veteran des Reichstages.

Einer von den wenigen, die schon dem Reichstage des Norddeutschen Bundes angehört, ist verstorben. Der konservative Parteiführer v. Lebehof war krankte bereits seit einigen Jahren, er verzichtete deshalb auf eine Kandidatur bei den letzten Wahlen. In der letzten Nacht ist er auf seinem Gute Gossow bei Königsberg in der Keimart gestorben.

v. Lebehof war 1827 zu Gossow geboren, studierte Jurisprudenz, war Landrat seines heimathlichen Kreises und Landesdirektor der Provinz Brandenburg von 1877—1896, Vorsitzender des Brandenburger Provinzial-Landtages seit 1896, erbliches Mitglied des preussischen Herrenhauses, Mitglied des Reichstages von 1867—71, 1877—84, 1887—1903. Er war Präsident des Reichstages von 1881—84 und von 1888—1895.

Mit Herrn v. Lebehof stirbt einer der besten Männer der konservativen, deren sie nicht viele haben. Er war zwar keineswegs ein überragender Kopf, aber ein pflichteifriger, ernsthafter Vertreter der konservativen Sache und frei von den persönlichen Intrigen, die den konservativen Feindhaufen anhaften. Er war auch niemals einer von der Fronte gegen die Regierung, sondern das Muster eines Regierungskonservativen. Durch einfaches, schlichtes Wesen gewann er in seiner Heimat, wie in weiten Kreisen viel Zuneigung und als Präsident des Reichstages bewies er in hohem Maße Takt und Unparteilichkeit. Seine Präsidenschaft nahm ein freiwilliges Ende; als die Mehrheit des Reichstages 1895 es ablehnte, eine Demonstration für Bismarck bei Gelegenheit seines 80jährigen Geburtstages zu beschließen, legte v. Lebehof, gleich dem nationalliberalen Vizepräsidenten Bülow, das Ehrenamt unter dem Vorbehalt der Rechte des Hauses nieder. Koch in den ersten Jahren der letzten Legislaturperiode nahm Lebehof häufiger das Wort zu kurzen Erklärungen für seine Partei. In den letzten Jahren hinderte sein Gesundheitszustand die Anwesenheit im Reichstage.

Das Hochwasser soll den Kanal mit fortschwemmen. Die „Post“ erörtert sehr eifrig die Frage der Landtagsvereinbarung im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Hochwasserfrage. Nachdem sie ausgeführt, daß der Landtag, wenn erst wie sonst Mitte Januar zusammenberufen wird, die ersten beiden Monate seiner Tagung auf den Etat verwenden müßte, so daß andre größere Vorlagen erst nach Ostern in Angriff genommen und erst im Sommer verabschiedet werden könnten, sagt sie:

Das bedeutet aber, wo es sich um Bauausführungen handelt, den Verlust eines ganzen Baujahres, während es doch bei Maßnahmen zur Verhütung von Hochwasserschäden unerlässlich ist, keine Zeit zu verlieren, sondern so rasch als irgend möglich die betreffenden Arbeiten in Angriff zu nehmen.

In parlamentarischen Kreisen hat man daher erwogen, ob es sich nicht empfehlen möchte, behufs möglichst schneller Erledigung der die Hochwasserschäden betreffenden Vorlagen den Landtag bereits im November einzuberufen, und die Landtagswahlen entsprechend früh vorzunehmen. Man würde dann namentlich auch in der Lage sein, die völlig spruchreifen Pläne wegen Verbesserung der Vorfluten an der unteren Oder, der unteren Havel und der Spree so schnell zu erledigen, wie dies nach Lage der Dinge möglich und angesichts der jüngsten Erfahrungen auf diesem Gebiete geradezu geboten ist. Freilich müßte dann auf die Verbindung dieser Flußregulierungspläne mit der großen wasserwirtschaftlichen Vorlage verzichtet werden.

Die Pläne zur Verbesserung der Vorfluten sind schon lange spruchreif und auch des jüngsten Hochwassers hat es nicht erst bedurft, um die Erfahrung zu zeitigen, daß die Hochwasserbekämpfung dringlich ist. Jahrzehntlang hat man in rücksichtsloser Selbstsucht und mit der bei Kulturarbeiten bekannnten Änderei gründliche Maßregeln zur Verhütung der Hochwassergefahren hintertrieben. Wer glaubt daran, daß jetzt mit einem Male die Sorge um die Kulturarbeit zur Gile treibt. Aber eine solche Gelegenheit wäre es, das Hochwasser gegen den Kanal auszuspielen. Die „Vorflutverbesserungen“ sind überdies die unzulänglichste Maßregel gegen das Hochwasser und sie sind geradezu gemeinsinnlich, wenn sie allein und ohne die vor allen Dingen notwendigen umfangreichen Stauanlagen in den Quellgebieten vorgenommen werden. Gile hat die Sache gewiß, die Gile der „Post“ läuft aber im Grunde genommen auf eine neue Hintertreibung geändelter Kulturarbeiten hinaus.

Absolut zuverlässige bürgerliche Parteien sind nach der „Post“ nur solche, welche absolut reaktionär sind. Die „National-Zeitung“ hatte jüngst in einem Artikel über den Jungliberalismus im Hinblick auf die Landtagswahlen die „rückwärtslose Bekämpfung der liberal-konservativen Alliance“ gefordert, da es kein größeres Uebel gäbe, wie die reaktionären Parteien. Die „Post“ droht sofort mit dem Aufführen der „Bündnisfähigkeit“ der Nationalliberalen für die Konservativen. Die Nationalliberalen, sagt sie, würden aus der Reihe der „absolut zuverlässigen bürgerlichen Parteien“ ausscheiden und es bliebe nur noch die freisinnige Volkspartei, die nach wie von einem Fußes Breite von dem Wege der bürgerlichen Parteien abgewichen sei.

Agitationschulen für Centrumsagitatoren.

Die „Königliche Volkszeitung“ teilt mit: Eine Agitationschule der Centrumpartei tritt im September in Frankfurt a. M. als äußerst zeitgemäße und dringende notwendige Einrichtung ins Leben. Die Vorbereiter dazu sind die Herren Redakteure Schönwiese und Heil, die im Wahlkreise Höchst-Homburg bei der verflochtenen Wahlkampagne Unglaubliches an Abhalten von Versammlungen, Reden und Agitation geleistet haben, sowie die Herren Buchdrucker Heil und Kaufmann Geis. Mit Recht weisen die Veranstalter in einem Rundschreiben darauf hin, daß der Mangel geschulter, rednerisch befähigter Kräfte aus dem Arbeiter- und Bauernstande bei der Centrumpartei bei den verflochtenen Wahlen sehr unliebsam sich geltend gemacht habe. Die Agitationsarbeit habe in Gegensatz zur Socialdemokratie auf den Schultern von wenigen geruht. Hoffentlich wird der Appell der verdienten Herren in den betreffenden Kreisen nach Gebühr gewürdigt. Die Reiseflosten dürften sich von den Vereinen unschwer aufbringen lassen, und fast in jedem Orte mit härterer Centrumswählerschaft ist gewiß der eine oder andre junge Mann auf eine Anregung hin bereit, dem Rufus beizuwohnen. Dieser findet jeden ersten Sonntag im Monat, nachmittags 1—5 Uhr statt und weist etwa folgende Einteilung auf: 1—2 Uhr Dispositionen von Vortragern, 2—3 Uhr Referat und Diskussion, 3—3/4 Uhr Organisation und Agitation, 3/4—5 Uhr praktische Veranstaltung einer Volksversammlung unter den Teilnehmern des Rufus. Eröffnung durch den Eimberser-Bureauwahl. Viertelstündiger Vortrag eines auf der vorhergegangenen Versammlung beauftragten Herrn nebst Diskussion. Der Unterricht wird von politisch erfahrenen Herren unentgeltlich erteilt. Bekanntlich haben die Wundthorst-Bunde eine ähnliche Einrichtung eingeführt. Nach dem vorliegenden Plane soll diese Einrichtung auf möglichst alle Ortschaften der Wahlkreise ausgedehnt, verallgemeinert, popularisiert, und mehr systematisch geordnet werden. Wenn das Centrum seine bei den Wahlen erregende Stellung behaupten will, so ist ein Vorgehen gerade in dieser Richtung hierfür das allernotwendigste. Hoffentlich wird das Unternehmen gelingen und für recht viele Städte und Industriezentren den Antrieb zu gleichem bzw. ähnlichem Vorgehen geben.

Die Mittelung der „Königlichen Volkszeitung“ zeigt, daß im Centrum auch nach der Wahl der politische Eifer nicht verloren geht. Vielleicht wirken diese Agitationschulen des Centrums dahin, daß die Centrumsvertreter in Versammlungen die Furcht vor freier

Diskussion mit Socialdemokraten ein wenig ablegen. Dann könnte der neue Versuch ganz günstige Folgen für die Austragung der politischen Kämpfe haben.

Uneinigheit in der freisinnigen Vereinigung. Wir citierten aus Dr. Barth's Artikel in der „Nation“ über die Stellungnahme seiner Partei zur Socialdemokratie, besonders bei den Landtagswahlen. Aber selbst innerhalb seiner Partei findet Dr. Barth Widerstand.

Dr. Barth hatte in der „Nation“ den Kampf zwischen freisinnigen und Socialdemokraten eine Kraftvergeudung genannt. Dem gegenüber schreibt die „Weserzeitung“ offenbar in Uebereinstimmung mit den führenden Kreisen der freisinnigen Vereinigung in Bremen: „Dr. Barth ist diesem Gedanken schon bei den Reichstagswahlen nachgegangen. Schon damals haben wir ihn gewarnt. Was wir in Aussicht gestellt haben, nämlich daß das liberale Bürgerthum dieser Parole nicht folgen würde, das ist nur zu sehr eingetreten. Zu unserm Bedauern scheint die schmerzliche Lehre der Reichstagswahl noch nicht einbringlich genug gewesen zu sein. Herr Dr. Barth wird anscheinend ganz fasciniert von der Festigkeit des Kampfes der Socialdemokratie gegen den Zolltarif. So tief nun auch wir von dessen Verderblichkeit durchdrungen sind, so macht uns das doch gegen verschiedene Thatsachen nicht blind. Die Obstruktion hat nicht nur nichts genützt, sondern sie hat empfindlich geschadet, indem sie die Mehrheitsparteien unter sich und mit der Regierung zusammengebracht und indem sie die Nationalliberalen verleitet hat, einer Verschlechterung des Tarifs zuzustimmen. (Die „Weser-Zeitung“ glaubt also die Märchen des Herrn Eugen Richter! Red.) Zum Schluß erteilt die „Weser-Zeitung“ dem Abg. Barth folgende Abfage: „Wir hoffen ernstlich, daß unsere kleine Partei dem Fehler der Obstruktion nicht den größeren folgen läßt, dem Kampfe der Socialdemokratie gegen die bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung Gewalt bei Fuß zuzuschauen, weil die Abwehr nur eine Kraftvergeudung sei und den Reaktionen Freude mache. Koch viel mehr würden sich letztere entzückt fühlen, wenn eine freiheitliche bürgerliche Partei bei solcher Abwehr versagte. Die Aufgabe der freisinnigen dabei ist, die Wendung des Kampfes im reaktionären Sinne zu verhindern. Wenn der Liberalismus dabei versagte, so würde man auf der rechten Seite rufen: „desto besser, dann sind wir allein die Reiter.“ Beide Schichten des liberalen Bürgerthums verlangen die Beteiligung ihrer Partei daran. Bremen ist freilich nur ein einzelner Wahlkreis, aber er hat der freisinnigen Vereinigung doppelt so viel Stimmen zugeführt wie irgend ein anderer. Wir wollen Herrn Barth doch warnend mitteilen, daß, soweit unsere Forderung reicht, niemand auf seinen Ruf eingehen will, nämlich den Kampf gegen die Socialdemokratie wegen Kraftvergeudung einzustellen. Wir glauben auch, daß man nicht nur in Bremer freisinnigen Kreisen so denkt, sondern daß solche Ansichten weit verbreitet sind. Mit einer Parole wie der Barthischen würde man auf der Linken unserer Partei auch nicht eine Stimme gewinnen, auf der Rechten aber einen Verlust erleiden, den der entschiedene Liberalismus nicht mehr tragen kann.“

Zuviel Patriotismus haben die Veranstalter der Kaiserparade den Kriegervereinen von Weiskensfeld zugetraut. Die Vereine von Weiskensfeld Stadt und Land haben die Beteiligung an der Kaiserparade abgelehnt, weil jeder Teilnehmer 50 Pf. Eintrittsgeld bezahlen soll.

Wir können das den Kriegern nicht verdenken; in ihrem Interesse liegt doch die Teilnahme an der Parade ganz und gar nicht.

Wegen Wahlbetruges wurde, wie der „Vollstg.“ aus Erfurt gemeldet wird, von der dortigen Strafkammer der Maurer Bause zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Er hatte bei der letzten Reichstagswahl nicht nur für sich, sondern auch für seinen abwesenden Schwager gewählt.

Antisemitismus im Heere. Durch die Presse ging kürzlich die Mitteilung, daß der Hauptmann der 10. Compagnie des 2. Schlesischen Grenadier-Regiments Nr. 11 die Einstellung eines zwei-jährig freiwilligen wegen seines jüdischen Glaubens beanstandete. Der „Vossische Zeitung“ liegt jetzt der Wortlaut der Antwort vor, die das Kriegsministerium auf eine erhobene Beschwerde erteilt hat. Der Bescheid lautet:

Auf die Eingabe vom 19. Mai d. J. wird dem Centralverein erwidert, daß das Verfahren der 10. Compagnie Grenadier-Regiments König Friedrich III. (2. Schlesischen) Nr. 11 bezüglich Abweisung des Handlungskommissar Ludwig Hans Hauptmann als Freiwilliger durchaus nicht gebilligt werden kann. Das Generalcommando VI. Armee-corps hat das Erforderliche veranlaßt. Eine von hier ausgehende allgemeine Verfügung ist nicht erforderlich. Allerhöchst mit der Vertretung des Kriegsministeriums beauftragt gez.: v. Einem. — An den Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hier.

Zum Köller-Kurz in Nordschleswig wird der „Weser-Zeitung“ im Hinblick an die Nachricht, daß das dänische Blatt „Det gamle Dannebilde“ mitten im Quartal sein Erscheinen einstellt, geschrieben: Frau v. Widenradt-Krabbe hatte es unternommen, in „Det gamle Dannebilde“ die dänische Protestpartei in Nordschleswig zu bekämpfen. Als Ziel ihrer Politik stellte sie zwar die Wahrung der dänischen Sitte und Sprache in Nordschleswig hin, aber da sie in dem Kampfe die Front lediglich gegen „Hensborg Avis“ und „Hejmdal“ richtete, fand sie in der dänisch gesinnten Bevölkerung selbst sehr wenig Ansehen und Unterstützung. Es ist mandem Kenner der nordschleswigen Verhältnisse ein Räthsel geblieben, wie dieses Blatt so lange über Wasser gehalten werden konnte. In letzter Zeit ist aber von dänischer Seite die Behauptung aufgetaucht, daß es von der preussischen Regierung subventioniert sei. Diese Behauptung hat kürzlich den Gegenstand einer gerichtlichen Verhandlung gebildet, und ein neuer Termin ist anberaumt, in welchem Frau v. Widenradt-Krabbe den Beweis antreten sollte, daß diese Behauptung der Wahrheit entföhre. Mit dem Verschwinden von „Det gamle Dannebilde“ ist auch der letzte Schein beseitigt, als ob die Köller'sche Politik in Nordschleswig irgend etwas zur Milderung der Gegensätze beigetragen und insbesondere irgend ein Bruchteil der dänischen Bevölkerung den alten Fährten entfremdet hätte.

Sächsischer Ministerweidheit. Der sächsische Finanzminister Dr. Rüge hat am Geburtstage des Königs Georg bei dem Festmahle der Behörden eine Rede gehalten, in der es unter anderem heißt:

Unser Staatsform ist monarchisch, und ein rechter Bürger und Diener des Staates kann und darf nicht anders gesinnt sein als monarchisch. Dies mit allem Nachdruck zu betonen ist zu heutiger Zeit wohl von nöten. Nicht ohne schwere Besorgnisse laun der Vaterlandsfreund in die Zukunft blicken. Eine politische Partei, die den Umsturz aller bestehenden staatlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen und Verhältnisse auf ihre Fahne geschrieben hat, eine Partei, die fast allein, was dem deutschen Stamme, dem deutschen Herzen und Gemüt von jeher lieb und teuer gewesen ist, nicht nur kein Verständnis entgegenbringt, sondern nur Spott und Hohn dafür besitzt, strebt nach Alleinherrschaft. Sie hat es verstanden, sich auch in unserm engeren Vaterlande eine, wenn vielleicht auch nur der Zahl nach bedeutende Anhängererschaft zu verschaffen. Gegenüber dieser bedrohlichen Entwicklung ist es Pflicht eines jeden, der sein Volk liebt und an eine glückliche Zukunft des sächsischen Staates und des Deutschen Reiches glaubt, die Fahne der Monarchie hoch zu halten, sich mit Gleichgesinnten zu scharen um unsern König und bei ihm auszuharren in guten und bösen Tagen.

Der Minister gestattet sich die große Mehrheit des Volks, die sich zur Socialdemokratie bekennet, zu beleidigen, indem er sie „nur der Zahl nach bedeutend“ schilt. Zugleich leistet er die erheiternde

Behauptung, die an Zahl so bedeutende Partei strebe „nach Alleinherrschaft“; wenn eine handvoll Großgrundbesitzer und Bureaucratenfamilien das Land beherrschen und die Mehrheit schmachvoll entrechtet ist, so ist das gewiß nicht „Alleinherrschaft“, nur wenn die Mehrheit auch Einfluß fordert, so ist das Streben nach Alleinherrschaft und — natürlich — „Umschlag aller staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse“.

Das ist die Art der sächsischen Granden, durch welche gerade der schmachvolle Zusammenbruch der „Ordnungsherrschaft“ herbeigeführt wurde. Durch diese Politik ist die „bedrohliche Entwicklung“ — bedrohlich dem Unrecht! — entstanden und sind derer allerdings wenige geworden, die dem Rufe des Finanzministers folgend, bei dem Könige, der solche Minister hat, ausbarren mögen. —

Die sächsische Wahlrechts-„Reform“. Von der Handelskammer Plauen als Vorort ist im Namen sämtlicher sächsischen Handelskammern an das Ministerium des Innern das Ersuchen gerichtet worden, es wolle zu der geplanten Vorberatung einer Wahlrechts-Veränderung von jeder Handelskammer einen Vertreter zuziehen. Das Ministerium hat hierauf, wie das „Dresdner Journal“ mitteilt, erwidert:

„Bei der bevorstehenden Beratung der von der königlichen Staatsregierung ins Auge gefaßten Aenderung des Landtags-Wahlrechts handelt es sich nicht, wie die Handelskammer anzuwenden scheinen, um eine nach parlamentarischer Art tagende und beschließende Versammlung; vielmehr ist die Absicht der königlichen Staatsregierung nur auf eine vertrauliche und unverbindliche Besprechung mit einer Anzahl von Vertrauensmännern gerichtet, mit denen vor der Beschlußfassung wegen Einbringung einer Vorlage an die Stände Rücksicht genommen werden soll. Darüber, wer zu dieser Besprechung berufen werden soll, liegt noch keine endgültige Entscheidung vor; doch wird der Kreis der Einzelabenden keinesfalls sehr weit gezogen werden können.“

Die sächsische Wahlrechts-„Reform“ gestaltet sich, ehe sie nur recht begonnen, zu einer wahrhaften Lächerlichkeit und zu einer neuen Blamage für die Reichs-Regierung. —

„Der Staat ist in Gefahr...“

Vor großer Gefahr wurde der liberale „Volksfreund“ von dem wieder einmal gerettet. Wie der Karlsruher „Volksfreund“ berichtet, ist der in Konstanz ansässige geweseene Mechaniker Paul Schlegelinger aus Baden ausgewiesen worden. Was hatte er verbrochen? Der Ausgewiesene gehörte vor neun Jahren den österreichischen unabhängigen Sozialisten an, und wurde damals in Ungarn wegen politischer Vergehen bestraft. Seit jener Zeit arbeitete er in Norddeutschland, Bayern usw., hielt sich vom politischen Kampfe fern, verkehrte als ehrenwerter und persönlich liebenswürdiger Mensch in Bürgerkreisen, und ist deshalb nichts weniger als „staatsgefährlich“. Ueber seine Arbeitsleistungen stehen ihm die besten Zeugnisse zur Verfügung. Beschuldigt wird er nun von Land zu Land gehetzt? Weil die Polizei ihn für einen Anarchisten hält. Ein hoher Beamter hat es dem Arbeitgeber verraten, als dieser um Zurücknahme der Ausweisung bat: „Ja, wenn er uns aber den Großherzog erschleicht!“

Weshalb die ungehabte Polizei aber die Ausweisung um einige Tage verschoben hat, erklärt der Konstanzter Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ folgendermaßen:

Schlegelinger hatte offen angegeben, er reise nicht nach Desterreich, sondern in die Schweiz. Und in der Schweiz war um jene Zeit noch der Großherzog. Jetzt, wo dieser in Karlsruhe oder Heidelberg weilt, geht rasch mit dem gefährlichen Schlegelinger in die Schweiz, bevor der Großherzog auf die Mainau kommt. Wie, wenn aber der „gefährliche Anarchist“ sich in der Schweiz einen Bart und eine Perücke kauft und zurückfährt? —

Ein Gesetz gegen Verlehr und Volksernährung. Ueber die Schwierigkeiten, die das Fleischbeschau-Gesetz bereitet, schreibt die „Frankfurter Zeitung“:

„Das Fleischbeschau-Gesetz, auch eine „Ernährungsgesetz“ der agrarischen Politik, ist ein wahrer Egerzertplatz für bureaukratische Anlegungskunst geworden. Die Bestimmungen dieses Gesetzes sind nämlich so unbestimmt, daß viel Scharfsinn dazu gehört, ihren Sinn zu ergründen. Der Handelsminister hat nach einer Verlautbarung am „Ministerialblatt“ neuerlich auf Grund des Gesetzes entschieden, daß Blut nur in ganzen Tierkörpern eingeführt werden darf. Wie das zu machen ist, erscheint einigermaßen unklar. Denn geschlachteten Tieren wird in der Regel das Blut entzogen. Es scheint also, daß man nach Meinung des Handelsministers das Blut zwecks Einfuhr wieder in ganze Tierkörper einfüllen muß. Aber richtig ist seine Entscheidung auf Grund der herrlichen Gesetzesbestimmungen ohne Zweifel. Man erhebt sich freilich die weitere Frage, wie es mit gesalzenem Blut gehalten werden soll? Ist gesalzenes Blut zubereitetes Fleisch oder gilt es als frisches Blut? Diese Frage ist so leicht, daß sie nicht einmal der Herr Handelsminister mit samt seinen Räten, zweifellos lauter geschickte Herren, zu entscheiden wagt. Das ist aber auch gleichgültig, denn man hilft sich damit, daß eben die Einfuhr von gesalzenem Blut verboten wird. Das ist einfacher, als wenn man es erst zur Einfuhr in ganze Tierkörper einfüllen müßte. Die Einfuhr von gekochten Lebern bleibt ebenso wie die frischer verboten. Aber ein Ausweg zeigt sich hier. Wenn man z. B. die inneren Organe mit andren Fleischstücken (Lunge, Leber, Herz mit Kopfsteilen, Junge etc.) so verbunden läßt, daß sich Stücke von 4 Kilogramm Gewicht ergeben und diese pöfelt, so können sie kraft des Fleischbeschau-Gesetzes eingeführt werden. Der Handelsminister bestatigt das ausdrücklich, nur müssen die Stücke auch durchgepöfelt sein, d. h. die Eigenschaft von frischem Fleisch verloren haben. Es ist, wie gesagt, ein herrliches Gesetz, dieses Fleischbeschau-Gesetz. Es illustriert wahrhaft glänzend das Zeitalter des Verlehrs, in dem wir leben. Hätte ein Satiriker solche Bestimmungen erdacht, man würde sie für unmöglich halten. Hier aber sind sie Wirklichkeit, wie die Verlautbarungen eines königlichen preussischen Ministers beweisen. Wir haben es freilich weit gebracht!“

Wegen Majestätsbeleidigung wurde in Plauen i. V. nach dem „Verl. Tagebl.“ ein Geschäftsreisender aus Dresden zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Es handelte sich um eine Aeußerung über den König von Sachsen, die an einem Stammtisch gefallen war. —

Ausland.

Das Veto gegen Rampollas Wahl.

Gleich nach der Wahl Sartos zum Papsi wurde in italienischen Blättern berichtet, daß als die Abstimmungen des Conclaves zeigten, Rampolla werde schließlich als Sieger aus dem Wahlkampf der Kardinele hervorgehen, von Seiten der österreichischen Kardinele erklärt worden sei, in diesem Falle würde Desterreich-Ungarn von seinem Vetorecht Gebrauch machen. Erst nach dieser Ankündigung hätten sich bei der fünften, sechsten und siebenten Abstimmung die Chancen Sartos mehr und mehr gebessert. Die Angaben wurden damals vielfach bestritten. Jetzt kommt die „Germania“ selbst und bestätigt sie. „Kardinal Rampolla stand“, berichtet sie, „bis zum Sonntagabend an der Spitze der Liste und würde aller Voraussicht nach die zur Zweidrittel-Majorität noch fehlenden zwölf Stimmen erlangt haben, wenn nicht seitens Desterreichs gegen seine Wahl ein entscheidender Schritt geschähen wäre. Die Zahl seiner Anhänger ging infolgedessen von Sonntagabend bis Dienstagmorgen von 30 auf ein Drittel dieser Ziffer zurück.“

Zugleich giebt sie die Stimmenzahlen an, welche die Hauptkandidaten in den verschiedenen Wahlgängen erhielten. Danach stellen bei der ersten Abstimmung auf Rampolla 24, Gotti 17, Sarto 5 Stimmen. Die folgenden Wahlgänge ergaben: Rampolla 29, Gotti 16, Sarto 10 — Rampolla 29, Sarto 21, Gotti 9 — Rampolla 30, Sarto 24, Gotti 3 Stimmen. Dann trat infolge des Vetos, das

nach dieser Abstimmung im Namen Desterreich-Ungarns gegen Rampolla eingelegt wurde, ein Umschwung ein. Am folgenden Tage erhielten Sarto 27, Rampolla 24, Gotti 6, dann Sarto 35, Rampolla 18, Gotti 7, und bei der siebenten Abstimmung Sarto 50, Rampolla 10, Gotti 2 Stimmen.

Natürlich hindert das Wissen um diese Vorgänge die kirchlichen Blätter nicht, salbungsvoll zu behaupten, der „heilige Geist“ habe die Wahl der Kardinele auf Sarto gelenkt. —

Frankreich.

Charles Longueus Bestattung. Paris, 10. August. (Fig. Ver.) Ch. Longueus Bestattung fand gestern auf dem Père-Lachaise-Friedhof unter zahlreicher Beteiligung statt. Auch Mitglieder der Revolutionär-Sozialistischen Einigkeit gaben dem Kommunekämpfer das letzte Geleit. Unter den vielen gepöbelten Kränzen seien erwähnt die des hiesigen socialdemokratischen deutschen Vereins und der Londoner Sozialisten. Am Grabe sprachen der alte Kommard Martellei, der Sekretär des jauchendsten Interföderalen Komitees Orry, das revolutionär-socialistische Mitglied des Pariser Gemeinderats Landrin, ebenfalls ein Kommunekämpfer, im Namen der socialistischen Gemeinderatsgruppe Anatole France, Mitglied der Französischen Akademie (der 40 „Unsterblichen“), als alter Jugendfreund des Verstorbenen, ferner Journière, Clouzel, G. Bertrand namens der „Petite République“ und Komme namens der Föderation der unteren Normandie. — Aus der Ansprache von Anatole France seien folgende Sätze angeführt, die ebenso für den Verstorbenen wie für den in den letzten Jahren zum Socialismus überlebten Schriftsteller Anatole France charakteristisch sind: „... Man darf sagen, daß er trotz seiner sechzig Jahre jung gestorben ist, so wenig hatten die Jahre die Wärme seines Herzens und die Klarheit seines Gedankens angetastet. ... Er war ein hartgesähter Charakter. Die Leiden, die glorreichen und schrecklichen Niederlagen, die schwere Arbeit der Propaganda hatten ihn nicht ermüdet. Er hatte den Optimismus der Arbeitsamen und der Tapferen. Er hat nie an der Sache des Volkes, nie am Fortschritt der sozialen Gerechtigkeit gezweifelt. ... In der That, man darf, wie es scheint, ohne sich dem Reize gefährlicher Illusionen hinzugeben, hehre Hoffnungen fassen, wenn man sieht, wie das Proletariat in Frankreich, Deutschland, England und den Vereinigten Staaten trotz der ihm von allen regierenden und beherrschenden Mächten entgegengestellten Hindernisse, in der organischen Entwicklung seiner Energien fortgeschritten und langsam aber sicher die Eroberung der Macht in der friedlich gewordenen Welt vorbereitet. Dies der Gedanke, der diesem Grabe entsteigt.“

Combes' Programm. Paris, 10. August. (Fig. Ver.) Die Rede, die der Ministerpräsident vorgestern auf dem Lehrerkongreß zu Marseille gehalten hat, ist vor allem deshalb von Interesse, weil sie die neuesten tendenziösen Gerüchte über den bevorstehenden Rücktritt des Kabinetts nachdrücklich als ein politisches Manöver entlarvt: Die Regierung werde der Mehrheit nicht untreu werden, sondern mit allen Fraktionen des „Bloc“ ihr ganzes Programm zu verwirklichen suchen. Sie werde erst dann demissionieren, wenn irgend eine Gruppe der Mehrheit den „Bloc“ verliesse. Mit einer neuen Mehrheit wolle Combes auf keinen Fall fortregieren. Was das Programm betrafte, so läge dessen Schwerpunkt noch wie vor im antikirchlichen Kampfe. Dabei wiederholte Combes seine bereits im Senat ausgesprochene Drohung, der Trennung zwischen Kirche und Staat näherzutreten, da die Regierung sonst gegenüber der „herausfordernden“ Haltung des hohen Meeres ohnmächtig sei. Ferner erwartet er vom „Bloc“ das baldige endgültige Votum der zweijährigen Dienstzeit (durch die Kammer) und der Altersunterstützungs-Reform (durch den Senat). Im Hintergrunde stehen die altersgrauen demokratischen Forderungen, die Einkommensteuer und die „Quangriffnahme der ungeheueren (redoutables) Frage der Alterspensionen für Arbeiter.“

Italien.

Italienische Camorristen. Rom, 10. August. (Fig. Ver.) Mit der Verurteilung einer Gaunerbande, die seit vielen Jahren den öffentlichen Geldern der Stadt und Provinz Neapel gefährlich war, hat am 6. August ein seit vielen Monaten dauernder Prozeß vor dem Neapolitaner Strafgericht seinen Abschluß gefunden. Auf der Anklagebank saßen der frühere Abgeordnete eines neapolitanischen Wahlkreises, Alberto Casale, der frühere Bürgermeister Neapels, Sumonte, ein Stadtrat de Siena, der Sekretär Casale, d'Amelio, ein Stadtschreiber d'Orlando, der frühere Direktor der Beleuchtungs-gesellschaft Neapels Victor Kraft und viele andre. Daß diese großen Fische schließlich im Netz der Justiz stecken blieben, ist der Thätigkeit der Neapolitaner Sozialisten zu verdanken, die zuerst gewagt haben, Casale und Genossen anzugreifen. Damals — vor 2 1/2 Jahren — war Casale eine machtvolle Persönlichkeit, der populärste und einflussreichste Mann in ganz Neapel. Wer eine Stellung in der Stadtverwaltung, in den Wohltätigkeitsanstalten, in den städtischen Schulen und Museen haben wollte, der wendete sich an ihn — direkt oder durch Vermittler —, er brauchte nur etwas draufgehen zu lassen und die Bewerbung glückte. Casale war der Mann, der alles konnte, er hatte seine Hände überall, der Bürgermeister Sumonte tanzte nach seiner Pfeife und viele andre hohe Herren, die mit ihm gemeinsam auf Raub ausgingen und mit ihm die Beute teilten, warteten nur auf den Wink des Abgeordneten Casale. Sogar auf die Justizbehörden hatte Casale Einfluß, und man ging auch zu ihm, um die Entlassung eines Verhafteten oder die Freisprechung eines Verbrechers zu erwirken.

In der Falle seiner Macht wurde Casale von den Sozialisten in der Wochenzeitung „Propaganda“ angegriffen und aller möglichen Gaunereien überführt. Der Beschuldigte — ein klüner, aber nicht sehr intelligenter Mann — erhob die Verleumdungsklage und gestand der „Propaganda“ das Recht zu, den Wahrheitsbeweis ihrer Behauptungen zu erbringen. Casale vertraute wohl auf seine Allmacht, aber er hatte sich verrechnet. Die „Propaganda“ erbrachte den Wahrheitsbeweis, wurde freigesprochen und es folgte ein ungeheurer Skandal, der zur Auflösung des Stadtrats von Neapel, zu der Demission Casales als Parlamentsmitglied und zu einer Regierungsmutation über die Stadtverwaltung Neapels durch den Senator Garedo führte. Die Enthüllungen dieser Enquete sind noch in aller Gedächtnis. Sie hat gezeigt, daß sich in sämtliche Verwaltungskörper Neapels eine Räuberbande eingenistet hatte, die ganz offenkundig und schamlos von öffentlichen Geldern lebte, Kemter verschäfferte, Submissionsverträge verkaufte und sich jeden der Stadt und ihren Finanzen zugefügten Schaden von den Interessenten reich bezahlen ließ.

Aus der Enquete folgte der jetzt beendigte Prozeß. Er endet nicht mit einer furchtbaren Verurteilung, wie sie vielleicht die Schwere der Verbrechen voraussehen ließ. Innerhalb befristigt das Urteil für allezeit die Camorristenbande Casale und Genossen, die für das bürgerliche Leben tot und begraben sind. Verurteilt wurden Casale und Sumonte zu je drei Jahren ein Monat Gefängnis, d'Amelio zu zwei Jahren neun Monaten, Stadtrat de Siena und der frühere Direktor der Beleuchtungs-gesellschaft, Victor Kraft zu 2 1/2 Jahren, der jetzige Direktor derselben Gesellschaft, Perouse, zu einem Jahr drei Monaten, die städtische Lehrerin Ferrico zu einem Jahr neun Monaten, Orlando zu 14 Monaten, vier andre Angeklagte zu Strafen von einem zu 1/2 Jahr; 15 Angeklagte wurden freigesprochen. —

Abshaffung der Zwangsjade. Rom, den 10. August. Die ministerielle Kommission, die das italienische Gefängniswesen prüfen und Reformvorschläge machen soll, hat beschlossen, die Abshaffung der Zwangsjade, dieses beliebtesten Strafmittels unserer Gefängnisse, zu fordern. Diese Abshaffung wird demnächst durch königlichen Erlass erfolgen. Veranlaßt ist diese Maßnahme durch den Tod des unglücklichen Matrosen d'Angelo, den man in Regina Coeli durch Anlegung der Zwangsjade — freilich in einem Maße, das auch das bisherige Reglement nicht billigte — grausam zu Tode gebracht hat. —

England.

Die Arbeiterabgeordneten und der Zollverein. London, 10. August. (Fig. Ver.) Der Widerstand gegen Mr. Chamberlains Pläne wächst in dem Maße, als wir uns der Parlamentsauflösung und dem Wahlkampf nähern. Die Hauptgegner zollpolitischer Aenderungen sind die Finanzleute, Reeder, Textilfabrikanten und die Gewerkschaften. Alle werden sie vom Cobden-Klub mit der nötigen Freihandelsliteratur versehen. In dieser Centrale wurde auch für die Arbeiterabgeordneten ein Manifest an die freien britischen Kolonien Australien, Neuseeland und Kanada entworfen, in dem gegen den Zollverein protestiert wird. Das Manifest ist unterschrieben von W. Abraham, Bell, Broadhurst, Burns, Burt, Cremer, Crooks, Fenwick, Keir Hardie, Henderson, Piddar, Shackleton und John Wilson.

Zu dem Manifest heißt es: „aller rhetorischen Verzerrungen entkleidet, geht Mr. Chamberlains Plan dahin, unsere Nahrungsmittel zu hohen Gunsten zu besteuern. Wir in der alten Heimat wissen aus Erfahrung, daß die Besteuerung der Nahrungsmittel viel Elend unter der ärmeren Bevölkerung erzeugt, von dem Ihr mit Euren bedeutenden Hilfsquellen und geringerer Bevölkerung keine richtige Vorstellung haben könnt. Unsere Väter haben darunter gelitten, und es ist möglich, daß die ältere Generation unter Euch sich noch an jene bitteren Zeiten erinnert.“

Wir haben hier in der Heimat eine Bevölkerung, die die heimische Nahrungsmittelzufuhr weit übersteigt. Diese Bevölkerung wurde in den letzten fünfzig Jahren unterhalten durch eine stetig zunehmende Nahrungsmittel-Einfuhr aus allen Gegenden der Welt. Bei Euch ist dies anders: Ihr erzeugt mehr Nahrungsmittel als Ihr braucht und seid auf die Ausfuhr derselben angewiesen. Wir fähren so viel ein, um ein Defizit zu decken, das auf drei Viertel unserer Konsumtion geschätzt wird. Schon diese einfache Thatsache zeigt die enorme Bedeutung, die eine Aenderung in unserer bisherigen Politik der freien Einfuhr für England haben kann. Der Unterschied zwischen verzollter und zollfreier Nahrung bedeutet für die Massen unseres Volkes einen Unterschied zwischen bloßer Existenz und wirklichem Mangel. Wir glauben deshalb, daß Ihr nie begriffen habt, was Nahrungsmittelsteuern bedeuten, oder aber Mr. Chamberlain thut Euch Unrecht, wenn er uns sagt, daß Ihr danach verlangt. Wir haben im 18. Jahrhundert die Hälfte unseres Reiches verloren, da wir das Recht beanspruchten, die Kolonien zu unseren Gunsten zu besteuern; jetzt aber sagt man uns, wir würden Euch verlieren, wenn wir uns nicht zu Euren Gunsten besteuerten. Unser Verlangen im 18. Jahrhundert war ungerecht gegen die Kolonien und die Strafe blieb nicht aus. Soll nun das umgekehrte Verfahren gerechter und von glücklicheren Folgen begleitet sein?

Allen wir glauben nicht, daß Ihr ein derartiges Verlangen gestellt habt. Es wäre ja auch nicht im Sinne der charakteristischen Ueberlieferungen unserer Rasse, wie sie in den Kolonien und in der alten Heimat zu finden sind. Ebensovien wäre ein derartiges Verlangen in Einklang zu bringen mit den großen Grundsätzen gleicher Freiheit und Gerechtigkeit. ... Wir rufen daher diesen ersten Aufruf an Euch und bitten, uns im Kampfe gegen diese schädlichen Pläne zu helfen.“

Beschläge zur Beschränkung der Einwanderung in England. Die Kommission für Fremdeneinwanderung empfiehlt, daß die Einwanderung gewisser Massen von Fremden unter staatliche Ueberwachung gestellt werde. Ein Einwanderungsamt soll errichtet werden, um den Zutritt von Personen mit schlechtem Leumund, die dem Staate lästig werden könnten, sowie von solchen, die an ansteigenden Krankheiten leiden, zu verhindern. Die Kommission stellt fest, daß die letzte Zunahme der Einwanderung hauptsächlich dem Zustrom russischer und polnischer Juden zuzuschreiben sei und empfiehlt besonders die Ueberwachung der aus dem östlichen Europa kommenden Einwanderer. Die Schiffseigentümer sollen gehalten sein, Einwanderer gegebenenfalls nach dem Einschiffungshafen zurückzubringen. Der Richter soll befugt sein, einen Einwanderer zum Verlassen des Landes anzuhalten, und wenn dieser nicht gehorcht, soll er als Landstreicher bestraft werden.

Türkei.

Konstantinopel, 11. August. (Meldung des Wiener A. N. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Die von der Türkei an die Witwe des ermordeten Konsuls Kostikowski zu zahlende Entschädigung wurde auf 200 000 Fr. festgesetzt. Die Empfangnahme der Entschädigung russischerseits ist noch nicht erfolgt. Der abgesetzte Wali von Monastir wird von einer Eskorte nach Tripolis in Afrika gebracht werden.

Es verlautet, daß bei Kerekop im Sandschal Seres ein drei Tage dauernder Kampf zwischen türkischen Truppen und einer Komiteebande stattgefunden hat; Einzelheiten über den Kampf fehlen noch. —

Serbien.

Ministerkrise. In Serbien tritt es schon wieder. Wie das Wiener A. N. Telegr.-Korresp.-Bureau aus Belgrad meldet, ist dort heute infolge von Differenzen zwischen dem Kriegsminister Atanazkowitz und den übrigen Ministern eine Ministerkrise ausgebrochen. —

Landtagswahlbewegung.

Nationalliberale Worte.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ äußert sich wie folgt über die Lage in Preußen: „Für den voraussichtlich am 27. September stattfindenden Delegiertentag der preussischen nationalliberalen Partei in Hannover zerbrechen sich sowohl die Konservativen wie das Centrum bereits seit einigen Tagen die Köpfe um das Wohl und Wehe des künftigen Geschicks der Nationalliberalen und um die Einigkeit und Einheit in deren Reihen. Diese unnütze Sorge entspringt der Befürchtung der bisherigen konservativen Mehrheit, ihre Bilanz durch die bevorstehenden Landtagswahlen arg erschüttert zu sehen. Muß der Gedanke und das Ziel einer großen liberalen Partei auch für manches Jahr noch in das Gebiet politischer Träume verwiesen werden, so finden sich doch die verschiedenen Gruppen des Liberalismus auf dem gemeinsamen Boden zur Einsparung der reaktionären Macht des agrarischen Konservatismus und des Centrums zusammen. In diesem Kampfe steht die nationalliberale Partei Preußens in vollster Geschlossenheit als Vorläuferin des Liberalismus den beiden großen reaktionären Parteien des Abgeordnetenhauses gegenüber. Mit um so schärferem Rüstzeug muß sich aber diesmal die nationalliberale Partei versehen, als zu befürchten steht, daß die Regierung in Rücksicht auf die Handelsverträge den Konservativen und dem Centrum wiederum weitere Zugeständnisse zu machen sich genötigt fühlt. Ein großer Teil der Konservativen hat sich bereits gegen die Handelsverträge erklärt; das Centrum bewilligt sie nicht ohne „Äquivalente“, deren Werte aber in Preußen liegen. So werden sich die eigentlichen Kämpfe um die Handelsverträge auf dem Boden des preussischen Landtages abspielen, und in den Fragen um die Kanalvorlage und das Schulgesetz zum Austrag gelangen. In diesen grundlegenden Fragen besteht innerhalb der nationalliberalen Partei auch nicht die leiseste Differenz, und jedes Parteimitglied ist sich der ihm zufallenden Aufgaben in dem bevorstehenden Wahlkampf wie in der parlamentarischen Arena des Abgeordnetenhauses voll bewußt: daß es in erster Linie gilt, der kirchlich-reaktionären Vorherrschaft im preussischen Abgeordnetenhause einen reaktionären Vorherrschaft im preussischen Abgeordnetenhause einen wirksamen Damm entgegen zu bauen. Von diesem Geiste wird der Delegiertentag in Hannover befeuert sein und einen entsprechenden Ausdruck in dem dort zu beschließenden Wahlausruf finden.“

Aus Industrie und Handel.

Zur Geschäftslage der Germaniawerk. Die Beschäftigung der beinahe ausschließlich der Aktiengesellschaft Krupp zugehörigen Germaniawerk

In Kiel läßt, wie der „Bes.“ berichtet wird, gegenwärtig sehr viel zu wünschen übrig. Die Verwaltung bemüht sich aber schon seit Monaten mit bemerkenswertem Erfolg, den betagten Stamm von Arbeitern festzuhalten und nehmen nur in dringenden Fällen vereinzelt Entlassungen vor. Allerdings sei es schon seit längerer Zeit erforderlich geworden, die Arbeitszeit einzuschränken; auch in den nächsten Wochen werde noch eine beschränkte Arbeitszeit beibehalten werden müssen. Bei den meisten mittelgroßen Werften sei der Beschäftigungsgrad besser als bei den größten Unternehmen dieser Art, denn jene Betriebe, die auch kleinere Arbeiten wie Reparaturen nicht verschmähen, begnügen sich gern mit bescheidenem Nutzen, nur um nicht unstätig bleiben zu müssen; der sogenannte Tagesbedarf, den sie in erster Reihe zu befriedigen haben, sichere ihnen auch zu Zeiten, in denen die Geschäftslage der Reedereien im allgemeinen wenig befriedigend ist, verhältnismäßig gute Beschäftigung.

Jubelnd Aufsehenhandel. Verglichen mit dem Vorjahr zeigt das am 31. März 1903 abgeschlossene Geschäft nur geringe Unterschiede im Aufsehenhandel. Die Ein- und Ausfuhr Indiens in den letzten fünf Jahren stellte sich wie folgt:

| | 1902/3 | 1901/2 | 1900/1 | 1899/1900 | 1898/9 |
|---------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Einfuhr | 52 525 300 | 54 346 000 | 50 851 000 | 47 141 200 | 45 586 900 |
| Ausfuhr | 83 920 500 | 80 803 400 | 80 440 000 | 70 455 800 | 72 900 200 |
| Zusgef. | 136 445 800 | 135 149 400 | 120 291 000 | 117 597 000 | 118 486 100 |

Der Rückgang in der Einfuhr entfällt zum größten Teil auf Textilwaren und Nahrungsmittel. Zwei Drittel der Einfuhr nach Indien stammt aus dem Vereinigten Königreich. Die folgende Tabelle zeigt den prozentualen Anteil der verschiedenen Länder an der indischen Einfuhr:

| | 1902/3 | 1901/2 | 1900/1 | 1899/1900 | 1898/9 |
|------------------------|--------|--------|--------|-----------|--------|
| Vereinigtes Königreich | 66,3 | 64,5 | 68,8 | 68,9 | 68,3 |
| Belgien | 8,9 | 8,7 | 8,2 | 2,6 | 3,3 |
| Rußland | 3,4 | 3,9 | 3,7 | 3,4 | 3 |
| Ostreich-Ungarn | 3,2 | 4,8 | 4,1 | 3,4 | 3,5 |
| Strait Settlement | 2,9 | 2,9 | 3 | 2,7 | 2,9 |
| China | 2,8 | 2,2 | 3,8 | 2,2 | 2,5 |
| Deutschland | 2,7 | 3,7 | 3,4 | 2,4 | 2,5 |
| Nauritius | 2,5 | 2,4 | 3,2 | 2,3 | 2,9 |
| Frankreich | 1,8 | 1,7 | 1,4 | 1,4 | 1,5 |
| Vereinigta Staaten | 1,5 | 1,4 | 1,6 | 1,7 | 2 |

Der Rückgang der Einfuhr aus Deutschland und Ostreich-Ungarn entfällt auf Zucker und ist die Folge der erhöhten Ausgleichssätze, die fast die ganze Zuckereinfuhr aus Deutschland und Ostreich verhindern.

Aufsehenhandel Frankreichs in 1902. Nach der endgültigen amtlichen Statistik der Zollverwaltung über den Aufsehenhandel Frankreichs im Jahre 1902 betrug der Wert der Einfuhr 4 394 019 000 Frank gegen 4 389 194 000 Frank im Vorjahre, der Wert der Ausfuhr 4 252 181 000 Frank gegen 4 012 941 000 Frank im Vorjahre.

Zwei Klagen. Herr Schottländer, Verleger des „Konfessionärs“, fühlt sich durch einen Artikel des „Handlungsgehilfen-Blattes“ beleidigt und will klagen. Herr Dr. Max Wittenberg, Gutachter und literarischer Vertreter der Kaiserlichen Hypothekendarlehen, der als Fabrikant „wissenschaftlicher Arbeiten“ im Pommerant-Prozess in so hohem Maße unfeindlich hervortrat, hat wegen der Kritik seines Verhaltens gegen den Handelsredakteur Georg Bernhard eine Beleidigungsklage angehängt.

Partei-Nachrichten.

Zur Warburger Stichwahl-Angelegenheit erhalten wir folgendes Schreiben:

Auf Ihre Notiz in Nr. 184, auf die ich erst verspätet von Parteigenossen aufmerksam gemacht worden bin, bemerke ich folgendes: Ich kam am Abend des 23. Juni von einer vierstägigen Reise zurück und wußte nichts über die Entwicklung der Warburger Stichwahl-Angelegenheit. Als ich am folgenden Morgen im „Vorwärts“ den Artikel las, dessen Inhalt ich vollständig billigte, telegraphierte ich ihn an den mir persönlich bekannten Herrn von Gerlach. Wenn die „Mitteldeutsche Sonntagszeitung“ eine solche ganz spontane und einseitige Mitteilung als Paktieren mit dem Gegner bezeichnet, so ist das eine Entstellung der Thatsachen. Ich wüßte nicht, weshalb ich das Telegramm nicht unterlassen sollte, da die Artikel des „Vorwärts“ doch wohl nicht als Staatsgeheimnis der Partei zu behandeln sind. Auf den Gedanken, daß ich zur Weiterverbreitung einer jedermann offenkundigen Zeitungsnote erst die Erlaubnis des Warburger Wahlkomitees einholen müßte, konnte ich um so weniger kommen, als ich von dem Beschluß auf Behaltenthaltung meiner Weise wegen nichts in den Zeitungen gelesen hatte und es für unglücklich halten mußte, daß Genossen indirekt einen Anhänger der Hungerpolitik und Gegner des bestehenden Reichstags-Wahlrechts unterstützen könnten. Uebrigens dürfte ich annehmen, daß die Notiz im „Vorwärts“ schon von ihrem Verfasser den Warburger Parteigenossen direkt übermittelt worden wäre, weil sie ja sonst verspätet und ohne jeden praktischen Einfluß gewesen wäre.

Der Grund des Wunsches ist einfach, daß die Warburger Genossen, die für Stimmhaltung votiert haben, fühlen, daß sie sich blamiert haben. Ich begreife, daß sie das ärgert, aber sie sollten anstatt leuchtend nach einem Sündenbock zu suchen, die Schuld an ihrer peinlichen Lage bei sich selber finden und dankbar sein, wenn man sie davor bewahrt haben sollte, sich und die ganze Partei in noch weit höherem Grade dadurch zu blamieren, daß sie einem Reaktionsär wirklich zu einem Reichstagsmitglied verholten hätten.

Berlin, 12. August 1903.

Wolfgang Heine.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eines schweren Vergehens gegen die Pflichten, die sein Amt ihm auferlegt, hat sich der Vertreter der Halle'schen Polizei, Herr v. Holly, schuldig gemacht. Noch vor wenigen Monaten erklärte der Herr es eines Polizeibeamten für unwürdig, mit einem sozialdemokratischen Stadtverordneten in Verbindung zu treten; jetzt wendet er sich selber mit einem „Erzuchen“ an den in seinen Augen doch zweifellos „sozialistischen“ Arbeiter-Sängerbund. Noch merkwürdiger als diese Thatsache ist der Anlaß, der Herrn v. Holly zu seinem Anliegen an die Arbeiter-Sänger veranlaßte. In Halle wird nämlich in nächster Zeit der Kaiser erwartet, und Herr v. Holly erachtet nun den Arbeiter-Sängerbund, sich — an der Spalierbildung zu beteiligen! — Hat Herr v. Holly vielleicht aus der Diskussion über das Ju-Hofe-gehen schon Konsequenzen gezogen, oder ist seinem scharfen Auge bei der Unterjochung der Papus des betreffenden Vereinskasse entgangen, der — offenbar nach der politischen Vereinskasse — die Schriftstücke in Massen aufbereitete? Das Halle'sche „Volkblatt“ scheint das letztere anzunehmen, denn zu den zahllosen Kommissionen, die aus Anlaß des Kaiserbesuches in Halle bereits gebildet sind, schlägt es als „erste vor eine: Polizeibeamten-Verhaltensuntersuchungskommission.

Das in Cassel beschlagnahmte Heft der „Dokumente des Sozialismus“ wurde unseren Genossen Garbe dorthin durch die Polizei schon wieder zugesandt. Von der politischen Reise bürgerlicher Journalisten zeigt es, daß dieselben ihren Lesern aus Anlaß der Hausdurchsuchung nach einem Flugblatt-Manuskript eine Gruselgeschichte von der Beschlagnahme „verbotener“ sozialistischer Schriften vorsetzten.

Der Prozeß Humbert.

Paris, 11. August.

Als erster Zeuge wird der

Advokat Parmentier

aufgerufen, der seit dem Jahre 1884 die sagenhaften Crawfords vor Gericht vertreten hat. Das Verhör dieses Zeugen gestaltete sich von vornherein dadurch recht interessant, daß er sich in die lebhaftesten Widersprüche verwickelt. Zunächst erklärt er, daß die Crawfords wiederholt bei ihm gewesen wären und durchaus keine Feindschaft mit den Brüdern Daurignac gehabt hätten. Der Präsident, der heute jede Ironie beiseite läßt und schneidig die Verhandlung führt, macht zur Abschwächung der Aussage Parmentiers die Geschworenen sofort darauf aufmerksam, daß gegen jenen lange Zeit ein Verfahren wegen

Rittschuß an dem Crawford-Schwindel

geschwebt habe und daß man sich auch heute noch nicht recht über die Rolle des Advokaten Parmentier klar sei. Enttäuscht erklärt dieser, daß er stets korrekt gehandelt habe, daß es schließlich nicht seine Sache gewesen wäre, die Existenz der Erbschaft zu erforschen, sondern Sache der Justizbehörden, daß ferner bei allen Dokumenten und Akten, die ihm übergeben worden seien, niemals irgend jemand hätte Zweifel hegen können. Seine Phrasen machen wenig Eindruck im Saale, denn alsbald wird Parmentier von dem Präsidenten berart in die Enge getrieben, daß er gestehen muß, die Crawfords niemals persönlich gesehen und nur mit ihnen durch postlagernde Briefe verkehrt zu haben. Dieses Gestehen einer jeden Adresse bei einer Korrespondenz zwischen Anwalt und Klienten, das doch zum mindesten — so sagt Präsident Bonnet — „unmöglich“ ist, sucht Parmentier durch „eine Laune“ zu erklären, „wie sie reichen Leuten zu eigen zu sein pflegt“. Der ungünstige Eindruck dieser Zeugenaussage wird noch dadurch vermehrt, daß der Präsident schließlich am Ende des Verhörs feststellt, Parmentier habe nicht weniger als

350 000 Frank Honorar

erhalten. Der Vorsitzende gefällt sich nun darin, wieder einen kleinen Zwischenfall zu provozieren, indem er Frau Theresie ironisch an den Vorsitzenden des Kassationshofes Forichon erinnert, dem eigentlich in erster Linie die Aufdeckung des ganzen Schwindels zu verdanken sei. Theresie geht bereitwillig auf den Ton des Präsidenten ein, indem sie nicht minder ironisch bemerkt, daß auch sie selbst durch Forichon auf „einige Unwahrscheinlichkeiten“ aufmerksam gemacht sei. Dann aber giebt sie sich auch heute wieder eine Mühe, denn ohne daß man sie danach fragt, gesteht sie, daß sie

die echten Crawford'schen Testamente überhaupt niemals gesehen oder in Händen gehabt habe. „Ja, ich vertraute meinem Vater, der mir damals, bevor er starb, die Abschriften der Testamente gegeben hat. Ich hielt sie für echt und habe erst weit später dann entdecken können, daß ich selbst mich getäuscht. O, wenn mein armer Vater noch leben würde, der könnte jeden Ausschluß geben!“ Mit diesem Ausruf schließt Frau Humbert. Nunmehr werden die Zeugenernennungen fortgesetzt.

Advokat Angour,

ebenfalls einer der Rechtsbeistände der Crawfords, tritt in den Saal. Auch er weiß nichts besonderes zu sagen, nur daß auch er, wie Parmentier, durchaus in gutem Glauben gehandelt und niemals an der Existenz der Crawfords gezweifelt habe. Er hat die Crawford'schen Testamente auch nur in Abschrift und nicht im Original gesehen und weiß daher nichts näheres darüber anzugeben. Dann schreitet der Vorsitzende zur Vernehmung des Huissiers Lecotte, dessen Aussagen jedoch in wenigen Minuten entgegengeronnen sind und nichts von Belang enthalten; doch war während dieser Zeugenaussagen

das Verhalten Laboris

interessant, der sich in den ersten Verhandlungstagen völlig auf das Abwarten verlegt hatte. Mit der Aenderung, die im Benehmen des Präsidenten, das übrigens von der Presse aller Schattierungen ziemlich streng als „unverantwortlich ironisch“ getadelt wird, eingetreten ist, hat auch der Verteidiger der Humberts seine Taktik geändert. Jetzt ist er es, der in seiner vom Drehfuß-Prozess her bekannten Art und Weise in die Verhandlung eingreift, und zwar indem er nicht nur seine Klienten scharfsinnig verteidigt, sondern in erster Linie durch scharfe Kreuzfragen die Zeugen zu verwirren und unsicher zu machen sucht. Auch Theresie Humbert unterstützt ihn, trotz der wiederholten energischen Verbote des Präsidenten darüber, daß sie mit der ihr eignen südfranzösischen Lebendigkeit durch Zwischenrufe die Zeugen aus ihrem Gedankengang zu bringen sucht.

Nach einer kurzen Pause, die durch die überaus schwüle und drückende Temperatur im Saale bedingt ist, wird die Zeugenernennung weiter fortgesetzt, und jetzt spielen sich eine Reihe

dramatischer Szenen

ab, die den Höhepunkt des heutigen Verhandlungstages bilden.

Advokat Labat

wird vernommen, dessen Aussagen zuerst belanglos erscheinen, denn er weiß nur zu sagen, daß Theresie Humbert dem Liquidator der Girard'schen Bank fünf Millionen und andren Gläubigern vier Millionen Frank zurückgelassen hat. Doch Frédéric Humbert benutzt das Erscheinen dieses Zeugen, um ganz plötzlich, wie er es auch seiner Zeit schon im Cattani-Prozess gethan hat, in Aktion zu treten. Frédéric hat augenscheinlich das Bestreben, sich wieder als Mann seiner Frau, wenigstens in geschäftlichen Dingen, aufzuspielen. Er verwickelt den Zeugen in eine Debatte darüber, ob und wie oft er mit ihm, Frédéric Humbert, überhaupt zusammengekommen sei. Advokat Labat muß zugestehen, daß er alles Geschäftliche mit Theresie allein abgeschlossen und deren Gatten in Verlaufe von vierzehn Jahren höchstens zehnmal gesehen habe. Befriedigt konstatiert Frédéric, die Aussage Wort für Wort wiederholend, diese Thatsache, um daraus sofort den Schluß aufzustellen: „Hier haben Sie wieder den Beweis dafür, meine Herren Geschworenen, wie wenig ich mich um die Geschäfte meiner Frau gekümmert habe und wie man meine sogenannte Geschäftsthatigkeit übertrieben hat.“

Man hält diesen Zwischenfall für erledigt, als Frédéric Humbert plötzlich zu einem heftigen

Angriff gegen Vallé

den Justizminister und früheren Advokaten des Bucherers Cattani übergeht. Und Labori schlendert seinen Klienten in auffallend energischer Weise dabei. „Vallé ist eine Null im Anwaltsstande“, ruft Frédéric in lebhaftester Erregung aus, „und jedermann weiß, daß Cattani, dieser Bucherer, der sich jetzt vor den Gerichten unsichtbar macht, daß er, der uns ins Verderben gestürzt, nur in Vallé den Mann gesucht hat, der ihn aus der Schlinge ziehen sollte. Wie hätte Cattani auch sonst einem derart unfähigen Advokaten jenes Millionenhonorar von einer Viertelmillion Frank gezahlt!“

Der Präsident versucht mehrfach Frédéric's Redeschwall zu unterbrechen, doch Labori wie Theresie, anscheinend auch Romain Daurignac, verlangen durch dringende Rufe Redefreiheit für Frédéric. Auch der Generalprokurator mißt sich hinein in dieses Durcheinander der verschiedenen Stimmen. Endlich gelingt es dem Präsidenten, Ruhe zu verschaffen, und Frédéric scheidet in seiner Philippika gegen Vallé und Cattani fort: „Ich stehe hier nur auf Veranlassung meines größten Feindes, jenes Cattani, und Vallé, der uns ins Unglück stürzen will — er hat ihn dazu geübt, uns zu verderben. Nicht die Staatsanwaltschaft, nicht unsere Gläubiger haben uns hierher citiert, — einzig und allein Vallé ist es und seine Gefinnungsgenossen.“ Und als der Präsident einwirft, jene große Leere des vollgezeichneten Geldschrankes sei die eigentliche Ursache, daß die Humberts heute sich vor dem Richter zu verantworten haben, da greift in heftiger Weise Labori ein. Nicht der Geldschrank sei es gewesen, denn jedermann habe gewußt, daß dieser leer sei. „Warum haben denn“ — so etwa ruft Labori aus — „die Behörden nichts gethan, um die Abreise der Humberts zu verhindern?“ Warum hat

Waldeck-Rousseau

durch seine Unthätigkeit die Humberts entfliehen lassen? Er, der er doch, wie er selbst gesagt, niemals an die Millionen Grabt

hat. Er sagte, er halte die Humberts für die „größten Hochstapler des Jahrhunderts“, und doch legte er in ihrer Hinsicht nichts in den Weg. Warum that er das, wenn er in Wirklichkeit nicht an die Millionen glaubte? Und schließlich hört man nur die Angeklagten wie als Zeugen reden: „Wo ist Vallé? Wir müssen ihn hier als Zeugen haben. Er hat als oberster Justizbeamter sich den Anforderungen des Gerichts zu unterwerfen. Sein Zeugnis ist, was wir wollen.“

Es ist kein Zweifel, daß Labori mit diesen seinen Worten Eindruck im Saale macht, denn allseits ertönt befälliges Murmeln und laute Ausrufe: „Ja, das könnten die Humberts eigentlich verlangen“, kann man selbst unter den zahlreichen im Saale anwesenden Advokaten vernehmen.

Labori schließt seine Interventionen mit der Behauptung, daß der französische Votschafter in Madrid, Patenôtre, der von der Anwesenheit der Humberts angeblich nichts wissen wollte, sogar beinahe Maria Daurignac, die „ewige Braut“ Henri Crawfords, geheiratet hätte, eine Behauptung, die allgemein nur verwundertes Schütteln des Kopfes zur Folge hat.

Als letzter Zeuge wird schließlich noch der Anwalt der Humberts, der ehemalige Patonnier des Anwaltordens, Du Vuit, vernommen, ein älterer Herr, dessen Aussage ohne Belang ist. Dann wird die Sitzung abgebrochen und am morgen, Mittwoch, vertagt.

Paris, 12. August. (W. T. V.) Prozeß Humbert. Der heutigen Verhandlung wohnten wieder ein zahlreiches Publikum bei. Polizeikommissar Gemion erzählt zunächst die Vorgänge bei der Verhaftung der Humberts in Madrid.

Der Rotar Dupuy in Bohonne und seine Angestellten erkennen in Romain Daurignac eine der Persönlichkeiten wieder, welche in Prokura mit dem Namen Crawford bezeichnet haben. In Bezug auf Emil Daurignac lauten ihre Aussagen weniger bestimmt. Während dieser Vernehmungen verifiziert Labori, daß die Crawfords existierten, aber einen andern Namen trugen. (Bewegung.)

Die drei Schreibe- und Übersetzer erklären, daß die Prokura Zeichnung mit dem Namen Crawford von Romain und Emil Daurignac mit verstellter Handschrift gegeben seien. Die Angeklagten und die Verteidiger widersprechen diesen Behauptungen der Sachverständigen in längerer Ausführung.

Drei Postbeamte erkennen gleichfalls Romain Daurignac wieder; er habe postlagernde, auf die Initialen der Brüder Crawford lautende Briefe abgeholt. Romain bestreitet auch diese Thatsache. Der Zeuge Jacquin, früher Mitglied des Staatsrats, sagt aus, er habe zwanzig Jahre hindurch an die Freundschaft und Ehrenhaftigkeit der Humberts geglaubt, habe jedoch nie sein Amt zu ihren Gunsten ausgenutzt. Als er die Wahrheit erkannt habe, habe er sein Amt niedergelegt.

Der frühere Rotar Langlois bekundet, er habe den Humberts ein Darlehen von etwa 10 Millionen Francs beschafft, da er angeht die Gerichtsbeschlüsse und gerichtlichen Dokumente an das Vorhandensein der Crawford'schen Erbschaft geglaubt habe. Delachérie, der den Humberts 25 Millionen Francs verschaffte, äußert sich in demselben Sinne wie Langlois. Nachdem einige von den Geldgebern vernommen sind, wird die Sitzung vertagt.

Gewerkchaftliches.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Die Arbeiter der Firma Ludwig Löwe u. Co., Werkzeugmaschinenfabrik, nahmen in ihrer gestrigen Betriebsversammlung folgende Resolution an: In Erwägung, daß bei der heutigen Produktionsweise in der Metallindustrie eine zehnstündige Arbeitszeit schon das Höchstmögliche ist, das an die Leistungsfähigkeit eines Arbeiters gestellt werden kann, beschließt die Versammlung, von morgen den 13. August ab, falls die Direktion jede Verhandlung ablehnt, die verlangten Ueberstunden nicht mehr zu machen und diesen Beschluß durch eine Kommission der Direktion mitzuteilen. Erklärt sich die Direktion zu Verhandlungen bereit, so kann die Verweigerung der Ueberstunden bes zur Beendigung der Verhandlungen auszuweichen. — Bemerkung sei, daß der Vertreter der Hirsch-Duncker'schen namens seiner Organisation die Erklärung abgab, die Mitglieder des Gewerkevereins würden sich an nichts beteiligen, die Versammlung möge beschließen, was sie wolle.

Die Steinarbeiter (Sektion der Marmorarbeiter) faßten in ihrer gestrigen Mitgliederversammlung mit 185 gegen 27 Stimmen den Beschluß, am heutigen Donnerstag früh in den Streik einzutreten. Anlaß zu dem Streik gab lediglich das prozessuale Verhalten der Arbeitgeber, die um Lohnreduktionen vornehmen zu können, den am 1. September d. J. ablaufenden Tarif gekündigt hatten und jede Verhandlung über einen neuen Tarif ablehnten, obwohl die alten Tarifbestimmungen solche Verhandlungen direkt vorsehen.

Cassel, 12. August. (Privatdepesche des „Vorwärts“). Zum Schreinerstreik. Die bürgerliche Presse meldet wiederum fälschlich die Beendigung des Schreinerstreiks. Die letzte Versammlung der Schreiner beschloß mit Dreiviertel-Majorität nur die Forderung der Arbeitszeitverlängerung auch fallen zu lassen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hannover, 12. August. (W. T. V.) Auf dem Bahnhof in Leinhausen entgleiste heute nachmittag gegen 5 Uhr ein Güterzug, der auf ein totes Geleise fuhr. Die Maschine fuhr gegen den Prellbock und wühlte sich tief in das Erdreich ein. Die sechs nachfolgenden Wagen wurden total zerstört. Ein Bremser ist ums Leben gekommen; auch 10 Pferde wurden getötet. Der Verleher war nach beiden Strecken gesperrt.

Frankfurt a. M., 12. August. (W. T. V.) Aus Sofia wird gemeldet: Ein heute aus dem Lager der kassatischen eingetroffener Bericht meldet: Die Ebene von Florin ist in den Händen der kassatischen, denen sich Griechen und Anglo-Walachen anschließen; die zerstreuten türkischen Truppen hielten nicht stand. Die kassatischen zerstörten das türkische Dorf Bulowo. Sie verfliegen über reichlichen Proviant.

Wien, 12. August. (W. T. V.) Einer Mitteilung der Nordbahn zufolge fuhr ein heute vormittag von hier abgegangener Personenzug auf der Station Rapogeth um 2 1/2 Uhr nachmittags auf einen Lastzug; 21 Reisende wurden leicht verletzt, einige Wagen entgleisten.

Paris, 12. August. (W. T. V.) Der Vorsitzende des Verwaltungsrats der Stadtbahn teilte dem Seinepräsidenten mit, daß er ihm zur kleinstmöglichen Unterstützung der hilflosbedürftigen Familien, die durch das Unglück betroffen sind, eine Summe von 10 000 Fr. zur Verfügung stelle. Heute nachmittag wurden 36 Opfer der Katastrophe einzeln beerdigt. Der Ratspräsident hat beschlossen, die Toten, die nicht von ihren Familien reklamiert sind, morgen beerdigen zu lassen. Die Stadt bereitet für morgen in dem Hofe der Kasernen de la cité eine Trauerfeierlichkeit vor. Ministerpräsident Combes wird eine Rede halten.

London, 12. August. Das Amtsblatt veröffentlicht eine Verfügung, nach welcher vom 1. September ab die Einfuhr von Zucker aus Dänemark, Rußland und Argentinien, mit Ausnahme von Melassezucker und durch Zucker verfahren Erzeugnissen verboten wird, soweit es sich nicht um Konsumzucker handelt.

Belgrad, 12. August. (W. T. V.) Infolge Differenzen des Kriegsministers mit den übrigen Ministern ist eine Kabinettskrise eingetreten.

Saloniki, 12. August. (W. T. V.) Die kassatischen verhafteten Monastir in Brand zu setzen, was jedoch mißlang. Der Aufstand breitet sich aus auf die Bezirke Dibra, Dibra und Bitshimo aus. Bei Bitshimo wurden 1800 Insurgenten von türkischem Militär ungeschlagen; dagegen erlitten die Türken bei Krushevo eine erste Niederlage, sie hatten 100 Tote.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.
Küftung, Hiesenseger!

In unsrer Annonce der heutigen Nummer des „Vorwärts“ ist irrtümlich veröffentlicht, daß die Sperre über die Firma Schmalisch u. Behlow aufgehoben ist. — Sämtliche Bauten der Firma Schmalisch u. Behlow bleiben bis auf Weiteres gesperrt. Von der Firma Willeroth u. Bohl sind ferner die Bauten Krankenhäuser Westend-Charlottenburg und Beamtenhäuser Wilmersdorf gesperrt. Der Vorstand des Mosaik-Hiesenseger-Vereins.

Eine „Sühnfrist“ von Strafmandaten ist aus Anlaß des Mehrschichten Streiks auf eine Anzahl Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Vereins herniedergegangen. Bekanntlich ging die Polizei bei jenem Streik mit ganz außerordentlicher Schärfe gegen die Streikposten vor. Sittierung auf Sittierung erfolgte. Nicht allein, daß die Streikführer stundenlang auf der Revierwache sitzen mußten, obwohl ihre Personalien mehr wie hinlänglich bekannt waren, nein sie wurden sogar nach dem Polizeipräsidium eingeliefert, wo man sie Tag und Nacht hindurch mit allerhand zweifelhaften Elementen zusammensperrte, bis es dann zu einer guten Stunde einfach hieß: „Jetzt können Sie gehen.“ Mit unsehbarer Sicherheit folgten dann die Strafmandate wegen Vergehens gegen die §§ 182 und 183 der berühmten Strafenordnung, bald auf 30, bald auf 15 M. Geldstrafe lautend, je nachdem es der weisen Polizeibehörde gerade beliebte. In welcher sinnlichen Art die Berliner Polizei den Arbeitern das ihnen gesetzlich gewährleistete Streikpostenrecht durch die Strafenordnung illusorisch zu machen versteht, davon hier eine kleine Probe. Geht es da in einem dem Arbeiter M. zugestellten Strafmandat, er werde bestraft, am 30. Juli, nachts gegen 8 1/2 Uhr, in der Sophien- und Rosenhaldenstraße anlässlich des Mehrschichten Streiks in verkehrshindernder (!) Weise als Streikposten auf und ab gegangen zu sein und der zur Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit und Ruhe auf der öffentlichen Straße an ihn ergehenden Aufforderung des Schutzmannes Kraft, das Auf- und Abgehen zu unterlassen, nicht unbedingt Folge geleistet zu haben. — Die der Mann um 8 1/2 Uhr nachts den in jener Straße gar nicht vorhandenen Verkehr behindert haben könnte, wird wohl ein ewiges Geheimnis der hohen Polizeibehörde bleiben. Nun, es genügt wohl wahrscheinlich, daß der Mann Streikposten war und daß er der Aufforderung des Beamten nicht unbedingt — das heißt im Mittelfeld — Folge leistete, um ihm eine Strafe aufzubrummen. Nach dieser Polizeilogik müßte einfach jeder Passant, der auf irgend einer Straße auf- und abgeht, in Strafe genommen werden.

Natürlich zieht diese Waise von Strafmandaten — es sind bis jetzt beiläufig ca. 70 Stück mit einer Gesamtschuldensumme von über 1000 M. — einen Rattenkönig von gerichtlichen Entscheidungen nach sich, denn die Metallarbeiter denken nicht daran, sich stillschweigend durch die polizeiliche Auslegung der Strafenordnung ihr Koalitionsrecht verflümmern zu lassen.

Zum Streik der Feilenarbeiter. Der Stand des Streiks ist bisher unverändert. Beide Parteien messen in aller Ruhe gegenseitig die Kräfte, ohne daß es bis jetzt zu einer Einigungsverhandlung gekommen wäre. Wöllig auch, daß der Arbeitgeber sich mit dem Gedanken einer langsamen Aushungerung der Streikenden trage, was in Anbetracht der guten Rahmenverhältnisse des Metallarbeiter-Vereins allerdings eine eitle Hoffnung ihrerseits wäre. Eine Entscheidung dürfte jedoch um so eher erfolgen, als die Arbeit sich immer mehr anhäuft und Arbeitswillige von auswärts bisher nicht eingetroffen sind und voraussichtlich auch nicht eintreffen beziehungsweise anfangen werden. — So ruhig sich nun auch der Streik in Berlin vollzieht, um so lebhafter geht es in dem benachbarten Pankow, dem Wohnort des Obermeisters Mägdefrau, zu. Der Herr Obermeister kann sich nämlich absolut nicht an den Anblick von Streikposten gewöhnen, deshalb hat er sich um „Schutz“ an die Behörden gewandt. Gefällig wie die hohe Obrigkeit nun einmal Arbeitgebern gegenüber ist, kommandierte sie sogleich eine Anzahl Gendarmen zur Bewachung der obermeisterlichen Wache ab, und diese springen nun nach berühmten Mustern mit den Streikposten um, als wenn es so etwas wie Koalitionsrecht für Pankow überhaupt nicht gäbe. Täglich ein, zwei, drei Sittierungen sind etwas ganz Gewöhnliches, und königlich freut sich der Obermeister, wenn er sieht, wie ein Gendarm mit so einem verhafteten Streikposten abzieht, um ihn auf der Rathauswache in die Zelle zu sperren und dort nach Gutdünken zwei bis vier Stunden sitzen zu lassen. Natürlich lassen sich die Streikenden durch derartige Liebeshändelungen in der Ausübung ihrer Rechte nicht sonderlich behindern. Sie gönnen dem Obermeister seine kindliche Freude und denken: Der zuletzt lacht, lacht am besten.

Die Silberrahmenmacher befaßten sich am Dienstag in einer gut besuchten Branchenversammlung mit dem Streik bei der Firma Bernhard Gross in Leipzig und der damit zusammenhängenden Arbeitsniederlegung bei Johannson, Bäckstraße 11—12. Bei Gross befinden sich seit dem 25. Juli 192 Arbeiter im Ausstand. Davon sind 29 Rahmenmacher, die übrigen teils Vergolder, teils Glaser, Galanteriearbeiter, Steinbruder oder Hilfsarbeiter. Ursache des Ausstandes sind die elenden Löhne und Arbeitsverhältnisse der Firma. Nun wurde es bekannt, daß größere Posten Arbeit für Gross in Berlin, und zwar bei der Firma Johannson, fertiggestellt wurden. Am letzten Freitag hatten die Vertragsnehmer vom Holzarbeiter-Verein eine Unterredung mit Herrn Johannson, um die Angelegenheit in Güte zu regeln. Anfanglich leugnete er, daß überhaupt Streikarbeit bei ihm gemacht werde, als er aber damit keinen Erfolg hatte, wurde er groß und entlich die Vertragsnehmer der Arbeiter mit den gewöhnlichen Worten: „Versuchtet Aeris, wollt Ihr machen, daß Ihr rauskommt!“ — schreite sogar vor Handgreiflichkeiten nicht zurück, redete von „Erpressung“ und machte schließlich noch Anzeige bei der Polizei. Nach diesen Vorgängen legten die Arbeiter der Firma einmütig die Arbeit nieder. Nun sucht Herr Johannson im „Vokal-Anzeiger“ Rahmenmacher, aber nur solche, die nicht organisiert sind, bei hohem Lohn. Wie es mit den hohen Löhnen bei Johannson bestellt ist, zeigt der Umstand, daß er einem auf die Annonce antwortenden Rahmenmacher 18 M. Wochenlohn bot und sogar Arbeiter für 15, 16 und 17 M. beschäftigte. — Der Branchenobmann schloß seinen Bericht über den Stand der beiden Streiks mit der Aufforderung an die Anwesenden, streng darauf zu achten, ob nicht noch bei anderen Firmen in Berlin Streikarbeit gemacht wird, und in solchem Fall dem Obmann sofort Mitteilung zu machen. In der Diskussion zeigte es sich, daß die Ausständigen fest entschlossen sind, im Streik auszuharren und ihren Leipziger Kollegen nicht in den Rücken zu fallen.

Herr Weinstock (Weißensee) teilt uns mit, daß er von der Firma Gross in Leipzig nur 2500 Meter Reifsen bekommen habe. Er habe die Arbeit zur Probe und ehe der Streik ausbrach, angenommen. Jetzt mache er diese Arbeit nicht.

Dem Verein der Kaufberechtigten des Warenhauses für deutsche Beamte erhalten wie eine Zulage, in der es mit Bezug auf die von uns übernommene Notiz über Mißstände in diesem Bezirke heißt: „Die Leitung des Warenhauses hat begründete Veranlassung gehabt, eine Anzahl Angestellter zu entlassen, von welchen diese Angestellte wohl ausgehen dürften. Mit den Angestellten, welche sich zur Zeit im Warenhaus befinden, stellt das Direktorium im besten Einvernehmen. Es kann daher von einem Streik gar keine Rede

sein.“ — Auf die behaupteten Mißstände (Monatslöhne von 75 bis 90 M., umfangreiche Sonntagsarbeit, Benachteiligung in Krankheitsfällen durch kürzere Gehaltszahlung als das Gesetz vorschreibt) geht die Zulage an uns nicht ein. Das Schweigen der Direktion ist die unzweifelhafteste Bestätigung einer Unsumme von Mißständen, die keineswegs dadurch gemildert werden, daß deren Veröffentlichung angeblich durch entlassene Angestellte veranlaßt worden ist. Es dürfte interessant sein zu erfahren, ob die aus begründeter Veranlassung entlassenen Angestellten vielleicht jene sind, welche die „Friedens- und Ergebenheits-Adresse“ an die Direktion nicht unterzeichneten. Wenn von einem Streik im Warenhaus gar nicht die Rede ist, so liegt es an den leider so traurigen Verhältnissen im Handelsgewerbe, denn Ursache dazu hätten die Angestellten mehr denn genug gehabt. Freilich dürften sie bisher verärgert haben, sich in den kräftigen Schutz einer zielbewußten Organisation zu begeben; wären sie in ihrer Mehrzahl Mitglieder des Centralverbandes der Handlungsgehilfen und -Befehlsmen Deutschlands, dann hätte die Direktion es doch wohl vorgezogen, statt an der Herstellung von Prekariaten an der Abstellung standalöser Zustände zu arbeiten.

Für Metallarbeiter aller Branchen gesperrt ist die Fabrik chirurgischer Instrumente von Schröder, Schwedterstraße 35 a. Sämtlich dort beschäftigten fünf Arbeiter haben vorgenommener Accordabgabe wegen die Arbeit niedergelegt. Herr Schröder weigerte sich, mit dem Vertreter des Verbandes zu verhandeln. Deutscher Metallarbeiter-Verein, Ortsverwaltung Berlin.

Küftung, Maler! Die Differenzen bei der Firma Bloßka in Friedrichsberg sind beigelegt. Die Ortsverwaltung der Vereinigung der Maler.

Küftung, Tapezierer! Heute, Donnerstagabend, findet unsre ordentliche Generalversammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Tagesordnung: Bericht des Ortsvorstandes und Neuwahl desselben. Bericht des Verbandsauschusses. Sämtliche Kollegen sind in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung verpflichtet zu erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt. Der Ortsvorstand.

Deutsches Reich.

Die Baumwollspinnereien in Bremerhaven nehmen es mit ihrem Vorstoß gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter ernst. So haben sie den Oberarbeitern vom Bahnhof Bremerhaven „nach reiflicher Ueberlegung“ den freien Entschluß abgerungen, aus dem Verband der Transportarbeiter auszutreten. Auch die Sorarbeiter und Meister der Firma Clausen u. Wieting erklärten sämtlich mit Ausnahme eines einzigen ihren Austritt aus dem Verband; diesem einen wurde sofort gefündigt. — Vielleicht teilen die Bremerhavener Arbeiter einmal dem Staatsanwalt die Angelegenheit mit, damit dieser auf Grund des gegen Arbeiter so leicht und so oft angewandten § 163 der Gewerbe-Ordnung gegen die Herren Unternehmer einschreiten kann. Eine der Hauptaufgaben des Transportarbeiter-Vereins ist die Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für seine Mitglieder. Indem ein Arbeiter dem Verbandsbeitritt, tritt er einer Verabredung zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen bei. Wer ihn daran hindert oder ihn zwingt, davon zurückzutreten, macht sich eines strafbaren Vergehens schuldig. Warum soll man nicht einmal den Staatsanwalt für die Arbeiterinteressen mobil machen?

Uebrigens geht auch der Lloyd wieder mit Arbeiterentlassungen vor. Da es sich bei diesen Entlassungen nicht um jüngere, zuletzt eingestellte Leute handelt, glaubt man, daß es sich auch hier um Maßregelungen handelt.

Die Maurer in Barz (Dübenturg) sind in einem Ausstand getreten. Dieselben haben sich schon im Frühjahr an die Meister mit dem Ersuchen gewandt, diese mögen den Stundenlohn von 40 auf 45 Pfennig erhöhen, aber darauf bisher noch keine klare Antwort erhalten. Es fand unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters bereits eine Sitzung der Meister mit den Delegierten der Werkstellen statt, in der eine Einigung versucht wurde.

Zum Ofensekerstreik in Dresden teilt die „Sächsische Arbeiterzeitung“ mit, daß in den letzten Tagen Verhandlungen zwischen dem Vorsitzenden des Centralverbandes der Töpfer, dessen Gauleiter für Sachsen und der Vorstandschaft der Arbeitgeber stattgefunden haben. Da sich jedoch der Vorstand der Arbeitgeber noch immer vollständig unmachgiebig zeigte und auf bedingungsloser Wiederaufnahme der Arbeit beharrte, verließ auch diese Besprechung resultatlos. Ferner drohen die Arbeitgeber abermals damit, daß, wenn die Streikenden nicht innerhalb acht Tagen die Arbeit bedingungslos aufgenommen haben, die Ofenseker ganz Sachsens ausgeperrt werden sollen. Auch durch diese schon wiederholt ausgesprochene Drohung sind die Streikenden nicht gewonnen, sich ins Vorhaben jagen zu lassen, sie beschloßen vielmehr einstimmig in ihrer Versammlung vom 8. August, auch ferner im Generalkstreik zu beharren.

Der Tischlerstreik in Flauen ist günstiger als der Maurerstreik, durch einen Vergleich zwischen Unternehmern und Arbeitern beendet. Es wurde den Arbeitern eine wöchentliche Arbeitszeit von 50 Stunden und eine fünfprozentige Lohnerhöhung zugebilligt. Der Streik hat 14 Wochen gedauert.

Die Schmiede der Firma Lang in Mannheim befinden sich seit dem 18. Juli im Ausstande. Ursache desselben war, daß bei den Schmieden eine sehr beträchtliche Reducierung ihrer Accordabgabe vorgenommen wurde, so daß dieselben in vielen Fällen einen Stundenlohn von 30 Pf. nicht mehr erreichen konnten. Die Forderung, den Lohn wieder nach den alten Sätzen zu erhöhen, wurde von seiten der Firma Lang rundweg abgelehnt, worauf die Schmiede die Arbeit einstellten. Die Zahl der Streikenden betrug 165. Herr Lang erklärte der Kommission der Streikenden, daß er erst dann bereit wäre, Verbesserungen einzutreten zu lassen resp. Beschwörungen entgegen zu nehmen, wenn die Schmiede die Arbeit wieder aufgenommen hätten, was selbstverständlich von den Arbeitern abgelehnt wurde. Vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt zu erscheinen, hat Herr Lang rundweg abgelehnt. In fünf öffentlichen Versammlungen, zu denen alle im Betrieb beschäftigten Arbeiter eingeladen waren, ist der Beschluß gefaßt worden, keine Streikarbeit zu verrichten, und die streikenden Schmiede nach Kräften zu unterstützen. Die ledigen Schmiede haben Mannheim zum großen Teil verlassen. — Für Metallarbeiter aller Branchen ist Mannheim bis zur Beendigung des Konflikts zu meiden.

Ausland.

Die in den Bergwerken der österreichisch-ungarischen Staateisenbahn beschäftigten Maschinen- und Heizer haben nach einer Meldung aus Antin Forderungen auf Lohnerhöhung gestellt und drohen, falls diese nicht innerhalb 48 Stunden bewilligt werden, in den Ausstand zu treten.

Ein internationaler christlicher Textilarbeiter-Kongreß, der fünfte seiner Art, tagte am 4. und 5. August in Snesede in Holland. Vertreten waren Deutschland, Belgien, Italien und Niederlande. Als am Vorabend des Kongresses die auswärtigen Delegierten in feierlichem Zuge von der Bahn nach dem Kongreßlokal geführt wurden, ging vor dem Zuge eine große Anzahl von Personen, den Socialisten marsch singend, einher. Auf dem Fest, das am selben Abend zur Einweihung des Kongresses abgehalten wurde, trat eine recht lebhaftige Kampfstimmung gegen die „rote Internationale“ hervor. Der deutsche Delegierte G. M. Schiffer sagte u. a.: „Wir leben in einer gefährlichen Zeit, wo die rote Internationale sich immer mehr vorwärts drängt. Die christlichen Arbeiter müssen sich deshalb kräftig an einander schließen, um dagegen einen Damm zu bilden. Es ist verwerflich und bedauerlich, daß

wenn die christlichen Arbeiter neben der roten Internationale aufmarschieren. So etwas ist mir unbegreiflich.“ — Kaplan Dr. Sonnenschein aus Köln, Ehrenmitglied der „Deutschen Arbeitervereine“ aus Köln, Ehrenmitglied der „Deutschen Arbeitervereine“, äußerte den Wunsch, die Textilarbeiter sollten jetzt nicht an dem Purpur für die Fürsten und die Mächtigen der Erde weiden, sondern an dem Purpur der „Christendemokratie“. — Die erwähnte Kampfstimmung gegen die „Roten“ trat nun, wenigstens nach den vorliegenden Berichten zu urteilen (der Presse ist der Zutritt verweigert worden), bei den eigentlichen Kongreßverhandlungen vollständig in den Hintergrund. Zunächst wurde über den Stand der Organisation berichtet. Danach zu urteilen sind „christlich“ organisiert: in Deutschland 18 000, in Italien 4 200, in Belgien 2 700 Textilarbeiter und in Niederlande im christlichen Verband „Unia“ 1500; daneben besteht ein katholisches Sekretariat der Textilarbeiter, dem ungefähr 2000 Mitglieder angehören. Der Kongreß nahm eine Resolution an, wodurch die christlichen Textilarbeiter beider Glaubensbekenntnisse ermahnt werden, sich den bestehenden centralen Verbänden anzuschließen, und jede Verschärfung der Organisation im christlichen Lager als schädlich verurteilt wird. — Darauf wurde über die Arbeitszeit in der Textilindustrie verhandelt. Der Referent zu diesem Punkt, Campho aus Bocholt, wies als Beispiel für die günstige Wirkung der Arbeitszeitverkürzung auf die Maurer in Berlin hin, die früher bei der langen Arbeitszeit am Feierabend in die Kneipe gelaufen seien, jetzt aber bei einer Arbeitszeit von 8—9 Stunden es vorgezogen, nach Hause zu gehen, um sich der Familie zu widmen oder an ihrer Fortbildung zu arbeiten. Hierzu wurde folgende Resolution angenommen: „Der Kongreß beschließt, auf die gesetzgebenden Körperschaften Einfluß auszuüben zur Erlangung folgender die Arbeitszeit in der Textilindustrie betreffender gesetzlicher Bestimmungen:

1. Der gesetzliche Maximalarbeitszeit für männliche Arbeiter über 18 Jahr 10 Stunden. In Ländern wie Belgien, wo die Arbeitszeit noch 11 1/2 bis 12 Stunden beträgt, soll die Herabsetzung schrittweise geschehen; zum 1. Juli 1904 soll der 11stündige, 1905 der 10 1/2, und 1906 der 10stündige Arbeitstag eingeführt werden.

2. Der gesetzliche Maximalarbeitszeit für männliche jugendliche Arbeiter beträgt 8 Stunden. In Ländern wie Belgien, wo in der Kattun- und Flachspinnerei die Arbeitszeit der jugendlichen an die der voll erwachsenen Arbeiter gebunden ist, soll zu diesem Zweck baldigst eine Enquete über die technischen Möglichkeiten veranstaltet werden.

Die Fachvereine haben stets die Pflicht, auf dem Wege der freien Tarifvereinbarungen mit den Arbeitgebern auf eine noch weiter gehende Verkürzung der Arbeitszeit hinzuwirken.“

Der letzte Satz ist ein von deutscher Seite herrührendes Amendement. Hinsichtlich der Frauenarbeit wurde nach lebhafter Debatte eine Resolution angenommen, worin die gesetzliche Einführung des 8stündigen Maximalarbeitsstages für verheiratete Frauen und für Mädchen von 14—18 Jahren verlangt wird, für Mädchen über 18 Jahren der 10stündige. Im übrigen wird als Endziel die Abschaffung der Fabrikarbeit beherzelter Frauen bezeichnet. Als absolut notwendig wird die völlige Abschaffung der Kinderarbeit bezeichnet. Ferner wird auf die Notwendigkeit der Organisation für die Arbeiterinnen hingewiesen. — Bei dem folgenden Punkt: Gesetze zum Schutz der Arbeiterinnen, rühmte Herr Schiffer die deutschen Gesetze, fügte aber hinzu: es sei ein Jammer, daß sie so schlecht durchgeführt würden, und erklärte es für wünschenswert, daß Arbeiter als Inspektoren und Inspektorinnen angestellt würden. — Dem internationalen Sekretariat wurde der Auftrag gegeben, die Regierungen der verschiedenen Länder von den Beschlüssen des Kongresses in Kenntnis zu setzen. Außerdem beschloß der Kongreß, bei der niederländischen Regierung auf baldige Einbringung eines Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes zu drängen und bei der belgischen Regierung auf Verbesserung des Altersversicherungs-Gesetzes. — Der nächste internationale Kongreß soll nach 2 Jahren stattfinden.

Die Verhandlungen zeigen, daß die „Christlichen“ sich eine ganze Reihe von Forderungen der so verhassten „roten Internationale“ angeeignet haben. Insbesondere die Forderung einer verkürzten Arbeitszeit wird wohl von keiner Seite so propagiert, als von der Socialdemokratie. Von den freien Gewerkschaften unterscheiden die „Christlichen“ sich in ihren Bestrebungen durch nichts weiter, als daß sie ihre Forderungen weniger folgerichtig und weitgreifend stellen, als die „Freien“, die denn auch von der Weisheit der Arbeiterchaft als die berufenste und beste Organisationsform angesehen werden.

Sociales.

Die Giftigkeit der Verbrennungsprodukte des Celluloids.

Verschiedene Brände in Celluloidwarenfabriken und -Lagern haben in neuerer Zeit Veranlassung gegeben, der Feuergefährlichkeit dieser Fabriken und Lager größere Aufmerksamkeit zu widmen. Aber es sind nicht nur die hierbei entstehenden Brandschäden, die diese Celluloidbrände gefährlich machen, sondern auch die tödliche Giftigkeit der bei der Verbrennung von Celluloid entstehenden Gase. Als bei dem Brande von Celluloidabfällen im Keller eines Fabrikgebäudes in Leipzig acht Personen ums Leben kamen, von denen sich sechs in einem an der Treppe befindlichen Comptoir befunden hatten, ohne daß von diesen das Fenster geöffnet worden war, vermutete Professor Dr. Kodel, daß diese sechs Personen zunächst an Blausäurevergiftung gestorben und erst dann zum Teil Verbrennungen durch Verbrennung erhalten haben. Dies gab ihm Veranlassung, durch Versuche mit Kaminchen die Giftigkeit der bei der Verbrennung von Celluloid entstehenden Gase zu ermitteln. Seine Vermutung wurde dadurch bestätigt. Wiederholte Versuche ergaben, daß die Verbrennungsgase von 5 Gramm Celluloidwolle genügen, um ein Kaminchen zu töten. Auch konnte er im Blute der so getöteten Kaminchen Blausäure mit Sicherheit nachweisen und daraus absondern. Quantitative Versuche ergaben, daß 5 Gramm Celluloidwolle beim Verbrennen 5 Centigramm wasserfreie Blausäure entwickeln, eine Menge, die zur Tötung eines Menschen genügt. Kodel stellte ferner fest, daß bei der Verbrennung von Celluloid neben Blausäure auch Kohlenoxydgas entwickelt wird, das ebenfalls giftig ist; aber an den Todeserscheinungen und dem Sektionsbefunde der so getöteten Kaminchen konstatierte er, daß der Tod durch die schneller wirkende Blausäure herbeigeführt war. — Auf Grund der traurigen Folgen bei dem erwähnten Brande und der vorgenommenen experimentellen Feststellungen erhob Prof. Kodel die Forderung, daß fernerhin Fabriken von Celluloidwaren nicht mehr in nächster Nähe bewohnter Gebäude oder in Grundstücken gebildet werden, die gleichzeitig andersartigen Gewerbebetrieben dienen, daß ferner in Celluloidwarenfabriken besondere Einrichtungen getroffen werden müssen, welche die Entstehung von Bränden zu verhüten geeignet sind und bei Ausbruch solcher den Arbeitern die Möglichkeit schnellster Flucht bieten. Sowohl Rohmaterial wie bearbeitete Gegenstände und vor allem Celluloidabfälle (Drehspäne etc.), sowie das zur Verwendung kommende Aceton sollten nicht in größerer Menge angehäuft werden dürfen und müßten feuerfester aufbewahrt werden. Bei dem Leipziger Unglücksfall waren wohl einige Ato Celluloidabfälle verbrannt. Weiter verlangt Professor Kodel unbedingt, daß Celluloidwarenfabriken nur elektrisch beleuchtet werden und jedes Anglied von hellem Feuer in den Betriebsanlagen strengstens unterjagt werde. Außerdem seien neben den steinernen Haupttreppen Holztreppe und Rotausgänge anzulegen. Da auch in Berlin und in anderen Städten die Anlage und die Betriebe dieser Fabriken den hier gestellten Anforderungen nicht entsprechen, sollten für diese Anlagen und Betriebe allgemein die hiernach nötigen Bestimmungen erlassen werden.

Auch die Sprenggase von Schießbaumwolle und Nitroglycerin enthalten neben Kohlenoxyd Kohlenäure, und diese beiden Gase drücken die Ursache sein von den bei Sprengungen sich häufig zeigenden mehr oder weniger schlimmen Erkrankungen. Auch hier ist also die Giftigkeit dieser Gase zu berücksichtigen.

Die besondern Schädlichkeiten des Blei- und Silberhüttenbetriebes.

Im Februar wies man auf eine Arbeit des Knappschaftsarztes Dr. Elsäßer, über die besondern Schädlichkeiten des Blei- und Silberhüttenbetriebes und ihre Verhütung hin, deren erster Teil im Januarheft der „Vierteljahrsschrift für gerichtliche Medizin“ veröffentlicht war. Das Juliheft dieser Zeitschrift bringt nun den zweiten (Schluß-) Teil dieser Arbeit. In ihm beschreibt der Verfasser die Vorrichtungen, die man zur Kondensation des schädlichen Flußgases der Röst- und Schmelzöfen auf den beschriebenen Hütten getroffen hat. Weist hat man zu diesem Zweck lange weite Kanäle gebaut — auf der Muldenhütte bei Freiberg wegen des starken Arsengehaltes des Staubes einen 2000 Meter langen —, in denen der Abzug durch eingemauerte Widerstände und Abflüßung verlangsamt und durch Ventilatoren geregelt wird, um die Abhebung des Flugstaubes zu fördern. Bei den Röstöfen, die neben dem Bleistaub auch viel schwefelige Säure enthalten, werden zu deren Gewinnung Türme eingeschaltet, in denen die säurehaltige Säure durch Zinkoxyd und Kalkstein unter Mitwirkung von verdünntem Wasser absorbiert wird. Bei den Schmelzöfen sind die Arbeiter auf den meisten Hütten der Gicht, und namentlich beim Abfließen der Schlacken und des geschmolzenen Bleies den schädlichen Bleidämpfen ausgesetzt. Hier hat man zum Schutz gegen diese vor den Arbeitsöffnungen Rauchhauben oder Abzugskanäle angebracht; aber bei niedrigem Barometerstand, bei Regen und Sturm, haben doch die Arbeiter viel von denselben zu leiden. Im zweckmäßigsten hält Elsäßer die Einrichtung der Nambeder Hütte, im Regierungsbezirk Arnberg, wo sich der Abzugskanal über den in einer Reihe angeordneten Schmelzöfen befindet, und die Beschädigung seitlich in der hinteren Ofenwand unter diesem Kanal angebracht und durch starke Leinwandvorhänge gegen den Schichtboden abgeschlossen ist; auch bewegliche Schutzbleche können zur besseren Abdichtung bei ungenügendem Mefenauge vor die Arbeitsöffnungen gestellt werden. Hierdurch ist der Arbeiter ziemlich geschützt, und Bleierkrankungen kommen hier nur ganz selten vor. Vervollkommen wird der Gichtverschluss auch durch den Parrischen Trichter und die Langensche Glocke, deren Beschreibung und aber hier zu weit führen würde! Bei der Reinigung des Bleies und der Scheidung des Silbers ist die Treibofenarbeit weitaus die gefährlichste; hier gefährdet das Blei die Arbeiter als Bleiglätte in Dampf- oder Staubform, die um so gefährlicher ist, als sie besonders leichtlöslich und resorbierbar ist. Hier müssen vor den Abzugöffnungen der Treiböfen unbedingt Hauben oder Latten angebracht sein, auch muß die Glätte in den verdeckten Abzugskanal geleitet werden, um ein Ablättern und Verstauben beim Erkalten derselben zu verhindern. Bei der weiteren Verarbeitung der Glätte, dem Zerhacken, Sieben und Verpacken derselben, dürfen daher nur staubdichte Apparate verwendet werden, wenn die Gesundheit der Arbeiter nicht aufs ärgste gefährdet werden soll. Genügen die Apparate dieser Forderung nicht vollständig, so müssen sich die Arbeiter zu diesen Arbeiten stets Schwämme oder Schutzmasken vorbinden. Dasselbe gilt bei der Ausräumung der Abzugskanäle, welche Arbeit auf den meisten Hütten zweimal im Jahre vorgenommen wird. Vor dieser Arbeit muß der abgesetzte Flugstaub möglichst gut angefeuchtet werden. Nach den Erfahrungen des Verfassers empfiehlt sich bei diesen Arbeiten am besten die Benutzung von Dr. Défontaineschen Respiratoren, die mit Aluminiumgefäß versehen, leicht zu reinigen sind und verhältnismäßig bequem sitzen. Daß die Arbeiter besondere Arbeitsanzüge erhalten müssen, daß sie keine Nahrungsmittel, keine Getränke, keinen Tabak in die Arbeitsräume mitbringen dürfen, sich stets bei Beginn der Pause oder nach Beendigung der Schicht ordentlich waschen resp. baden und umziehen müssen, daß sie periodisch von Ärzten auf ihren Gesundheitszustand untersucht werden müssen: alles das sind Dinge, die ja auch sonst verlangt werden, aber deren Notwendigkeit der Verfasser mit Recht noch besonders betont. Ebenso ist ihm zuzustimmen, wenn er empfiehlt, die Haut möglichst ohne Seife zu reinigen, da der Bleistaub mit Seife sich leicht zu Bleiseife verbindet, die schwer zu entfernen ist, aber leicht von der Haut aufgenommen wird. Wo reines und warmes Wasser zur Entfernung des Bleischaumes nicht genügt, ist dieser besser mit weinfaurem Ammonium zu entfernen. Ferner empfiehlt der Verfasser als wirksam zur Verhütung von Bleivergiftungen Beleuchtung der Arbeiter über dieselbe seitens der Betriebsärzte in Instruktionsstunden, und zu diesem Zweck hat er 13 kurze Sätze zusammengestellt, ähnlich wie der Schweizerische Gewerbeinspektor Scholer und das Minendepartement in Tasmanien, die aber ebensosehr wie die von der Amtshauptmannschaft Freiberg erlassene Verordnung Bestimmungen über die Länge der Arbeitszeit und der Pausen enthalten. Zwar empfiehlt der Verfasser für die Räumungsarbeiten eine achtstündige Schicht und häufigen Arbeiterwechsel, aber sicher ist eine engere Begrenzung der Arbeitszeit und Festsetzung der Pausen auch für die meisten andern Arbeiten im Bleihüttenbetriebe im Interesse der Gesundheit der Arbeiter ebenfalls notwendig. Um so mehr ist es also unbedingt nötig, daß die nach Mitteilung der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie seit einiger Zeit in der Ausarbeitung befindlichen bundesrätlichen Vorschriften über die Bleihütten diese Punkte ausdrücklich feststellen und daß sie recht bald erlassen werden.

Der Verein deutscher Kaufleute (Hirsch-Dunder) beschloß auf seinem Delegiertentage in Stettin folgende Erklärung: „Eine schädliche, hebende und ausgleichende Socialpolitik ist den Handlungsgehilfen und Lehrlingen, männlichen wie weiblichen, ebenso notwendig, wie den gewerblichen Arbeitnehmern. Im Arbeitsverhältnis ist angemessenes Gehalt bei geregelter Arbeitszeit, besonders vollständige Sonntagsruhe und spätestens Achtuhr-Ladenschluß, Verhinderung der Ausbeutung durch Probe-Engagements, erhöhter Schutz und geförderter Ausbildung der Lehrlinge u. a. Verbesserungen in allen Zweigen durchzuführen sowie Kaufmannsgerichte im Anschluß an die Gewerbegerichte zu errichten. Rechtschutz, Stellennachweis, Stellenlosigkeitversicherung, ausreichende Krankenversicherung in freien Klassen, nationalökonomische und Fachbildung sind durch Berufsvereine zu pflegen, welche, auf genossenschaftlicher Selbsthilfe begründet und politisch wie kirchlich neutral, die Gehilfen mit idealem Gemeinsinn erfüllen und deren würdige Vertretung übernehmen.“ Um diesen Forderungen zur Anerkennung zu verhelfen, hat der Verein deutscher Kaufleute es bisher an allem fehlen lassen.

Beschränkung der Kinderarbeit in Kopenhagen. Neue Bestimmungen über die Kinderarbeit sind am 1. August d. J. in Kopenhagen in Kraft getreten. Danach ist jede Lohnarbeit für Kinder unter 12 Jahren überhaupt verboten. Kinder über 12 Jahre dürfen in den für sie zugelassenen Arbeitszweigen täglich höchstens 6 Stunden, einschließlich einer halbstündigen Ruhepause, beschäftigt werden und nur in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends; nicht in der Zeit, wo sie die Schule oder den Konfirmationsunterricht besuchen sollen, und nicht in den letzten einhalb Stunden vor dem Beginn des Unterrichts. Sie dürfen auch nicht an Sonn- und Feiertagen beschäftigt werden, ausgenommen mit dem Austragen von Packwaren und Zeitungen, soweit es vor 8 Uhr vormittags geschieht. Junge Menschen beiderlei Geschlechts dürfen in Handelsbetrieben oder mit den damit zusammenhängenden Arbeiten, von ihrer Schulaufsicht an bis zu ihrem 18. Lebensjahre, nicht während der Zeit von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens beschäftigt werden, mit Ausnahme an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage und den letzten 14 Tagen vor Weihnachten sowie dem Sonntag vor Neujahr. Für diejenigen, die die Handelsschule besuchen, muß die Arbeitszeit so eingeteilt werden, daß sie nicht an der Benutzung des Unterrichts gehindert werden.

Straßen- und elektrische Bahnen in den Vereinigten Staaten. Nach einer soeben ausgegebenen Veröffentlichung des Censusamtes betrug am 30. Juni 1902 die einfache Bahnlänge der Straßen- und elektrischen Bahnen in den Vereinigten Staaten 22 559 Meilen (engl.) gegen etwas über 8000 Meilen im Jahre 1890. Während damals noch der weitaus größte Teil dieser Bahnen mit Pferden betrieben wurde, nämlich 5661 Meilen, ist jetzt der elektrische Betrieb fast der

Meinherrlicher geworden, der sich auf 21 920 Meilen erstreckt; der Rest verteilt sich auf Pferde-, Seil- und Dampf- betrieb. In diesen Bahnen, die im letzten Jahre der Aufnahme beinahe 5 Milliarden Menschen beförderten, waren zuletzt 133 641 Arbeiter und Angestellte und 7128 Bureaubeamte und dergleichen beschäftigt. Die Arbeiter erhielten 80 770 449 Dollars Lohn oder durchschnittlich rund 600 Dollars per Jahr, gleich rund 2500 Mark. Bemerkenswert ist übrigens, daß die Zahl der Arbeiter nicht entfernt in dem Maße gewachsen ist, wie die Länge der Bahnen und die Zahl der beförderten Passagiere. Es wuchs nämlich die einfache Bahnlänge um 178 Proz., die Zahl der beförderten Passagiere um etwa 130 Proz. und die Zahl der Arbeiter um 89 Proz.

Ganz außerordentlich ist aber der Wert der Anlagen gewachsen, nämlich von 890,4 Millionen auf 2167,6 Millionen Dollars.

Verfammlungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Am 10. d. M. fand die regelmäßige Bezirksversammlung für Wedding und Gesundbrunnen statt. Genosse Dr. Wollheim hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über Staats- und Selbsthilfe. Alsdann wurde zur Sprache gebracht, daß jetzt, da die Bauarbeit gut geht, verschiedene Kollegen als „Küchenermeister“ angefangen haben. Sie haben sich einen Raum gemietet und arbeiten für die Meister, indem sie gleich etagenweise abschneiden und somit einen großen Accord haben. Sie kaufen schließlich noch Leim, Nägel, Sandpapier und zahlen obendrein noch die Miete. Es wurde ein Betrieb genannt, wo in der Werkstätte früher 15 Mann, jetzt nur 8 und außer dem Hause 12 Mann beschäftigt sind. Es wurden noch mehrere Firmen angeführt, die auf diese Weise ihre Arbeit angefertigt erhalten. Den Kollegen wurde anheimgegeben, die Augen offen zu halten und dagegen Stellung zu nehmen. Als Bezirksleiter wurde Kollege G. Rochert wiedergewählt; in die Kommission die Kollegen Manske, Koppe, Fried, Herrmann, Rob. Fendel, Beseleowski, Koll, Peterien, Reich, J. Scheier und Müller.

Die Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter befaßten sich am Montag in einer außerordentlichen Generalversammlung erneut mit der Frage des Uebertritts in den Holzarbeiter-Verband. Um eine ausgiebige Diskussion und damit eine allgemeine Klärung der Anschauungen zu ermöglichen, war ein Referent und ein Korreferent gestellt. Robert Schmidt als Referent bemerkte einleitend, es liege ihm fern, etwa durch rhetorische Künste die Maschinenarbeiter in seinem Sinne beeinflussen zu wollen. Vielmehr stehe er auf dem Standpunkt, daß ein geschlossener Uebertritt des Vereins in den Holzarbeiter-Verband erst dann erfolgen könne und werde, wenn sich die Ueberzeugung von der Notwendigkeit desselben bei den Mitgliedern selbst nach und nach durchzuergehen habe. Deshalb wolle er auch nur Anregungen geben. Es sei hinlänglich bekannt, daß die Maschinenarbeiter nicht Lokalisten aus Prinzip seien und nicht aus bloßer Neigung zur Sonderbündelei ihre Lokalorganisation aufrecht erhalten, sondern weil sie glauben, ihre vermeintlichen eigenartigen Berufsinteressen unter der ihnen lieb gewordenen alten Organisationsform besser vertreten zu können, wie im Holzarbeiter-Verband. Nun seien ihre Berufsinteressen jedoch nicht größer als die der Döbber, Drechsler, Korbmacher usw., die dem Holzarbeiter-Verband bereits angeschlossen sind und denen in der Vertretung ihrer Brancheninteressen selbstverständlich freier Spielraum gelassen sei. Die Besorgnis, daß die kleineren Branchen von den Tischlern zurückgelassen oder überstimmt werden, habe sich als unbegründet erwiesen, was Redner zahlmäßig nachweist. Deshalb hätten auch die Maschinenarbeiter keinen berechtigten Grund, derartige Befürchtungen zu hegen. Die allgemeine Entwicklung dränge die Arbeiter zum Zusammenschluß in große leistungsfähige Verbände, insoweit seien die früher so stark hervortretenden Berufsprivilegien der einzelnen Arbeiterkategorien in Deutschland auch bereits auf ein Minimum zusammengedrumpft. Redner verweist auf den mächtigen Metallarbeiter-Verband, in dem sich die Arbeiter der verschiedensten Metallbranchen zu gemeinsamer und außerordentlich wirkungsvoller Vertretung ihrer Berufsinteressen zusammengeschlossen haben, während sie früher ebenfalls der Meinung waren, mit kleinen Sonderorganisationen besser zu fahren. Bei den Maschinenarbeitern kommt nun noch in Betracht, daß keine prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten einer Vereinigung mit dem Holzarbeiter-Verbande im Wege stehen, auch in den Beiträgen zeige sich kein wesentlicher Unterschied, ebenfalls seien die Maschinenarbeiter Anhänger der Arbeitslosen-Unterstützung — alles Gründe, die schon an sich für den Uebertritt sprechen. Da sie überdies mit vollen Rechten, je nach der Dauer ihrer eignen Organisationszugehörigkeit, übertreten würden, so appelliere er an die bessere Einsicht der Mitglieder, nicht länger abseits zu stehen von dem Gros der in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter, denn früher oder später sei der Anschluß an den Holzarbeiter-Verband für sie doch eine Notwendigkeit.

Bankow als Korreferent hält den Uebertritt allerdings auch nur für eine Frage der Zeit, doch scheint ihm der gegenwärtige Zeitpunkt dazu noch nicht geeignet. Für ihn handelt es sich darum, daß jeder Berufsgruppe in den großen Verbänden auch ihr Recht wird, und das sie zu bezweifeln. Die Organisation der Maschinenarbeiter stehe völlig auf der Höhe der Zeit; ja sie habe sich verhältnismäßig bedeutend besser entwickelt als die Organisation der Holzarbeiter am Ort. Deshalb könne der Uebertritt getrost so lange aufgeschoben werden, bis die Holzarbeiter in demselben Maße organisiert seien, wie die Maschinenarbeiter. Ueberdies hätten sich die Führer der politischen Bewegung noch nicht endgültig darüber geäußert, was zweckmäßiger sei, die Central- oder die Lokalorganisation. So lange von dieser Seite in Neutralität verharret werde, liege kein Anlaß vor, eine Organisationsform aufzugeben, in der sich die Maschinenarbeiter wohl fühlen und mit der sie sich auch den Unternehmern gegenüber einen nicht zu unterschätzenden Respekt zu verschaffen gewohnt haben.

In der lebhaften Diskussion wurde von den einzelnen Rednern sehr eingehend das Für und Wider der Frage besprochen. Vereinzelt wurde beantwortet, durch einen Beschluß die Erörterung der Angelegenheit überhaupt endgültig fallen zu lassen. Andre Gegner des Uebertritts erinnerten an die unheilvollen Verhältnisse, die sich in einigen Werkstätten zwischen Tischlern und Maschinenarbeitern wegen der Accordarbeit herausgebildet haben, auch bezweifeln sie, daß ihnen der Holzarbeiter-Verband betreffs der durch die vielen Unfälle notwendigen Krankenunterstützung die gewünschten Konzessionen machen werde. Letztere seien aber unbedingt nötig, weil die meisten Maschinenarbeiter infolge ihrer erlittenen Verletzungen keine Aufnahme in die Kranken-Zusatzklasse des Verbandes laut der betreffenden Bestimmungen finden würden. Von den Befürwortern des Uebertritts wurden alle diese Bedenken unter teilweise sehr wesentlicher Ergänzung der vom Referenten gemachten Ausführungen zu zerstreuen gesucht. Wegen der vorgeklärten Zeit wurde die weitere Aussprache hierüber bis zur nächsten außerordentlichen Versammlung vertagt werden.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter. Am Sonntag hielt die Zahlstelle Berlin und Umgegend in den Industrie-Bezirk ihre Generalversammlung ab. Zunächst verlas der Kassierer Böttcher den Kassensbericht vom ersten Halbjahr 1903. Die Einnahmen einschließlich des alten Bestandes von 54 508,43 M., betragen 77 755,88 M., die Ausgaben 20 776,48 M., so daß ein Bestand von 56 979,40 M. verbleibt. Streiks, Maßregelungen und Wasperrn verursachten 11 569,45 M. Ausgaben. — Die Generalversammlung erteilte dem Kassierer einstimmig Entlastung. Darauf berichtete Georg Heinemann über das Ergebnis der im Juni d. J. vorgenommenen Wahlenkontrolle, die den hauptsächlichsten Zweck hatte, festzustellen, inwieweit die im Tarifvertrag vom 2. Mai mit den Unternehmern vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen auch wirklich innegehalten werden. Die Wahlenkontrolle wurde diesmal in größerem Umfang und genauer ausgeführt als je zuvor. Es wurden 478 Neubauten, mit 5846 Arbeitern kontrolliert und 761 Neubauten mit 4134 Arbeitern. Den Kontrollleuten wurde im allgemeinen die gewünschte Auskunft willig erteilt, nur wenige Arbeiter waren noch so thöricht,

die Auskunft zu verweigern. Auf den Neubauten arbeiteten 119 Arbeiter 11 Stunden und darüber, 4521 10 Stunden und nur 807 9 Stunden täglich; auf den Ausbauten 249 Arbeiter 11 Stunden, 1836 10 Stunden und 1710 9 Stunden. Es wurde also viel Ueberzeitarbeit geleistet. Auf Neubauten arbeiteten von den Akkordarbeitern 8 unter dem Tarif. Bei den Lohnarbeitern wurden als höchster Lohn 70 Pf., ermittelt, als niedrigster 35 Pf.; 2068 Arbeiter erhielten den tariflichen Minimallohn von 45 Pf. und nur 491 den Minimallohn für Kalkschläger, Wasserträger usw., nämlich 50 Pf., was darauf schließen läßt, daß dieser Lohnsatz nicht allen dafür in Betracht kommenden Arbeitern gezahlt wird. Auf den Ausbauten wurde als höchster Stundenlohn 75 Pf. ermittelt, als niedrigster 33 Pf.; der am meisten gezahlte Lohn war 45 Pf. Die Kontrolle erstreckte sich auch auf die Pupierträger, Kabinenmacher, Cementierer und Töpferträger, deren Löhne den Specialabmachungen für diese Branchen entsprechend höhere waren. Im allgemeinen ergab die Kontrolle bezüglich der Bauarbeiter, daß bei 51 dem Verband der Baugeschäfte angehörenden Unternehmern der Tarifvertrag nicht innegehalten wurde. Um hier Abhilfe zu schaffen, wurde von den Arbeitervertretern eine Sitzung der Schlichtungskommission beantragt. Dort erklärte der Vorsitzende der Kommission, aus der hohen Zahl der Tarifverletzungen gehe hervor, daß der Stundenlohn wohl eigentlich zu hoch bemessen worden sei, da die Bauarbeiter ja offenbar nicht instande seien, ihn durchzuführen. Es ist dann jedoch ein Rundschreiben vom Verband der Baugeschäfte an seine Mitglieder erlassen worden, worin zur Innehaltung des Tarifvertrages aufgefordert wurde. Im allgemeinen haben darauf die betreffenden Unternehmer sich bereit erklärt, nun die tarifgemäßen Löhne zu zahlen. Einige entschuldigten ihr Verhalten damit, daß sie bis jetzt nicht gewußt hätten, daß ein Tarifvertrag mit den Bauarbeitern abgeschlossen worden sei. — Der Redner machte am Schluß seines Berichtes darauf aufmerksam, wie notwendig eine starke Organisation ist, um die festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen überall durchzuführen.

Darauf wurden einige Wahlen vorgenommen. In die Beschränkungskommission, die nach dem neuen Ordisstatut eingesetzt wird, um Beschwerden gegen die Ordisverwaltung oder gegen Funktionäre der Organisation entgegenzunehmen, wurden Mundsonn, Fritj. Krüger, Bauer, Weiland und Weisberg gewählt. Als Revisoren wurden Laurisch, Silberbach und Brenneise gewählt; in die Gauleitung Karl Krüger, Wende, Kribow und Falk, und als Revisoren der Gauleitung Jmuda, Veier und Mundsonn.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und die reichen Anhangspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.

Albert Berndt, Berlin, Walfstraße 10.

Dankagung.

Für die vielen Gemelie herzlichster Teilnahme und die reichen Anhangspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Formers

Gustav Bomsdorf

sage ich hierdurch allen Freunden, Kollegen und Bekannten sowie dem Verein der Formers meinen herzlichsten Dank.

Witwe Anna Bomsdorf geb. Büttler, Reinickendorf, Provinzstraße 25.

Von der Reise zurückgekehrt
Dr. P. Cristeller,
Dirckstr. 21. 129/4

Bilanz-Fertigstellung.

zweimäßige Einrichtung, zeitweilige Fortführung der Geschäfts-Bücher, Bücher-Revisionen durch Wilhelm Hähn in Naumburg a. S., beidseitiger Buchrevisor.

Ladeneinrichtungen

aller Arten in neu und alt, Comptoir-Einrichtungen, Stühle, Tische etc. billigst. Anfertigung nach Maß schnellstens.

A. Flatow,
Hauptgesch.: Andreasstr. 21, Amt 71722
2. Geschäft: Brunnenstr. 7. — 3 714
3. Votorenstr. 2. — 3 714

I. Wahlkreis.

Am Freitag, den 14. ds. Mts., abends 9 1/2 Uhr, findet bei Dräsel, Neue Friedriehstr. 35, eine

Wahlvereins-Versammlung

statt.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Friedberg: Ueber welche Wahlmittel verfügt das Proletariat zur Aneignung der Klassenherrschaft. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Es wird dringend um zahlreiche Teilnahme gebeten.
Der Vorstand.

III. Wahlkreis.

Donnerstag, den 13. August, abends 8 1/2 Uhr, in Jeanes Festsaal, Sebastianstraße 30.

Verfammlung des Wahlvereins.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Dr. Siedekam über: Der preussische Staat und die Wohnungsfrage. 2. Diskussion.
Gäste willkommen. Zahlreicher Besuch erwünscht.
Der Vorstand.

Achtung! Fliesenleger.

Freitag, den 14. August, abends 8 1/2 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

der Fliesenleger Berlins u. Umgegend bei Patt, Dragoner-Strasse 15.

Tages-Ordnung:
1. Der Stand unserer Lohnbewegung und unsere weitere Stellungnahme.
2. Diskussion. 3. Gemeinlichkeits.
NB. Sämtliche Fliesenleger Berlins und Umgegend sind hierzu eingeladen.
56/12. Der Einberufer. W. Schulz.

Arbeiter-Bildungs-Schule Berlin.

Donnerstag, den 20. August 1903, abends 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 8), Engel-Ufer 15.

Fortsetzung der General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Fortsetzung der Diskussion über die Resolution Stoboy.
2. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge werden entgegengenommen.
Der Vorstand.

Fey's Gesellschaftshaus,

Brunnenstrasse 18-1. 296
In Versammlungen und Vergnügungen empfehle mein Lokal, bis 500 Personen fassend.
G. Fey.

Otto Müller, Naunynstr. 37

(früher Jablonsky).
Vorgüglich Mittags- (mit Bier 50 Pf.) u. Abendtisch zu 2 Preisen im herrlich kühlen Garten.

Jeden Donnerstag: Frei-Konzert.

Vereinszimmer und Billard zur Verfügung. 21832

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, den 13. August.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Operntheater. Der Kellermeyer.
Beiten. 100 000 Theater.
Leitung. Die Ehre.
Deutsches. Roma Hanna.
Anfang 8 Uhr:
Liedertheater (Kroll). Vision nach dem Valle.
Berliner. Hedora.
steines. Nachtst. **Welle-Alliance.** Specialitäten.
Carl Weiss. Der Fehltritt einer Frau.
Apollo. Die Liebesinsel. Specialitäten.
Metropol. Neues! Allerneuestes! Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage-Theater. Specialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Zubalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater.
Der grösste Erfolg dieser Saison!
Zum 214. Male:
Neuestes! Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Balletts. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —

Apollo-Theater.
Zum 99. Male: **Die Liebes-Insel**
mit dem sensationellen **Brietmarken-Ballett.**
Ein ungetreues Weib.
Primodrama in 2 Akten, gespielt von Merians dressierten Hunden.
The Avolos — Brothers Kaufmann.

Carl Weiss-Theater.
Grosse Frankfurter Straße 132.
Abends 8 Uhr:
Der Fehltritt einer Frau.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagvormittag 3 Uhr: **Der Feiernuß und sein Pflegetob.**
Im Garten: Neue Specialitäten.
Anfang 5 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 10.
9 1/2 Uhr:
Liane, die zweite Frau.
Vorher: **Dir wie mir.**
Anfang 6 Uhr.
Kaffeekeche von 3 Uhr ab.
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saale.

Belle-Alliance-Theater.
Im herrlichen Sommergarten.
Anf. Hochent. 6 Uhr, Sonntag 4 Uhr:
Grosses Konzert.
Anf. der Specialitäten-Vorst. 8 Uhr.
Bei ungünstigem Wetter im Theater.
Ad-Ad lebt und schwört, erregt das grösste Erlaunen.
Das neue August-Programm.
Entree 50 Pf. Ende 11 Uhr.

Bernhard Rose-Theater.
Selmsbrunn, Badstraße 58.
Donnerstag, den 13. August 1903:
Friede auf Erden.
Lebensbild mit Gesang und Tanz in 3 Akten von D. Schulz.
Ostbest, einheimischer Handarbeit.
Karl Groth, Groteskkomiker.
The 3 Amaranths, akrob. Tänzerinnen.
Gavert mit seinen dreifürten Kunden.
Rivas und Dixas, Antipodenpaar auf lebendem Fiedelst. **Mary Ellys,** moderne Lyrolenne.
Richard Wagner, Konzertkänger.
Ballett-Gesellschaft „Saltarello“.
Marie Förster, Solofängerin.
Anfang 4 Uhr.

Fröhels Allerlei-Theater
fr. Puhlmann, Schönl. Allee 148.
Inhaber: Wilhelm Fröbel.
Heute:
Großer Elite-Spielabend
des gesamten, neu engagierten **August-Spielplans**
Um 8 Uhr: Großer Beifall!
Das Bild des Vaters.
Original-Vollständ. v. Anton Vanno.
Im Saale: **Grosser Ball.**
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Freitag, den 14. August: Hugo Schulz-Benefiz.

Urania.
Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum
Friedrichstr. 165.
!! Menschliches Doppelwesen:
die zusammen-gewachsenen Schwestern
20 Jahre alt, spielen Violine!

Passage-Theater.
Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Die Tritons, die besten Taucher der Welt, 5 Min. unter Wasser ohne z. atmen.
Kapitain Martens, Kunstschütze.
Ganz Berlin zerbricht sich schon den siebenten Monat den Kopf über **AGA!**
Freitag, 14. Aug., erstes Auftr.: **Das Moto-Mädchen.**
Mensch oder Maschine? Das neue Rätsel für Berlin.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich von 5 Uhr nachmittags:
Doppelkonzert.
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf. Kirker unter 10 J. die Hälfte.
In der Arena:
Rahner-Spielschule.
6 Löwe, 1 Leopard, 1 Hyäne, Bär. — Vorstellungen: Wochentags 4-5, 6-7 Uhr, Sent. 12-1, 4-5 u. 6-7 Uhr. Eintritt: Sperrkarte 1 M., Stapel 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Tranon-Theater.
Geosenstrasse, zwischen Friedrich- und Universitätsstrasse.
Sonabend, den 15. August er.: **Wiedereröffnung.**

Prater-Theater
Kastanienallee 7/9. Direkt.: M. Kalbo.
Tägl.: **Alt-Heidelberg du Feine.**
Liedertheater in 3 Akten von D. Richter.
Konzert und Ball.
U. a.: Di Waldau, Bravour-Soub. Original von Millard, Langhumorist. Neu! **So Berlings.** Neu! **Die singende Luftsee.**
Jokke Compagnie.
Transformations-Red. Pantomime.
Anfang 11 Uhr. Eintritt 30 Pf., m. Wah 50 Pf.

Diez' Specialitäten-Theater
Lübburger Allee 76-77 (Ingbahn-Station).
Ob sch! Ob Regen!
Täglich das vollständigste Konkurrenzlose Riesenlust-Programm!
H. Stahnke, Deamondo und Miss A. The Delsons.
Lore-Quar. Gehr. Bellong. Fritz Brandstetters Bioscop usw.
Sonab., Setag, Montag: Tanz. Anf. Hochent. 11 Uhr, Sonnt. 4 Uhr.

Schweier-Garten
am Königsbaum Friedlichshain.
Täglich: **Teater und Artistenvorstellung, Ball u. Vobelustigungen.**
Abends 8 Uhr:
Berliner Portwädel.
Poffe mit Gefähr zwei Bildern von rick.
Biosop.
Lebende Bilder. erste Aufnahme.
Jeden Mittwoch **Kinderfest.**

Sansuel.
Tägl im Garten:
Umanns Nordische Sängerkonzert.
Jeden Samstag, Montag und Dienstag nach der Solire: **Yzkränzen.**
Für die Winterabend noch einige Sonnabende frei geüßlichteten.

Hasenheide Neue Welt Arnold Scholz.
108-114.
Donnerstag, den 13. August 1903:
Riesen-Feuerwerk
Der Brand und die Beschiessung von Heidelberg.
Grosse Specialitäten-Vorstellung.
Militär-Konzert.
Anfang 5 Uhr. — Billets im Vorverkauf 40 Pf. — Entree 50 Pf. Inhaber von Passepartouts zahlen 25 Pf. pro Person.

Max Klien's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Schriftliche Zeitung: **Paul Hilblitz.**
Täglich: 17182*
Grosses Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **Die beliebtesten Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die Kaffeekeche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochlegante Regelpöhlen, Büchelsuden, Rombitorei, Blumenstand etc.
In den Sälen: **Familien-Kränzchen.**

Schloss Weissensee.
„Zum Sternecker“, Inhaber: C. Koch.
Täglich: **Grosse Theater-Specialitäten-Vorstellung.**
Riesenprogramm, 40 Nummern. Im Bal champêtre: **Grosser BALL.**
Illumination der Fontaine lumineuse. Jeden Mittwoch: **Grosses Kinderfreundfest mit Gratis-Verlosung.**
Jeden Donnerstag: **Grosses Monstre-Elite-Feuerwerk u. Doppelkonzert.**
Jeden Sonntag: **Grosses DOPPEL-KONZERT.**
Kaffeekeche. — Volkshelustigungen aller Art.

Neues Theater.
Wiedereröffnung Sonntag, 16. August.
Pelleas und Melisande.

WINTER GARTEN
Eröffnungsvorstellung
Sonabend, 15. August.

Der Vorverkauf findet an der Tageskasse von 10-5 Uhr statt.
Reichshallen
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: 8 Uhr, Wochentags 7 Uhr.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Konzert
des berühmten Orchesters des Signor Vincenzo Ferrara.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: **Tanz.**

Königsstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Tägl. Im herrl. Garten: **Tägl. Grossart. Programm.**
Tom Bryasly, Gerra-Sans, Anny Ranly, Eduard Rost, Konriette Donnou, Bonnet-Trio, R. Schausp. Wltu., Sonab., Sonntag: **Tanz.**
Anfang 8 Uhr, Sonntag 5 Uhr.

Dr. Simmel. Prinzen-Str. 41.
Specialarzt für **Haut- und Harnleiden.**
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik
A. Schulz, Reichenberger Strasse 5
empfiehlt Einrichtungen in Ruhbaum und Mahagoni von 210 bis 5000 Mark zu äusserst billigen Preisen.
Streng reelle und gewissenhafte Bedienung.
23212*

Steppdecken
Gelegenheitskauf!
Cretonne, doppelseitig 2,50
Purpur, doppelseitig 2,50
Triolet, doppelseitig 3,50
Wollatlas, alle Farben 4,85
Similiseide, alle Farben 5,25
Normal-Schlafdecken 2,00, 3,00 M.
Special-Haus **Emil Lefèvre,**
Berlin S., Oranienstrasse 150.

Reichel's weitherühmter **Hühneraugentod**
behebt vollständig schmerzlos jedes Hühnerauge, jeid veraltet u. jedwebe Hautverhärtung. Preis 3 Pf. 1 —
Otto Reichel Berlin 519
Hilfsbahnstr. 4.
Viele Anerkennungen.

Zur Einsegnung
officiere Kleiderstoffe in Wolle und Seide zu billigsten Engros-Preisen auch an Private. Reinwollene Armures, Cheviots, Diagonales etc. 7,50, 9,50, 13,50 p. Robe. Reinseidene Damaste, Merveilleux etc. 12,50, 17,50, 20 p. Robe. Prüfen Sie meine Offerte, bevor Sie kaufen.
Bitte genau auf Engros-Wirma und Adresse zu achten.
Seiden-Engros-Haus
Hermann Herzog
jetzt nur Spandauerstrasse 33-35, 1 Treppe, Ecke Simons-Apothek.
Gegründet 1878.
Telegr.-Adr.: Herzogseiden.
Muster franko.

Speck und Schmalz.
Speck, ff. geräuchert . . . 5 Pf. 65 Pf.
Vorderschinken, ff. ger. 6-10 Pf. Schiner, recht mager, Rumbchnitt . . . 65
feinst. gar. reines Schweine-schmalz . . . 55
Speisefett, auch sehr beliebt . . . 45
Speise-Rindertalg . . . 45
Margarin, hochfein, mit Edkramen . . . 60
für Güte im Waren jede Garantie. Bekende p. Post u. Bahn geg. Nachnahme; circa 30 Pf. sende franco per Bahn über ganz Deutschland. Deutschl. u. Luxemburg, 16/5*
Wth. Lüdeking, Vlotho in Westfalen.

Freie Volksbühne.
Achtung, Mitglieder! Die Veranstaltungen des Vereins beginnen am 30. August (1. und 2. Abteilung) im **Metropol-Theater.** Die Aufführung für die erste Serie
Klein Eyolf
von Henrik Ibsen, in Scene gesetzt vom Ober-Regisseur Fritz Witte-Wild.
Die zweite Serie im **Lessing-Theater** beginnt Sonntag, den 13. September, mit
Nathan der Weise
Dramatisches Gedicht in fünf Aufzügen von Gotthold Ephraim Lessing.
Die Vorstellungen beginnen nachmittags 2 1/2 Uhr.
Die **Mitgliedskarten** müssen spätestens bis zum 20. August von den Zahlstellen abgeholt werden.
Neue Mitglieder zur 15. und 16. Abteilung können sich, soweit noch Platz vorhanden, in den Zahlstellen anmelden.
229/9 **Der Vorstand.** J. A.: G. Winkler.

Achtung! **Bau-Hilfsarbeiter.** Achtung!
Sonabend, den 15. August 1903:
Grosses Sommer-Fest
Gesundbrunnen, Badstr. 58. Bernh. Rose-Theater.
veranstaltet vom **Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfs-Arbeiter der ehemaligen Zahlstelle Berlin III.**
Großes Konzert und Theater-Vorstellung
mit reichhaltigem Programm
Im Saal: Grosser Ball.
Anfang des Konzertes 4 Uhr. — Vorstellung 5 Uhr.
Die Kaffeekeche ist den geehrten Damen von 2-6 Uhr geöffnet.
Bei eintretender Dunkelheit: **Kinder-Fackelzug.**
Entree an der Kasse 30 Pf., im Vorverkauf 25 Pf.
Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. 39/20
Dazu laden freundlich ein **Das Komitee.**
Bezirk 6 und 9 fällt das Kassieren aus.

Centralverband der Dachdecker u. Bernisgen.
der Filiale Berlin.
Sonabend, den 15. August 1903, in Louis Keller's Festsälen, Koppenstrasse 20:
14. Stiftungsfest
unter Mitwirkung der **Kummers Quartett-Sänger und Humoristen** und des **Neuen Berliner Konzert-Orchesters**, bestehend aus Mitgliedern des Centralverbandes der Civilmusiker Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin. Dirigent **Hud. Tich.**
Fest-Rede, gehalten vom Genossen **Kuschke.**
Grosse Kaffeepause. In beiden Sälen: **Tanz.**
Anfang 8 Uhr. Ende ??? Entree: Herren 50 Pf. Damen 25 Pf.
Recht zahlreichen Besuch erwartet
54/12 **Das Vergnügungs-Komitee.**

„Zum **Schloss Weissensee, C. Koch.** Inhaber:
Heute, Donnerstag, den 13. August 1903.
Zum erstenmal in Berlin:
Kampf um Ladysmith.
Episoden aus dem Burenkriege, 160 Personen mitwirkend.
Großes Kriegs-, Land-, Wasser- und Fronten-Feuerwerk.
Ferner: **Doppel-Militär-Konzert, Theater, Specialitäten-Vorstellung und Großer Ball.** Illumination der Fontaine lumineuse.
Billets im Vorverkauf in den mit Plakaten belegten Handlungen.

Extra-Dampferfahrt.
Jeden Dienstag und Freitag nach **Ziegenhals**, „Zum Sports-haus“ bei Raachfangwerder, herrlich am Crossinsee gelegen.
Abfahrt 2 Uhr nachmittags von der neuen Anlegerstelle an der **Michaelbrücke** (Michaelstr. 1). Hin- und Rückfahrt 40 Pf.
N. B. Für Fabrikten! Kein großer Saal ist noch einige Sonnabende im August frei. Auch stellen ganz billige Dampfer zur Verfügung.
Telephon:
22542* **M. Mörschel,** Königs-Wusterhausen No. 75.

Berliner Ressource
Kommandantenstr. 57
hochelegante Festsäle für 500 bis 1000 Personen, empfiehlt zu coulanten Bedingungen
23062* **Adolf Stein.**
Sonnabende und Sonntage noch frei.

„**Armin-Hallen**“ Kommandantenstrasse 20.
sind noch große und kleine Festsäle mit und ohne Theaterbühne an Sonnabenden und Sonntagen im Monat September, Oktober, November, Dezember, Januar, Februar und März frei.
22172*
Empfehle allen Freunden u. Bekannten **Emil Weiss, Bayrischbier** und **gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Feischstück von 30 Pf. Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendstück à la carte von 30 Pf. an 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-50 Personen.
H. Stramm, Hettlstr. 123.

Dr. Schünemann
Specialarzt für **Haut-, Gorn- und Frauenleiden.** Seydelstr. 9.
1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8. Sonnt. 9-11.

1000 Mark Belohnung
zähle demjenigen, der mit einem Nicht-erfolg nachweist. Nur allein echt bei **Hugo Barth, Droguerie**, jetzt Brunnenstr. 14, früher Nr. 18.
Besten Nordhäuser
Alter von 50 Pf. an, garantiert reines Getreideprodukt. ff. Liqueur. 19092*
Martin Berndt, Ritter- u. Prinzent. -Gde.
23212*

Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzufenden. Die Expedition.

3. Ziehung 2. Klasse 209. Reg. Preuß. Lotterie.
Ziehung am 12. August 1903, nachmittags.
Für die Gewinne über 96 Mk. sind bei der Ziehung die Nummern in Gruppen beigestellt.
(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.
579 880 031 1003 506 066 007 2003 [200] 248
69 356 008 890 3006 78 299 381 082 030 02 4355 [200]
49 462 809 055 5137 237 615 876 6410 611 99 713 74
823 922 27 7465 574 092 8110 13 223 33 74 348 780
874 032 52 70 9015 225 199 99 [200] 200 27 442 [200]
55 72 822
10385 [200] 401 719 29 [200] 88 846 78 [300]
11328 492 [400] 528 [200] 64 805 12106 15 25 73
288 432 76 13227 472 528 033 [200] 703 14274 316
653 630 73 721 15042 212 308 14 73 445 48 589 097 730
936 16083 [200] 173 370 73 634 811 25 [500] 930
17023 221 383 440 73 911 18165 83 381 413 546 630
709 10 15 894 19273 [200] 374 471 535 37 040 82 876 90
20184 425 89 510 21265 427 91 589 22234 395
[200] 31 76 430 534 23727 65 982 57 24086 301 [400]
429 622 44 25012 66 232 02 625 26594 809 845
27270 825 28106 084 082 88 29395 75 257 [200]
30022 470 577 787 806 31011 50 288 094 [300]
8 [200] 871 61 920 83145 084 023 981 04 34978 513
785 35081 112 218 83 407 521 768 884 36286 417 581
774 [200] 929 37006 177 312 723 928 38186 353 610
35 57 702 722 71 39088 206 721 941
40230 02 566 20 702 894 97 712 41160 474 514
702 73 944 42129 216 410 637 712 839 44 [200] 90 928
43129 970 77 83 44048 108 89 99 216 66 359 506 57
085 72 832 37 45004 236 440 550 625 48 81 719 50 96
803 49 298 [200] 46131 236 347 894 991 47176 281
500 22 71 48087 90 728 45 66 49061 102 642
50043 72 [200] 286 [200] 99 51066 189 788 877 86
951 52440 147 437 661 53034 [200] 93 130 99 205 11
73 692 739 934 [200] 54431 [200] 64 672 908 55199
203 57 309 523 79 56331 [200] 85 877 82 57077 410
72 989 58171 298 310 47 [200] 649 81 861 59333
601 89 750 851 [400]
60062 29 292 25 46 361 90 559 006 31 778 977 70
61015 119 31 387 643 790 815 62227 625 832 47 [200]
82 83 988 93370 431 78 702 5 835 64173 512 683 707
800 900 65130 94 327 426 40 897 388 908 88 60007 320
944 596 731 75 67034 419 87 269 01 467 635 88193
78 229 429 502 15 824 982 69104 242 411 504 31 631 88
737 884 [200] 85
70085 124 319 500 [200] 20 732 824 71680 317
57 924 42 48 82 72075 361 453 525 [200] 040 830 930
[200] 99 73049 164 961 74005 022 99 116 230 400 [200]
642 75077 128 217 37 369 516 634 76072 187 257 349
[200] 66 87 590 648 59 723 77588 94 385 521 706 838 01
78030 34 107 221 326 638 815 [200] 959 70032 43 75
98 129 [200] 387 890 85 [200] 730 90 923 43 [200]
80051 645 787 816 47 81161 232 97 332 44 428
516 604 990 [200] 95 82124 68 335 922 734 83103
30 270 385 407 511 849 980 84105 202 71 489 508 63
53 [200] 638 754 830 35 85082 122 315 95 468 94
423 907 86198 204 27 37 314 447 64 656 87224 91
429 006 84 841 88237 304 59 [200] 89496
90006 83 965 677 813 [200] 16 75 91014 211 35
812 522 006 [200] 748 876 90 919 29 94 92029 79
134 35 079 200 [200] 397 380 884 93051 594 944 94131
247 302 479 647 60 [200] 693 806 95240 99 466 806
906 77 96320 97 408 983 624 842 [200] 97001 107
51 92 316 80 408 98049 129 [200] 269 74 325 612 20
83 673 90079 316 86 890 894
100142 344 546 [200] 67 783 88 874 101083 [200]
105 99 072 43 427 30 505 59 [200] 689 909 102031
144 347 49 67 72 444 [200] 695 29 103007 927 104117
244 [200] 370 405 105101 99 329 409 647 56 717
887 89 100123 82 494 561 630 53 744 83 107296
330 618 38 743 871 108482 502 638 893 109087 541
44 [200] 612 738 906 18
110027 128 642 90 796 975 111021 225 32 63
306 77 422 38 [200] 917 112307 8 14 [200] 651
113129 78 241 321 705 114060 238 308 651 [200] 639
48 875 115021 22 002 26 888 945 110290 402 3 615

54 805 928 54 75 117096 108 84 315 18 690 42 89 715
118030 276 567 797 965 110312 643 [200] 45 709 78
120008 305 18 [200] 614 815 [200] 30 [300] 44
937 121056 155 236 008 35 801 2 122139 521 678
[200] 123005 109 715 93 [200] 954 124017 417 832
635 37 99 727 125135 218 43 516 35 [200] 654 57
716 126003 40 48 508 55 652 772 984 127000 124
08 213 37 329 702 912 19 128045 74 [200] 202 405
73 583 987 129075 [200] 205 345 485 519 615 30 709 41
130158 221 [200] 421 572 829 814 32 59 923
131206 680 729 [200] 852 71 909 132028 171 317
40 564 629 [200] 47 49 99 133234 370 73 79 [200]
409 507 682 [200] 823 43 932 134238 335 445 52 61
058 73 827 948 135135 244 453 705 994 [200] 136086
[200] 322 523 63 787 137001 211 730 907 138211
98 805 139006 209 672
140164 441 503 29 651 975 141029 276 [400]
560 72 746 90 142000 251 319 72 531 805 943 143249
742 936 144566 87 480 635 811 [400] 145044 170
200 449 694 78 81 711 833 92 146099 432 36 577 799
933 147010 58 59 54 230 528 891 202 148290 92
555 760 895 97 974 149110 294 353
150085 202 300 61 [200] 41 934 151011 576
832 929 75 152923 109 25 77 343 [500] 458 557 742 91
929 48 153106 253 67 319 432 568 678 601 95 154082
201 380 463 719 816 42 67 [500] 155024 50 68 205 420
39 57 765 156058 83 203 76 77 304 408 620 710 870 999
157039 63 100 68 290 351 602 97 754 86 99 010 158032
268 344 45 430 614 [200] 725 835 159178 205 703 46
160415 [200] 564 [200] 787 971 161156 233 90
313 [200] 616 780 162092 113 73 203 690 951 163249
357 [400] 58 753 964 164112 32 484 900 165243
331 [200] 680 90 701 36 98 166102 224 84 488 502
640 81 850 167312 42 440 854 907 168121 26 270
88 307 405 708 870 941 169113 275 388 405
170017 281 304 656 889 171163 [200] 288 343
83 947 172095 225 300 35 413 534 93 643 785 804
173086 140 480 174093 179 811 [400] 464 668 712 921
81 175137 218 81 711 833 92 34 317 60 80 542 624 59 737
814 956 176292 700 847 177004 184 020 52 737
871 89 178020 238 39 504 54 654 963 179217 19
503 [200] 35 745 844 955 77
180039 290 402 329 29 716 979 181203 41 582
89 95 [200] 689 700 865 963 72 182109 19 32 [200]
76 400 660 [200] 755 838 76 183038 287 312 526 [300]
778 184117 [200] 326 32 475 515 784 915 185454
371 672 77 736 186103 341 53 519 167082 193 416
64 642 60 97 842 933 53 [200] 188005 122 225 52
81 342 494 083 748 189233 376 457 73 524 722 900
190148 88 208 12 52 [200] 80 664 95 790 191363
966 610 73 75 722 34 835 41 192127 380 631 700 32
[200] 953 193013 93 268 21 354 583 679 764 194032
41 290 383 640 764 883 96 913 195270 [200] 504 11
83 61 971 196201 [200] 430 45 656 829 909 197250
80 492 681 [200] 891 989 198020 69 86 459 812 717
19 832 75 80 [200] 955 199011 422 51 589 707 36 97
200092 191 280 515 758 [200] 943 201100
240 833 202683 442 538 800 203121 [200] 367 473
302 692 65 710 77 087 204083 82 294 378 488 807
[200] 630 205306 449 570 787 810 54 925 00 206239
589 707 95 883 207041 72 178 373 423 516 655 705
74 851 902 736 208076 398 407 66 647 731 933 209046
80 83 115 461 513 722 970
210125 190 423 510 [400] 211089 262 74 84
[200] 304 539 43 [200] 72 741 821 31 75 212120 254
99 690 11 37 971 213354 91 618 847 915 214132
258 359 406 [200] 14 538 215243 437 80 517 80 630
723 911 216211 32 325 413 79 83 217008 25 83
150 256 616 [200] 535 644 770 852 [200] 218333 423
[200] 83 680 725 43 932 219397 463 [200] 815 82 912
220037 73 125 238 67 [200] 516 67 955 57 221149
65 654 79 760 222081 233 59 463 516 [200] 742 [300]
48 856 927 48 223746
Am Weinmarkt verbleiben: 1 Centen zu 10 000 Mark,
1 zu 6000 Mark, 2 zu 3000 Mark, 4 zu 1000 Mark, 8 zu 500 Mark,
16 zu 200 Mark, 32 zu 100 Mark.

2. Ziehung 2. Klasse 209. Reg. Preuß. Lotterie.
Ziehung am 12. August 1903, nachmittags.
Für die Gewinne über 96 Mk. sind bei der Ziehung die Nummern in Gruppen beigestellt.
(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.
114 45 241 029 66 77 1336 435 509 44 800 990 2087
151 92 [200] 382 573 652 870 935 3056 590 110 45
89 295 311 22 94 419 [200] 583 806 29 991 4028 199
241 72 409 558 901 5019 268 417 544 608 16 911 6037
203 4 15 [400] 400 [200] 543 832 7066 181 268 088 780
819 41 8304 30 42 62 917 9200 309 438 732 890
10088 224 326 856 914 11002 124 348 [200] 889
92 931 12141 83 84 88 449 652 815 890 13143 58 70
72 239 503 856 14022 114 92 444 69 865 954 15109 242
246 614 43 16514 70 636 17139 [200] 419 50 85 513
42 77 782 18062 215 43 312 96 659 794 19063 70 221
304 401 505 27 894 907 [400] 15
20404 597 733 21042 105 250 300 402 507 [300]
69 714 822 22078 108 88 307 [200] 418 62 663 756 835 95
23014 620 [200] 313 406 592 [1000] 628 24481 98 778
820 25174 220 [200] 82 84 94 308 802 63 633 511
26011 73 103 420 [200] 83 [200] 683 899 27007 53 291
394 680 882 280802 43 42 55 380 99 015 49 98 821 83
29190 278 78 454 536 718 852 91 969
30110 282 328 52 81 688 [200] 46 85 844 31035
86 442 669 28 32697 110 72 90 272 369 633 326 56 71
33531 79 626 755 34429 560 812 35390 381 478 332
711 946 36012 73 133 206 424 614 31 888 37041 86
165 280 732 945 38007 [200] 231 313 404 512 921 30005
231 328 40 326 321 619 837 924 67
40477 506 741 41256 427 532 631 710 80 973 42632
712 432 63 602 310 12 43170 588 603 96 962 73 91
44242 [200] 71 343 96 925 947 60 [3000] 45063 137
88 57 437 841 [200] 933 56 77 46014 543 93 684 744
298 928 [200] 47640 48068 148 [200] 241 309 46
532 [200] 71 611 809 906 22 49077 [1000] 104 19 256
468 787 867 99 933 50
50066 83 105 210 67 510 638 701 21 913 97 51185
99 274 825 92 534 77 822 971 52070 170 280 444 802 811
62 53073 709 54005 211 [200] 871 99 426 68 863 713
833 978 55093 415 [200] 633 838 56099 128 84 286
353 323 642 [200] 71 742 [200] 834 59 53 65 57339
794 919 [200] 28002 48 51 [200] 404 624 831 74 913
59249 97 324 81 94 491 605 [10000] 46 868 916 78
60170 463 595 31 640 917 98 61065 138 250 [200]
305 650 659 718 820 833 65 62127 300 379 441 584 657
774 63109 20 459 504 617 796 91 83 64115 49 317
629 694 28 894 65018 19 101 209 394 424 520 711 72
77 800 66001 113 338 648 67053 167 220 43 398 488
748 983 06 68111 82 92 [200] 319 423 89 506 60 634 735
69026 333 635 874 918 60 66
70233 69 375 76 78 615 [400] 91 92 71096 133
87 294 495 540 99 721 33 633 95 72378 294 874 983
73121 79 029 45 944 981 91 98 74084 [200] 89 145
219 339 94 546 91 766 72 94 325 75098 127 224 91 320
74 776 854 [200] 994 76051 354 632 81 77417 70
511 694 734 91 839 005 78148 [400] 50 427 500 [200]
740 99 [200] 70236 108 21 214 436 40 83 264 77 728 380 980
80032 36 141 51 233 422 559 973 81192 331 535
818 34 006 82164 202 324 645 72 792 83111 [400] 203
90 315 465 695 709 882 913 84065 328 427 778 [200]
85018 227 67 409 633 [200] 864 867 [200] 60 86027
48 91 162 434 83 674 987 58 877190 668 75 625 753 920
85098 300 410 568 760 912 89139 232 50 426 34 592
679 967
90206 91 489 615 70 877 91144 72 234 510 90 561
753 906 92044 155 379 422 653 93034 204 38 [400]
477 079 520 35 899 94103 59 309 75 [200] 95101 17
384 88 757 65 [200] 88 95068 262 385 423 375 87 702
829 66 905 97109 85 368 546 835 98480 652 703
99207 32 834
100223 174 82 93 211 303 45 426 38 830 [200] 982
101324 518 740 187 857 62 102352 577 684 721 43
868 906 17 40 103248 54 84 689 10 40448 404 641 43
80 [400] 105107 285 317 97 106221 707 87 826 020
107029 121 75 [400] 92 432 544 983 108008 238 426
77 915 109000 384 [400] 494 788 973

110002 242 [200] 58 732 883 924 111211 61 88
89 330 756 946 112260 333 521 [200] 725 66 113043
416 80 [200] 767 897 953 82 114011 58 107 [200] 214
311 653 701 822 43 908 115170 283 415 68 600 116223
117182 435 47 691 118130 88 222 803 85 938 119095
251 383 53 [200] 711 923 60
120125 572 653 91 956 121070 [200] 80 171 335
888 122243 [200] 93 350 421 60 992 719 123069 257
311 400 4 895 669 97 124126 70 984 125542 76 046
737 944 88 126012 33 115 [200] 285 314 571 127135
784 989 [200] 129106 70 374 78 449 77 777 755
130099 [200] 103 37 [200] 341 408 603 131134
294 547 792 36 83 132387 133003 63 66 08 134 93
212 446 81 92 632 705 83 839 970 70 [200] 134130 91
324 [200] 81 87 878 135045 301 43 469 583 089 80 87
91 755 860 87 897 136065 109 211 679 82 783 948
137012 495 498 549 65 799 [200] 876 [200] 942 138039
74 280 300 841 139072 236 424 82 565 626 775 84 913
[200] 49
140062 137 311 405 92 [200] 658 75 141091 187 237
85 [5000] 309 [1000] 77 425 808 758 894 918 142667
143989 864 144073 88 139 715 990 145020 122 43
390 78 729 76 898 851 94 146015 277 542 60 619 878
147281 92 480 540 923 71 148075 167 244 80 316 621
92 705 88 149129 55 351 504 831 867
150038 66 637 151640 47 465 69 83 83 703 825
97 152309 913 76 626 83 892 153105 70 233 80 719
979 154000 357 78 [200] 606 733 899 155354 528
694 728 44 [200] 906 25 [200] 156033 131 79 263 [200]
457 510 614 80 97 950 88 157058 109 18 920 51 633 88
726 99 158023 109 233 731 159007 [200] 70 116 65
275 459 522 621 38 94 783 98
160940 100 338 89 448 [200] 743 91 819 161102
218 383 436 676 899 956 162269 648 163243 93 481
71

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Am Freitag, den 14. d. M., findet in Dräsel's Festsaal, Neue Friedrichstr. 35, eine Versammlung statt, in welcher Genosse Dr. Friedberg referieren wird über das Thema: „Ueber welche Nachmittage verfügt das Proletariat zur Niederwerfung der Klassenherrschaft!“ — Nege Teilnahme erwartet. Der Vorstand.

III. Wahlkreis. Donnerstag, den 13. August, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Apollo-Sälen, Sebastianstr. 30, eine Versammlung des Wahlvereins statt. Der Reichstags-Abgeordnete Dr. Sühbium wird über das Thema „Der preussische Staat und die Wohnungsfrage“ sprechen. Da diese Frage aktuell und für die Arbeiter von großer Wichtigkeit ist, ist ein zahlreicher Besuch erwünscht. — Sonntag, den 16. d. M.: Ausflug des Wahlvereins nach Girschgarten. Treffpunkt mittags Restaurant Wagner. Der Vorstand.

Charlottenburg. Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkshaus, Rosinenstraße 3, eine General-Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins statt mit der Tagesordnung: 1. Wahl eines zweiten Vorsitzenden und Schriftführers. 2. Anträge zur Brandenburgischen Provinzialkonferenz und zum Parteitag. 3. Wahl der Delegierten zur Generalkonferenz des Kreises. 4. Vereinsangelegenheiten. — Neue Mitglieder werden aufgenommen. Der Vorstand.

Schöneberg. Parteigenossen! Auch in unserm Orte finden im November die Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung statt. Um den vor zwei Jahren erfochtenen Siegen weitere hinzuzufügen, ist es erforderlich, schon jetzt mit den Vorbereitungen zu diesen Wahlen zu beginnen. Da gilt es nun zunächst Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen, die vom 15. bis 30. August im Rathaus, am Kaiser Wilhelmplatz, Zimmer I des Quergebäudes, Hof parterre, zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegen und zwar an den Wochentagen von 9 bis 2 Uhr, Sonntags von 11 bis 1 Uhr mittags. Wer nicht bezeichnet steht, der verlange sofort seine Nachtragung. — Um nun die Emdroherschaft Schönebergs auf die Wichtigkeit des Einsiehens der Wählerlisten aufmerksam zu machen, findet am kommenden Freitag, abends von 7 Uhr a b, eine Flugblattverbreitung für sämtliche Bezirke statt. Treffpunkt in folgenden Lokalen: Ständer, Hohenstaufenstr. 79; Schilling, Kyffhäuserstr. 16; Krüger, Grunewaldstr. 110; Döring, Reschburgerstr. 7; Obst, Weiningerstr. 8; Forle-mann, Kaiser Friedrichstr. 8; Reimer, Hohenfriedbergstr. 26; Hoffmann, Cheruskerstr. 18; Ruthenberg, Frey Reuterstr. 3; Koll, Sponhofstr. 34. — Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es, sich hieran zu beteiligen!

Britz. Der Wahlverein Britz hält morgen, Freitag, 14. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Genossen Weniger, Berderstr. 27, seine Vereins-versammlung ab. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Anträge und Verschiedenes. — Um zahlreichen Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Arbeiter-Bildungsvereins findet am Sonnabend, den 15. August, abends 9 Uhr, im Vereinslokal von Kasubke, Friedrichstraße 41, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Grunewald über: Weltwirtschaft und Weltpolitik. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 4. Wahl von Delegierten zur Kreisversammlung. Gäste und Frauen sind eingeladen. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kassierer Richter in der Victoriastr. 4 wohnt. Um zahlreichen Besuch bittet. Der Vorstand.

Lokales.

Die Pariser Brandkatastrophe und die Berliner Untergrundbahn. Das furchtbare Unglück auf der Pariser Untergrundbahn hat begreiflicherweise die besorgte Frage aufgeworfen, ob nicht auch auf der Berliner Untergrundbahn infolge Kurzschlusses eine ähnliche Katastrophe eintreten könnte. Die Betriebsverwaltung der Hoch- und Untergrundbahn glaubt diese Frage verneinen zu können, indem sie in einem an die Presse versandten Schriftstück ausführt:

„Wenn in Paris von den Bahnsteigen aus Ausgangstreppe direkt ins Freie geführt hätten, wie auf unserer hiesigen Untergrundbahn, so würden die in dem Zuge und auf den Bahnsteigen befindlichen Personen zweifellos die Haltestellen haben verlassen können, auch wenn die elektrische Beleuchtung nicht mehr in Funktion war, da bei unserer Untergrundbahn durch die direkt am Ende der Bahnsteige belegenen Treppenhäuser das einfallende Tageslicht ein sicherer Wegweiser ist; auch bei Nacht würde die Straßenbeleuchtung diesen Zweck in ausreichendem Maße erfüllt haben.“

Bei der Pariser Untergrundbahn liegen aber die Verhältnisse für das Verlassen der Haltestellen, namentlich wenn diese unbelichtet sind, ganz außerordentlich ungünstig und dürfte hierauf in erster Linie die Katastrophe zurückzuführen sein.

Dem die Pariser Untergrundbahn liegt nicht nur erhebliche Gefahr unter der Straßendecke als die hiesige, sondern es ist auch auf den Haltestellen für die zu- und abgehenden Fahrgäste für beide Bahnsteige nur ein einziger Eingang von der Straße aus vorhanden, welcher demgemäß seitlich von der Station angelegt werden mußte. Man gelangt daher von den Bahnsteigen aus nicht direkt ins Freie, sondern zuerst über eine Treppe in sogenannte Kofferlöcher (das sind unterirdische geschlossene Nebengänge über die Gasse), von diesen in Couloirs (schmale Verbindungsgänge), dann in Vorräume und jetzt erst zu der ins Freie führenden Treppe. Bei dieser Anordnung der Ab- und Zugänge kann natürlich Tageslicht oder Straßenbeleuchtung nicht nur nicht in die vorgenannten Gänge und Nebengänge, sondern viel weniger noch auf die Bahnsteige fallen.

Bei dem Brande des Zuges müssen sich nun diese oberhalb der Bahnsteige liegenden und erheblich langen Gänge sehr bald mit Rauch gefüllt haben, der den bei vollständiger Dunkelheit ins Freie strebenden geängstigten Leuten das Vorwärtskommen erschwerte und schließlich durch Verämbung unmöglich gemacht hat.

Wie aus der Depesche ersichtlich, soll die Veranlassung zu der Katastrophe ein brennender unbesetzter Zug gewesen und soll der Brand durch einen Kurzschluß entstanden sein, der zuerst die in Gutterpercha gefüllten elektrischen Leitungen des Zuges und darauf den hölzernen Fußboden desselben entzündete. Hiernach ist zu vermuten, daß das zur Umhüllung und Isolation der Leitungen verwendete Material bei den Pariser Wagen nicht feuerfest genug war, welche Eigenschaft Gutterpercha bekanntlich auch nicht besitzt. Da man Gutterpercha in Anbetracht seiner hohen Isolierfähigkeit bei elektrischen Leitungen nicht entbehren kann, wäre es notwendig gewesen, zur Erzielung einer Sicherheit gegen Feuergefahr an gefährdeten Stellen geeignete Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, was bei dem in Brand geratenen Zuge nicht der Fall gewesen zu sein scheint. Zur Erzielung einer derartigen Feuer-sicherheit sind daher auch in den Wagen unserer Hoch- und Untergrundbahn die elektrischen Leitungen nicht nur mit unverbrennbarem Asbest-Verkleidung versehen, sondern dieselben sind außerdem, sofern sie sich am äußeren Wagen befinden, in besonderen Eisenkästen eingeschlossen, welche gleichzeitig auch als Panzer gegen Beschädigungen von außen her dienen. Ferner sind auch in unseren Untergrundbahnwagen die Fahrerkabinen, in denen sich die Schaltapparate befinden, aus feuerfester imprägnierter Holz hergestellt und außerdem sämtliche Innenwände dieser Kabinen mit feuerfestem Asbestziegel

belastet. Diese Vorsichtsmaßnahmen, sowie die Anlage der Haltestellen, welche den ungehinderten Zu- und Abgang der Fahrgäste ermöglicht, dürften Genüge dafür bieten, daß derartige Katastrophen wie bei der Pariser Bahn bei unserer Untergrundbahn nicht eintreten.“

Zu dieser Erklärung äußert sich eine Lokal-Korrespondenz wie folgt:

„Die Katastrophe auf der Untergrundbahn in Paris hat bereits die Verwaltung der hiesigen Hoch- und Untergrundbahn veranlaßt, in Zukunft an die Presse und die zuständigen Behörden auf die größere Sicherheit hinzuweisen, welche die Berliner Untergrundbahn besitzt. Dennoch wird die hiesige Aufsichtsbehörde in eine Prüfung der Untergrundbahn-Verhältnisse eintreten und nötigenfalls die Anbringung weiterer Vorsichtsmaßnahmen anordnen. Es ist zweifellos, daß bei der geschickten, sicheren und einfacheren Anlage der hiesigen Untergrundbahn ein derartiges Unglück wie in Paris ausgeschlossen ist; dennoch ist die Möglichkeit der Entstehung eines Wagenbrandes immerhin nicht ausgeschlossen. So lange es keine Mittel giebt, den Kurzschluß zu verhindern, werden die Gefahren der Elektrizität nicht beseitigt werden können. Entwickelt doch die durch Kurzschluß hervorgerufene Stichflamme eine so gewaltige Hitze, daß eine augenblickliche Verührung genügt, um die flüssigen Massen, Eisen zu schmelzen und Stahl zu durchbrechen. Bei den von den hiesigen Betriebs-gesellschaften verwendeten Kraftwagen hat man diese Gefahr dadurch besonders berücksichtigt, daß nach Möglichkeit die Verwendung von verbrennbarem Material in unmittelbarer Nähe der Stromleitungen, insbesondere aber der Versicherungen vermieden worden ist. Die so gewonnene Sicherheit ist eine derartig bedeutende, daß Wagenbrände im Berliner Verkehrsleben jetzt nur noch zu großen Ausnahmen gehören. Die Verwendung von Asbest-Verkleidungen verhindern die Entwicklung eines etwa entstehenden Feuers auch insoweit, als sich die Flammen nicht mit solch elementarer Gewalt ausbreiten können, wie dies in Paris geschehen sein muß. Dem-gleich die Erklärung der Untergrundbahn, wie die hier angeführten Thatsachen beweisen, daß die Gefahren bei den Berliner Verkehrs-verhältnissen bei weitem geringer sind, erscheint es doch wünschens-wert, daß nach den Erfahrungen bei der Katastrophe in der franzö-sischen Metropole Abzugseleitungen für Rauch in den hiesigen Tunneln angebracht werden. Bei der Reuanlage von Unter-grundbahnen wird auch zweifellos diesen Umständen Rechnung ge-tragen werden.“

Die etwaigen Gefahren durch Zusammenstöße, welche gerade bei Untergrundbahnen verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen müßten, erscheinen für die Berliner Untergrundbahn-Anlagen vollständig ausgeschlossen, da das elektrische Signal-System eine zuverlässige Sicherung gegen die zu große Annäherung zweier hinter-einander fahrender Züge verhindert. Durch die Vermeidung des Weichensystems, welches nur an den Endstationen, wo es für das Rangieren der Züge unumgänglich notwendig ist, vorhanden ist, wird auch das Aneinanderfahren zweier Züge aus verschiedenen Richtungen unmöglich. Bei dem eingleisigen Sprettunnel in Treptow wird die Zusammenstoßgefahr dadurch verhindert, daß der in den Tunnel einzufahrende Zug eine „Sicherungsstange“ erhält, die der Wagenführer nach seiner Ausfahrt auf der Gegenseite dem Führer des nächsten entgegenkommenden Wagens giebt. Dieser darf nur, wenn er sich im Besitz der Sicherungsstange, die nur in einem Exemplar vorhanden ist, befindet, in den Tunnel einfahren.“

Die Kindersterblichkeit hat in Berlin in diesem Jahre erst gegen Ende des Monats Juli eine bedeutende Höhe erreicht. Die Zahl der Sterbefälle von Kindern des ersten Lebensjahres war in den Monaten Mai und Juni und noch bis Mitte Juli fast in jeder Woche unter 200 und vielfach sogar unter 150 zurückgeblieben; nur in einer Woche des Mai und in einer des Juni war sie vorübergehend bis auf 204 bzw. 203 gestiegen. Noch aus der Woche des 28. Juni bis 4. Juli sowie aus der Woche des 5. bis 11. Juli kamen nur 173 bzw. 163 zur Weltung, dann aber begann eine rasche Zunahme der Kindersterblichkeit. Aus der Woche des 12. bis 18. Juli wurden 214, aus der Woche des 19. bis 25. Juli schon 279 Kinder des ersten Lebensjahres als gestorben gemeldet. (Die Zusammenstellungen des statistischen Amtes reichen erst bis 25. Juli.) Diese Steigerung ist hauptsächlich zurückzuführen auf die starke Zunahme der Erkrankungen der Verdauungsorgane, die gegen Ende Juli eingetreten ist. Von der Woche des 12.—18. Juli bis zu der Woche des 19.—25. Juli vermehrten sich bei den Kindern des ersten Lebensjahres die tödlich verlaufenen Fälle von Magen- und Darmkatarrh von 24 auf 29, die von Diarrhöe von 24 auf 56, die von Brechdurchfall von 51 auf 83, die tödlich verlaufenen Fälle dieser drei Krankheiten zusammen von 99 auf 167. Die Zahl aller durch Magen- und Darmkatarrh, Diarrhöe und Brechdurchfall verursachten Sterbefälle ist nur wenig höher; es sind fast nur Kinder des ersten Lebensjahres daran zu Grunde gegangen. Die Beziehungen zwischen Kindersterblichkeit und Gesamtsterblichkeit treten in dieser Zeit wieder recht deutlich hervor. In denselben drei Juli-Weekenden, in denen die Kindersterblichkeit von 163 auf 214 auf 279 stieg, erhöhte sich auch die Gesamtsterblichkeit von 671 auf 617 auf 663.

Die Bahnwärter der „Großen Berliner Straßenbahn“ sind eine Kategorie von Arbeitern, die mit am tiefmüttesten von allen in jenem Betriebe beschäftigten Leuten behandelt werden; besonders trifft dies auf die der Inspektion selbst unterstellten Wärter zu. Bei Regen, Kälte oder Sonnenbrand müssen sie ihre Arbeit auf den Strecken versehen, Gasse reinigen, Schienen ölen oder begießen u. dgl. Dafür erhalten sie den fälschlichen Lohn von 2,80 bis höchstens 3 M. pro Tag bei fast unbegrenzter Arbeitszeit. Ueberstunden müssen sie natürlich auch machen, jedoch ohne Bezahlung, denn die Ueberstunden dürfen der „zu hohen Kosten wegen“ nicht eingerechnet werden. Dafür aber schreibt man ihnen um so häufiger 50 Pf. Strafe an, sobald sie sich irgend eine geringfügige dienstliche Unregelmäßigkeit zu schulden kommen lassen. Beschwerde über existenz Unbill zu führen, getrauen sich die Leute meistens schon gar nicht aus Furcht vor Entlassung. Vielleicht entschließt sich Herr Direktor Marhold gelegentlich einmal zu einer Inspektion des Bahnhof 21.

Seit fünf Wochen ist die Rosenthalerstraße zwischen Rosenthaler Thor und Neue Schönhauserstraße gesperrt, und seit Montag ist auch die Sperrung auf die Strecke zwischen der Neuen Schönhauserstraße und dem Gadeschen Markt ausgedehnt worden, weil der Straßenzug asphaltiert wird. Die Rosenthalerstraße ist eine der wichtigsten Verkehrsstraßen des Centrum, welche den gesamten Durchgangsverkehr von den nördlichen Vororten und fast dem gesamten Norden Berlins aufzunehmen hat. Die durch die Sperrung hervorgerufenen Verkehrsbehinderungen werden um so unangenehmer empfunden, als die Rosenthalerstraße eigentlich Parallelstraße nicht besitzt und die Fahr- weite infolgedessen nur auf großen Umwegen ihre Ziele erreichen können. Es ist daher eine derartige Ueberlastung der Alten Schönhauserstraße herbeigeführt, daß zur Sicherung des Verkehrs ein größeres Schutzmanns-Aufgebot erforderlich ist und die Ueberführung des Fahrdammes durch Passanten mit größter Lebensgefahr verbunden ist. Die Entlastung des durch diese Zustände in Mitleidenschaft ge-zogener Publikums ist um so größer und gerechtfertigter, als es wohl möglich wäre, die Arbeiten in kürzerer Zeit durchzuführen. Die Regulierungsarbeiten der Straße unter den Linden und die ge-waltigen und schwierigen Arbeiten bei dem Bau des Rotenbäumchen in der Kaiser Wilhelm- und Münzstraße haben zur Genüge be-wiesen, was geleistet werden kann, wenn eine genügende Zahl von Arbeitern in Tag- und Nachtschichten beschäftigt wird. Es wäre doch dringend wünschenswert, daß bei so wichtigen Verkehrsstraßen die Regulierungsarbeiten nicht unnotigerweise monatelang ausgedehnt werden.

Achtung, Grabworte! Den Patienten aus Grabworte, welche am Tage der Reichstagswahl ihr Wahlrecht ausüben und für die Strecke von Friedrichsdorf nach Berlin 70 Pf. gezahlt haben, sei hiermit mitgeteilt, daß der Unterzeichnete jetzt 15,00 M. zurück erhalten hat, somit auf jeden Patienten 30 Pf. zurückbezahlt wurde. Der Unterzeichnete fordert deshalb jeden der Beteiligten auf, sich bis zum 20. August das Geld von ihm abzuholen. Das Geld, welches nicht abgehoben wird, fällt der Parteikasse zu. Hugo Anke, Berlin, Steinmühlendamm 122, 1 Treppe.

Berichtigung. In unserem Bericht über das Sängerfest des Arbeiter-Sängerbundes hatten wir irrthümlich auch die Thätigkeit einer Arbeiter-Sanitäts-Kolonie erwähnt. In Wirklichkeit war es die „Arbeiter-Sanariter-Kolonie“, was wir auf Wunsch dieser Vereinigung hiermit richtig stellen.

Nicht geknast. Am Donnerstag voriger Woche wurde der 38 Jahre alte Tischler Karl Berner aus der Sallherstraße Nr. 105 bei einem Einbruch in der Mauerstraße Nr. 3 überrascht, von einer großen Menschenmenge verfolgt und auf der Treppe des Hauses Friedrichstraße Nr. 62/63 festgenommen und nach einer Tracht Prügel einigen Schutzmannern übergeben, die ihn mit einer Droschke nach der Reviertwache in der Wilhelmstraße Nr. 29 brachten. Hier starb Berner nach wenigen Minuten. Obwohl man, wie schon berichtet wurde, äußere Verletzungen an W. nicht wahrnahm, so entstand doch das Gerücht, daß der Einbrecher von seinen Verfolgern tot-geschlagen worden sei. Die Leiche ist nun gestern nach-mittag auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft gericht-ärztlich geöffnet worden und die Obduktion hat die Ge-rüchte von einem Totschlag widerlegt, indem sie als Todesursache Chankali-Vergiftung als ungewöhnlich festgestellt. Der Einbrecher hatte sich mit dem Gifte jedenfalls versehen, weil er nach seinen vielen und schweren Vorstrafen genau wußte, was ihm bevorstand, wenn man ihn ertappte. Daß er das Gift nahm, hatte niemand gesehen.

Den Tod im Wasser suchte und fand in der vorbergangenen Nacht die 25 Jahre alte Köchlerin Vertha Kowitsch, die kurz nach Mitternacht vom Reichstags-Ufer hinter dem Bahnhof Friedrichstraße in die Spree sprang. Die Lebensmüde ging bald unter und kam nicht mehr zum Vorschein. Ihre Leiche ist noch nicht gefunden. Das Mädchen stammt aus Danzig und wohnte seit dem 2. d. Mts. bei einem Kaufmann in der Linienstr. 126. Was es in den Tod trieb, ist noch nicht bekannt.

Zwischen zwei Wagen getrieben wurde in der Nacht zum Mittwoch auf dem Hofe der Posaunen-Gesellschaft in der Ritterstraße der 25 Jahre alte Arbeiter Hugo Tepper. Mit eingebrücktem Brustkasten wurde der Verunglückte in einem holländischen Rettungswagen nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Arbeitslosigkeit hat den 25 Jahre alten Arbeiter Paul Kerker-Laskowski, Barockstr. 27, in den Tod getrieben. Als die Wirt-schafter ihn heute früh wecken wollten, war er nicht in seinem Bette. In der frühen Morgenstunde wurde er an einem Balken des Haus-bodens hängend vorgefunden. Die Leiche wurde nach dem Leichen-schauhaufe gebracht.

Robl-Kontent. Das Zusammentreffen der beiden Weltreiselob-bredier im Großen Preise von Berlin, der bekanntlich am Sonntag, den 23. August, im Sportpalast Friedenau zur Entscheidung gelangt, wird das größte Ereignis der Saison für Berlin werden. Der Franzose beabsichtigt nämlich, den Stunden-Weltreiselob, den er mit 78 km 360 m gehalten und der ihm von Robl am Sonnabend in Hannover mit 80 km 663 m entziffen wurde, von neuem anzu-greifen, und zwar entweder auf der Prinzenpark-Wahn zu Paris oder ebenfalls in Hannover. Vor den nächsten 14 Tagen kann er leider nicht daran denken, da seine Schrittmacher-Maschinen schon auf dem Wege nach Kopenhagen sind, wo er am nächsten Sonntag gegen Robl, Didentmann und Gornemann, die ihm alle am 23. August auch in Friedenau gegenüberzutreten, die Weltmeister-schaft bestreitet. Von Dienstag, den 18. August, an sind sämtliche Fahrer, die am Großen Preis von Berlin teilnehmen, verpflichtet, im Sport-palast Friedenau zu trainieren.

Aus den Nachbarorten.

Niedorf. Ueber völlig unzulänglichen polizeilichen Sicherheits-dienst zur Nachtzeit wird in allen Kreisen unserer Einwohnerschaft lebhaftest Klage geführt. Die Zahl der Schuppente, welche den nächst-liehen Sicherheitsdienst versehen, ist eine so geringe, daß es absolut unmöglich ist, in Koffkassen einen Schuppmann zu finden. Diesen Umstand muß ein sich immer mehr breit machender Janhagel tödlich aus, um nachts Standaalereien, Prägeleien usw. auf der Straße zu veranlassen, und welche dem harmlosen Passanten, der dieser Gesell-schaft in die Hände läuft; Prügel und gemeine Schimpfworte sind ihm sicher. So wurde in einer der letzten Nächte ein junger Mann in der Hermannstraße von einer Rotte Rotodies überfallen und mit Messerischen arg zugerichtet. Als der Bedauerns-werte seinen Feindern entkommen und in ein Haus der Anseebeststraße geflüchtet war, wurde der Thorweg des letzteren von den Rotodies mit Mauersteinen, die sie von einem benachbarten Reubau holten, bombardiert und arg beschädigt. Obwohl der Standaal lange Zeit währte und ein Polizeirevier in nächster Nähe liegt, blieben die Thäter unbehelligt. Jetzt ist die Kriminalpolizei bemüht, dieselben zu ermitteln. Jedenfalls ist es die höchste Zeit, daß der mächtigste Sicherheitsdienst eine gründliche Reform erfährt, soll unter den jetzigen Zuständen nicht der Ruf unserer Stadt leiden. — Eine interessante Arbeit ist der hiesigen Glasmosaik-Kunstler übertragen worden. Vor kurzem wurden bei Aufräumungsarbeiten im Keller des National-Museums die Reste eines jahrhundertalten Mosaikbildes verpackt vorgefunden, die längst in Vergessenheit geraten waren. Es handelt sich um eine Arbeit italieni-scher Künstler, welche viele Jahrhunderte eine alte Kirche in Ravenna geschmückt hatte und seiner Zeit von Friedrich Wilhelm IV. für das Berliner Museum erworben worden war. Da das Mosaikbild jedoch bei der Abnahme erheblich gestirnt hatte und wohl auch vorher schon nicht mehr vollständig war, es damals aber in Deutschland an musivischen Künstlern fehlte, welche die Wiederherstellung des Mosaikbildes bewirken können, so blieb dasselbe eingepackt, bis es jetzt ein Zufall ans Tageslicht brachte. Da eine Photographie des Originals vorhanden ist, wurde nun die hiesige Glasmosaik-Gesell-schaft Pohl u. Wagner mit der originalgetreuen Wiederherstellung des alten Mosaikbildes betraut. Nach erfolgter Restaurierung soll das letztere im Kaiser Friedrich-Museum einen Ehrenplatz erhalten.

Brig. Anlässlich des Brandes der Stohmieten in der Sonntag-nacht verhaftete auf der Brandstätte der Gendarm Kruppe den geisteschwachen Fieding als der That dringend verdächtig. Gegen 1/9 Uhr hatte F. die Bahnhofswirtschaft in Brich verlassen, um sich nach Mariendorf zu begeben und ging über den Wardenischen Ader, wo die Mieten standen. Bei der Feuerwehr meldeten sich zwei Rad-fahrer, welche den Beginn des Feuers beobachtet hatten. Dieselben wollten das Feuer in Bruchhöhe haben aufkommen sehen und im Moment standen beide Mieten in Flammen. Beim Schein des Feuers entfernte sich ein Mann nach Mariendorf zu. Fieding war schon zweimal wegen Brandstiftung in Haft, aber wegen Mangel an Beweisen freigelassen worden.

Schöneberger Kommunalwahlen. Nach § 18 der Städte-Ordnung scheidet in diesem Jahre ein Drittel der Stadtverordneten-Versamm-lung aus und muß durch Neuwahlen ersetzt werden. Ist schon das Uebergewicht der „bestehenden“ bürgerlichen Mitglieder dieser Körperschaft durch ein miserables Wahlergebnis, wie es die Städte-Ordnung vom 30. Mai 1893 vordrückt, von vornherein gesichert, so haben unsere Parteigenossen am hiesigen

Orte immer noch genug zu thun, um das geringe Recht, das ihnen die Städte-Ordnung übrig gelassen hat, auszunutzen. Von unsren bisherigen sechs Vertretern der dritten Klasse scheiden, da ihre Wahlperiode am 1. Januar 1904 abgelaufen ist, aus die Parteiengenossen Hoffmann im 8. Bezirk und Hauser im 4. Bezirk, welche letzterer am 17. März 1902 als Ertragsmann eingetreten ist. Von Bürgermeister Stadterordneten der III. Abteilung scheiden ferner aus Zimmermeister Dr. Fröhlich im 8. Bezirk (Hausbesitzer), Tischlermeister Knorr im 7. Bezirk (Hausbesitzer), Apothekenbesitzer Vorsch im 3. Bezirk (Hausbesitzer) und Rechnungsrat Wahmannsdorf im 2. Bezirk (Mietler). Stadtv. Obst, der im 4. Bezirk der III. Abteilung als Hausbesitzer gewählt ist, unterliegt der Auslösung zum 1. Januar 1904 bzw. 1906, ebenso die der III. Abteilung angehörenden Stadtv. Prsch (9. Bezirk), Dr. Laurenbrecher (10. Bezirk) und Schneider (2. Bezirk). Außerdem gelangen zur Auslösung vier Stadtverordnete der I. (neben 6 Neuwahlen) und drei der II. Abteilung (neben 3 Neuwahlen). Die Auslösung selbst soll in der ersten Sitzung im September stattfinden.

Ein Notar, der von der Kleiststraße nichts weiß, ist gewiss eine bemerkenswerte Lokalgröße; wir würden indes seinen Ruhm kaum zu fördern versuchen, wenn dieser sein Ruhm nicht andre Leute höchst unnötig in Kosten gestürzt hätte. Hat da ein Herr in der Kleiststraße einen Wechsel bei der Reichsbank um 10 Uhr vormittags einzulösen, verspätet sich aber um eine Stunde, so daß der Wechsel von der Reichsbank an einen königlich preussischen Notar zum Protest geht, dieser sucht den Wechsel vorzulegen, findet aber, — daß es in Berlin keine Kleiststraße giebt, pilgert dann sogar nach dem hiesigen Einwohner-Melde-Amt, alwo ihm gleichfalls bescheinigt wird: „eine Kleiststraße existiert nicht in Berlin.“ Resultat: als der Herr dann wieder zur Reichsbank geht und den Wechsel einlöst, hat er erhöhte Kosten zu tragen. Die Lösung aber liegt darin, daß die Kleiststraße politisch zu Charlottenburg gehört, postalisch aber zu Berlin und vom Berliner Postamt 62 befestet wird. So etwas braucht natürlich ein königlich preussischer Notar nicht zu wissen.

In Köpenick ist gestern nachmittag die elektrische Bahn feierlich eröffnet worden. Nachdem die landespolizeiliche Abnahme erfolgt, ist die Bahn dem Betrieb übergeben worden. Die elektrische Bahn fährt vom Bahnhof Köpenick durch die Altstadt am östlichen Ufer der Dahms entlang bis zur Grünau gegenüberliegenden Villenkolonie Wendenhof. Als Fahrpreis wird eine Einheitsgebühr von 10 Pf. erhoben werden. Handgepäck kann im Gegenlag zur „Großen Berliner“ mitgeführt werden; ein Stuhl ist frei für jedes weitere Gepäckstück, welches mitgeführt wird, werden 10 Pf. erhoben. Die Anfahrtsstrecke Schloßplatz—Bahnhof Köpenick—Spindlersfeld wird binnen Monatsfrist fertiggestellt und dem Betrieb übergeben werden.

Gerichts-Zeitung.

Der große Staudalprozeß, in welchem auch die vor kurzem aus dem Magdalenenstift entlassene und wieder ergriffene Frieda Sittler eine Rolle spielt, ist nunmehr so weit gediehen, daß den Beteiligten die Anlageschrift zugestellt werden wird. Die Anlage richtet sich gegen folgende neun Personen: 1. den landwirtschaftlichen Tagelohner und Oberleutnant Franz Stedt zu Wilmersdorf, 2. die vermittelnde Marie Remme, 3. die vermittelnde Alwine Küfel, 4. die vermittelnde Luise Projell, 5. die Handelsfrau Auguste Heßbe, 6. die unverschleihte Marie Martin, 7. die vermittelte Anna Nathes, 8. die unverschleihte Lina Projell und 9. die Hausbesitzerin Margarethe Hoffmeister. Dem ersten Angeklagten wird Vornahme unächtiger Handlungen mit Personen unter 14 Jahren, den übrigen Beihilfe und gewerbs- und gewohnheitsmäßige Kuppelei zur Last gelegt. Die Angeklagten Stedt, Remme, Küfel und Heßbe befinden sich in Untersuchungshaft. Die übrigen in dieser Sache sind bereits auf sechs Monate Bände angewiesen. Die Verhandlung dürfte ein abstoßendes Bild stilllicher und moralischer Verirrungen vor Augen führen, deren sich Personen sowohl der höheren wie der unteren Kreise schuldig gemacht haben sollen. Seitens der Staatsanwaltschaft sind gegen 50 Zeugen geladen, es werden vorwiegend aber noch ebenso viele Entlastungszeugen hinzukommen. Die Verteidigung liegt in den Händen der Rechtsanwälte Dr. Schmidt, Justizrat Bronler, Schwarz, Dr. Berthauer und Dr. Löwenthal. Die Verhandlung dürfte erst im November stattfinden.

Kur Oberdrucker, nicht Betriebsleiter. Unter dieser Spitzmarke berichten wir über einen Gewerbegerichtspräsidenten, in dem die Kammer 8 des Gewerbegerichts den Oberdrucker einer Steindruckerei nicht als Betriebsleiter beziehungsweise Werkmeister mit festen Bezügen anerkennt, obwohl sich Kläger darauf berief, daß in Steindruckereien stets der Oberdrucker der Werkmeister sei. Der Kläger hatte damals, indem er auf die sechswochenliche Kündigungsfrist der Werkmeister, Betriebsleiter u. Anspruch erhob, einen Teil der Entscheidung für unrichtig erklärt und war nur mit dieser Teilforderung rechtskräftig abgewiesen worden. Das Gewerbegericht mußte deshalb von neuem der Werkmeister- bzw. Betriebsleiterfrage näher treten, als der Oberdrucker S. weitere Entschädigungsansprüche beim Gewerbegericht erhob. Es wurde durch die Beweiserhebung festgestellt: S. führte im Steindruckereibetrieb den Chef mit der Aufsicht und engagierte auch Arbeiter, wemgleich er, da es sich nur um einen kleineren Betrieb handelte, über die Einstellung der Leute gewöhnlich mit dem Chef Rücksprache nahm. Kläger durfte auch in Anwesenheit des Chef-Geschäftsbekleideten. Er beabsichtigte zuweilen die Kundschaft, wenn ihn der Betrieb nicht festhielt, kalkuliert und besprach mit ihm die Preisfestsetzung. S. arbeitete aber auch selber mit, und zwar hatte er die Umbrüche zu machen, wobei er öfter halbe Tage und länger beschäftigt war. Ueberstunden erhielt S. besonders bezahlt, im übrigen hatte er Wochenlohn. Das Gericht, unter dem Vorsitz des Gewerbe Richters le Biseur, wies den Kläger ab. Er nahm wieder an, S. sei, wenn auch Oberdrucker, so doch nicht Werkmeister oder Betriebsleiter mit festen Bezügen und habe deshalb keinen Anspruch auf die Kündigungsfrist von sechs Wochen zum Quartalsbesten. Er sei nur als Gewerbegehilfe anzusehen. Entschuldigend sei, daß Kläger den Chef nur vorübergehend vertreten habe, daß die Ueberstunden besonders bezahlt worden seien, also von „festen Bezügen“ nicht gesprochen werden könnte, daß S. selber einen großen Teil des Tages an der Druckpresse beschäftigt gewesen sei und der Chef bei den Engagements mitgesprochen habe. Auch habe S. nur die Aufsicht bei dem Druckpersonal gehabt und habe mit dem andern auf derselben Lohnliste gestanden.

Das Kammergericht ist in einem Straffalle wider die Arbeiter S. und N. die Streikposten gefunden hatten, bei seiner in letzter Zeit vertretenen Auffassung verblieben, daß die Gerichte bei Ueberletzungen der Straßenpolizei-Vorschriften nachzugehen haben, ob die Wegweisungs-Anordnungen der Polizeibeamten objektiv zur Erhaltung der Ruhe, Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der öffentlichen Straße erfolgt sei beziehungsweise notwendig gewesen sei. Gleichwohl hob das Kammergericht das freisprechende Urteil des Landgerichts Berlin auf und verwies die Sache in die Vorinstanz zurück, indem es dazu ausführte: Die Strafkammer sage, die Ruhe, Ordnung und Sicherheit der öffentlichen Verkehrs sei nicht durch das Streikpostenstehen gestört worden; es genüge jedoch zur Anwendung der Straßenpolizei-Verordnung schon eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit, eine Störung selber brauche noch nicht vorliegen. Das Landgericht, das nur mit einer Störung oder Nichtbefolgung operierte, müsse nachprüfen, ob die Ruhe, Ordnung und Sicherheit nicht gefährdet gewesen sei, beziehungsweise ob mit Recht eine Störung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit hätte befürchtet werden können, weil sie Streikposten fanden.

In der Berufung freigesprochen! Der Delegierte der Weihenfeier Orts-Krankenkasse, Arbeiter Paul Hinge, war kürzlich wegen Verleumdung des praktischen Arztes Dr. Grünau vom Schöffengericht am Amtsgericht II zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Das Schöffengericht hatte für erwiesen erachtet, daß der Angeklagte in einer Delegierten-Vertammlung der Orts-Krankenkasse von dem Dr. Grünau behauptet habe, derselbe fuche sich auf der Straße alte Weiber auf, die er zu sich bestelle, ihnen ohne Untersuchung auf 14 Tage Milch verschreibe und wenn sie wieder kämen, wieder von neuem Milch verschreibe. Schon damals hatten andre Delegierte zureichend befunden, daß die Aeußerung nicht so gelautet, es sich vielmehr nur um eine Anfrage gehandelt habe. Das Schöffengericht verließ sich aber auf das Zeugnis eines Stenographen, der die Aeußerung in dem intrinimierten Sinne wiedergegeben hatte. Im Prinzip war § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) als vorliegend angenommen worden, aber die Form wurde für beleidigend gehalten. Heute verhandelte die zweite Ferien-Strasskammer am Landgericht II in der Berufung. Diesmal hielt der Stenograph sein Stenogramm nicht aufrecht, durch völlig einwandfreie Zeugen wurde aber festgestellt, daß die Aeußerung des Angeklagten dahin gelautet habe, ob es dem Vorstande bekannt sei, daß Dr. Grünau — wie ihm mitgeteilt worden sei — ohne Untersuchung den Frauen Milch verschreibe und wenn sie wieder kämen, wieder ohne weiteres Milch verschreibe. Nach dieser Feststellung mußte der Gerichtshof nicht allein den Satz des § 193 zubilligen, er mußte auch die Form als nicht verlegend anerkennen. Das Urteil lautete daher auf Freisprechung.

Hus der frauenbewegung.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein von Ober-Schöne-weide hielt am 8. August eine außerordentliche Generalversammlung ab, in welcher die Vorstandswahlen vorgenommen wurden. Als erste Vorsitzende wurde Frau Emma Reimann, als zweite Frau Diezing, als Kassiererin Frau Pfeiffer gewählt. Als Delegierte wurden gewählt Frau Stephan und Frau Schneider. Unter Verschiedenem wurden noch einige Vereinsangelegenheiten erledigt. Die nächste Versammlung findet am Montag, den 17. August, im „Wilhelmshof-Restaurant“, Wilhelmshofstr. 42, statt. Gäste willkommen.

Vermischtes.

Zur Pariser Brandkatastrophe

liegen noch folgende Meldungen vor: Paris, 11. August. Von dem Unglück auf der Untergrundbahn giebt ein Reisender, der sich mit seiner Frau retten konnte, folgende Schilderung: In der Nähe der Station Boulevard Barbes brach in dem Motorwagen des von uns benutzten Zuges ein Fußbodenbrand aus, dessen man mit Löschgranaten rasch Herr wurde. Die Reisenden mußten jedoch aussteigen und der leere Zug Nummer 11 setzte dann die Fahrt langsam fort. Wir stiegen in den nächsten Zug, doch mußten wir in der Nähe der Station Belleville abermals aussteigen, da man den Zug brauchen, um den ersten leeren Zug vorwärts zu schieben. Wir stiegen nun in einen dritten Zug, der bald darauf eingetroffen war. Es war eine verhängnisvolle Unvorsichtigkeit von der Bahnbetriebsung, diesen Zug hinter dem brennenden Zug abgehen zu lassen. Auf der Station Couronnes blieb der Zug etwas länger als gewöhnlich stehen. Die Reisenden wurden ungeduldig, niemand aber hatte eine Ahnung von der drohenden Gefahr. Der Stationschef wollte schon dem Zuge das Abfahrtszeichen geben, als zwei Bahnbedienstete herbeiliefen und riefen: „Retze dich, toer kann!“ Nach aber glaubte niemand an eine ernste Gefahr. Die Reisenden stürzten die Stiege hinauf. Viele von ihnen blieben beim Schalter stehen und verlangten den Fahrpreis von 15 Centimes zurück. Das Gedränge wurde immer furchtbarer, so daß zahlreiche Personen, welche von dem Unfall noch nichts wußten, die Treppe hinabstiegen, um den Zug zu erreichen. Die ganze Menge stauete sich nun unterhalb der Treppe. In demselben Augenblicke kam von der Station Remumontant eine dicke Rauchwolke; an ein Vorwärtkommen war nicht mehr zu denken. Ich eilte mit meiner Frau und zehn andren Personen unter dem Tunnel in der Richtung nach der Station Belleville; ein Bahnbediensteter zeigte uns mit einer roten Laterne den Weg. Mühsam erreichten wir die Station, aber auch hier war die Halle trotz des Rauchs von Leuten angefüllt, welche ihr Fahrgehalt zurückverlangten. Wir mußten uns mit Häufen den Ausweg erkämpfen.

Paris, 12. August. Im Auftrage der Staatsanwaltschaft ist von dem Untersuchungsrichter Jollot die strafrechtliche Untersuchung gegen vorläufig „Unbekannt“ wegen fahrlässiger Tötung eingeleitet worden. Bis zur Stunde ist es unmöglich festzustellen, wer die Verantwortung für das Unglück auf der Stadtbahn trägt. Die Bahnbetriebsung haben jedoch bereits die Ueberzeugung gewonnen, daß das Unglück niemals einen solchen Umfang hätte annehmen können, wenn die Bahnbediensteten nicht den Kopf verloren hätten. Natürlich, einer muß doch Schuld haben! Einer der Direktoren der Untergrundbahn suchte einem Verichterstatte gegenüber, die von der Bahnbetriebsung eingeleiteten Nachforschungen hätten ergeben, daß die Verantwortung ausschließlich den Maschinenführern Chaubin, einem der ältesten und zuverlässigsten Beamten der Untergrundbahn, treffe. Dieser habe die Vorschriften, die für den Fall eines durch Kurzschluß entstehenden Brandes erlassen seien, vollständig außer Acht gelassen. Die Untergrundbahn habe bisher etwa 200 Millionen Menschen ohne ersten Unfall befördert. Der Maschinenführer Chaubin hat dem Polizeikommissariat erklärt, daß der in Brand getatete Zug schon vorgestern nicht mehr hätte verwendet werden dürfen, da die Wechsellampe bereits am Mittag verlag habe. — Nunmehr sind sämtliche Zeichen bis auf zwei relognosziert; es sind dies zwei Frauen, von denen die eine eine Bäuerin aus der Provinz zu sein scheint. Bei der andren ist eine Rückfahrkarte nach Edinburg in Schottland gefunden worden.

Paris, 12. August. Drei Mitglieder des Gemeinderats beabsichtigen, den Präsidenten in der nächsten Gemeinderatsitzung über die Katastrophe auf der Metropolitain-Bahn zu interpellieren. — Die Bahngesellschaft wird veranlagt werden, um weitere detaillierte Unfälle zu verhüten, eine doppelte, von einander unabhängige Besetzung der Fahrschleusen herzustellen, ihre Wagen aus feuerfestem Material bauen zu lassen, doppelte Ausgänge aus jeder Station zu errichten, Feuerwehrtroten auf allen Stationen zu etablieren und für bessere Luftzuführung Sorge zu tragen.

Die Thätigkeit des Besuds. Neapel, 12. August. Der Eruptionsteil des Vesud hat sich gespalten und neue Kanalfönnen ausgeformt, die jedoch nicht über das Kratergebiet hinausgehen. Die Ausbrüche sind sehr heftig. — Durch die letzten Erdstöße in Sizilien ist die Bevölkerung der betroffenen Ortschaften in große Aufregung versetzt. In Ruvo sind mehrere Gebäude eingestürzt, andre zeigen Risse, darunter die Kirche und der Glockenturm.

Monarchische Weisbildung im 20. Jahrhundert. Von Nikolaus II. von Rußland wird berichtet, daß er persönlich mit seiner Gemahlin, seiner Mutter, seinen Kindern, Schwestern und andern Familienangehörigen der Heiligensprechung des Mönches Seraphim beigewohnt hat. Da sich das Kloster Sjawaro, alwo der heilige Vorgang sich abspielte, in einer unwirtlichen Gegend befindet, und die Reise dorthin teilweise zu Wagen zurückgelegt werden mußte, ist es klar, daß der Zar auf den sonst gewohnten Komfort hat verzichten und seinem Glauben Opfer bringen müssen. Wie der „Tag“ verrät, ist der Kaiser aller Reichen jedoch nicht allein von religiösen Empfindungen bei seiner Wallfahrt in die Wüste geleitet worden, sondern die Hoffnungen auf einen männlichen Thronerben sollen mit die Veranlassung zu dieser Reise gewesen sein.

Wenn diese Vermutung richtig ist, so geht daraus hervor, daß der Kaiser von Rußland wenigstens mit einer lebenswichtigen Energie sein Ziel verfolgt. Der Umstand, daß die heutige Embryologie an keinen übernatürlichen Einfluß bei der Geschlechtsbildung glaubt, brauchte Nikolaus II. in seinen Maßnahmen zur Erlangung eines Thronfolgers nicht weiter zu kümmern, nachdem er eingesehen hat, daß auch die Wissenschaft selbst ihren schlichsten Wunsch nicht zu erfüllen vermocht hatte. Es ist daher menschlich wohl begreiflich, daß der Zar mit Hilfe des heiligen Seraphim zu erreichen sucht, was er mit dem seligen Professor Schenk aus Wien nicht erlangen konnte.

Daß auch die Kaiserin Maria Feodorowna, eine ursprünglich protestantische Fürstin, sich viel von der Einwirkung des heiligen Seraphim zu verschreiben scheint, geht aus folgendem Dankschreiben derselben an den Großfürsten Sergius Alexandrowitsch, den Generalgouverneur von Koskau, hervor:

„Erfüllt von den tieferquidenden Erinnerungen an die lichten Tage der Verherrlichung des großen Gottgefälligen und Wunderthäters Seraphim von Sawaro, empfangen ich mit dem Gefühle herzlichsten Dankes die Gebet- und Segenswünsche der ersten Residenzstadt Koskau, die gemeinlich mit uns und dem ganzen russischen Lande den hohen Aufschwung geistigen Gefühls an diesen für mich bedeutungsvollen und unvergeßlichen Tagen durchlebt hat.“

Man kann hieraus erkennen, daß die Ansichten über geistigen Aufschwung recht verschieden sind.

Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, Berlin. Mittwochsabend 9 Uhr: Sitzung in den „Kramhallen“, Kommandantenstr. 20. Gäste sind willkommen.

Verband der Freizeithilfen Deutschlands, Zweigverein Niddorf. Donnerstags, den 13. August, abends 10 Uhr: Versammlung bei Hiel (Hofmanns Feisille), Bergstr. 151/52.

Marktpreise von Berlin am 11. August 1903

Table with 4 columns: Wares, Unit, Price, and Weight/Measure. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Rindfleisch, Schweinefleisch, etc.

* Kamm und Geruch. ** frei Wagen und ab Bahn.

Briefkasten der Redaktion.

Es. 100. Kein. — G. Es. 100. Um als Hebamme zugelassen zu werden, beantragen Sie zunächst beim Polizeipräsidium Zulassung zum nächsten Hebammen-Kursus. Von dort erhalten Sie Nachrich, mit welchen Papieren und wann Sie sich beim Stadtpflichtschul, Tempelhofer Ufer 29, zur Vorbereitung zu melden haben. Diese Vorbereitung besteht im Rechnen, Lesen, Schreiben, Sehen und Hören. Nach bestandener Vorbereitung beantragen Sie unter Ueberzeugung des Zeugnisses hierüber und der andren Papiere beim Polizeipräsidium Zulassung zur Ausbildung als Hebamme. Sodann erhalten Sie Bescheid, ob Sie angenommen sind oder nicht, und werden im ersteren Fall zu dem Kursus einberufen, der fährlich vom 1. Oktober bis 31. März in der Charité abgehalten wird. Während ihrer Zeit der Ausbildung müssen die Frauen in der Charité wohnen. Die Kosten für Ausbildung, Wohnnung, Verpflegung und Instrumente stellen sich auf etwa 300 M. Frauen im Alter von über 30 Jahren werden in der Regel zur Ausbildung nicht zugelassen. Da der Antragsaußerordentlich stark ist, ist eine Meldung etwa fünf Jahre vor der Zulassung, also spätestens im 25. Lebensjahre, ratsam. Vier Jahre liegen seit fast zwölfen der Vorbereitung und der Zulassung zur Ausbildung. — Verursachung. 1. Sehr nachrichtlich. 2. Weitere Erklärungen giebt Sie am besten ein in der Fachschule, Markustr. 49, nicht Berberstraße. — P. T. 1. Verein gegen Verarmung, Deutscher Dom, Gendarmenmarkt. Frauenverein, Frau Ida Solomont, Vorsitzende, Charlottenburg, Hardenbergstr. 18. Ferner: Bürger-Kettungsinstitut, Friedrich-Wilhelms-Anstalt für Arbeitsame, und Wiedereingliederung, die letztere drei im Rathaus, 2. DAGen ist uns ein wirklich geeignetes Mittel nicht bekannt. — Niddorf 78. Das same einer Empfehlung gleich und läßt sich deshalb nicht thun.

Juristischer Cell.

Die juristische Ehrenkette findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geschäft: 7 Uhr. Nr. 8. 99. In 2. liegt kein Testament vor, so richtet sich das Erbrecht des überlebenden Ehegatten danach, ob nahe Verwandte seiner verstorbenen Ehegatte vorhanden sind. Sind weder Abkömmlinge, noch Verelbten, noch Geschwister, Geschwisterkinder oder weitere Abkömmlinge von Geschwistern vorhanden, so erbt der überlebende Ehegatte den gesamten Nachlass allein. Hinterläßt der Verstorbene Abkömmlinge, so erbt der vermittelte Ehegatte ein Viertel des Nachlasses, der Rest fällt den Kindern, Enkeln usw. zu. Sind keine Abkömmlinge vorhanden, aber Eltern, Großeltern, Geschwister oder Nachkommen von Geschwistern, so erhält der überlebende Ehegatte die Hälfte des Nachlasses; über dies erhält er als vorrangig alle Gegenstände, die zum ehelichen Haushalt gehört haben, und die Householdgeräthe. 3. Zweck Aufnahme in einen Bahloereln wendet man sich an eine der durch Bilkate bekannt gemachten Aufnahmestellen oder an den Vorstehenden des Bahloereins. Namen und Adressen der Vorstehenden werden von Zeit zu Zeit im „Vorwärts“ bekannt gemacht. Vorstehender ihr Stütz ist der Genosse Paul Hofmann, Uppelnerstraße 21. — Niddelmann. Eine Klage auf Entschädigung wegen Nichtgewährung der nach dem Verträge nicht vermieteten Kammer ist nach 2 1/2 jähriger Nützlichkeitsdauer abzuwenden. Aus demselben Grunde ist von einer Entschädigung der Nützlichkeitsdauer abzuwenden. — J. Es. 135. Sie leben auch ohne Vertrag außer Gütergemeinschaft. Kassam ist es, zur größeren Sicherheit der Frau einen Übertrag zu schließen. Ein Beispiel und eine Anweisung zu einem solchen finden Sie Seite 225 Nr. 29 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Jahrbuch. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — P. T. 1. In 2. 40. 1. Ist Ihr Freund vollständig, so ist er zur Zahlung der Raten verpflichtet; unendlich oft haben wir davon gewarnt, teure Konversationslegisa oder andre teure Bücher, die für den Arbeiter einen dem Preise für weitem nicht entsprechenden Wert haben, auf Abschaffung zu kausen und sich durch die schindbar niedrigen, ibatistikimmens hohen Raten loden zu lassen, oder irgend eine Beteiligung zu unterschreiben, deren Inhalt nach seiner rechtlichen und wirtschaftlichen Folge hin von dem Unterzeichnenden nicht zuvor sorgsam geprüft ist. 2. Der Lohn, der 1500 M. jährlich übersteigt, ist in Höhe eines Drittels des Netzertrages pünktlich, der weniger als 1500 M. jährlichen Betragende Lohn ist wegen Kaufverordnungen und dergleichen nicht pünktlich. — Belfortestr. 1 und 2. Ja. 3. Kein. 4. Wegen Ungleichheiten, Kraftigkeit können Sie nachträgliche Herausgabe der Steuerliste beim Magistrat beantragen; die für Kraftigkeit vorausgesetzten Kosten sind bei der Einzahlung nicht in Abzug zu bringen. — G. 100. Leider müssen Sie in vollem Umfang Zahlung leisten, weil Sie den Bescheid nicht unterschrieben haben, es sei denn: Sie weisen durch Zeugen nach, daß die Verabredung eine ganz andre war. Solcher Beweis ist ungemein schwierig. — D. Ja.

Witterungsüberblick vom 12. August 1903, morgens 8 Uhr.

Table with 7 columns: Station, Barometer, Wind, Cloudiness, Rain, Wind direction, and Rain amount. Includes stations like Eutin, Hamburg, Berlin, etc.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 13. August 1903.

Etwas kühler, vielfach wollos, zeitweise heiter mit Regenschauern und mäßigen Westwinden.

Berliner Wetterbureau.